

Politische Berichte



21. April 1984
Jg. 5 Nr. 8

G 7756 D Preis:
2,50



Großbritannien: Streikende Bergleute werden unterstützt – Regierung diskutiert Truppeneinsatz Seite 10



Volksbefragung: Ohne politische Debatte keine Aussicht auf Erfolg Seite 11



Südafrika/Azania: Ein neuer Steuerraubzug der Regierung – diesmal als „gleichberechtigt“ getarnt Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

AKTUELLES AUS POLITIK
UND WIRTSCHAFT

Steuerreform: Entlastung nur bei Verdiensten um Volk und Vaterland...	4
Wer hat was und wer zahlt?	5
Bevölkerungspolitik der Bundesregierung	6
"Frankfurter Appell": Beschlüsse zur geplanten Verschärfung der Ausländergesetze	7
Druckindustrie: Erste Urabstimmungen erfolgreich für Streik	7
Urabstimmung Metall: Die gewerkschaftlichen Zielpunkte müssen neu abgesteckt werden	8
Von wegen "zartes Pflänzchen"!	9
Sozialer Wohnungsbau: Die Kostenmiete wird abgeschafft	9
Großbritannien: Regierung diskutiert Truppeneinsatz gegen Bergarbeiterstreik	10
Spaltung und massive Polizeieinsätze ..	10
Volksbefragung: Ohne politische Debatte keine Aussicht auf Erfolg ...	11
Volksbegehren in Baden-Württemberg ..	12
SPEZIALBERICHTE	
CDU-Bundesparteitag: Unionspläne für die Zukunft der Lohnarbeit	13
Stellungnahmen revolutionärer Sozialisten zur Arbeitslosenversicherung	14
Reform-Modell zur Hinterbliebenenversicherung: Lehrstück der politischen Reaktion	16
H. Franke, neuer Präsident der Bundesanstalt für Arbeit	17
REPORTAGEN UND BERICHTÉ REGIONAL	
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	18
Rüstungsindustrie: Siemens und Krupp stehen am Ende der "DIAG-Sanierung"	19
HDW: 20% mehr Leistung – Lohnsenkung angedroht	19
"Reduktionsmodell": Wie der Dienstherr mit arbeitslosen Lehrern Arbeitszeitpolitik macht	20
Öffentlicher Dienst: Klage gegen ÖTV – Stadt schert aus	21
Seehäfen: Voller Lohnausgleich ist nötig	21
Druckindustrie: Beschäftigte wehren sich gegen Flexibilisierung	22
Beschlüsse von IG Drupa und IGM	22
CDU-Niedersachsen: "Helfen kann jeder" – Subsidiarität in Aktion	23
Schulentwicklung: Privatschulen	

Mannheim: Angriff auf türkische Antifaschisten

POLIZEIÜBERFALL

In der Nacht vom 13./14.4. 1984 provozierten in Mannheim mehrere Zivilpolizisten eine tätliche Auseinandersetzung gegenüber türkischen Antifaschisten. Ein Zivilbeamter gab sechs Schüsse ab, zwei Türken wurden getroffen, insgesamt vier Türken wurden später ins Krankenhaus eingeliefert. In einer Presseerklärung der Initiative für die Verteidigung der demokratischen Rechte in der Türkei heißt es dazu: "Enver Erdem, der sich nach dem Zustand seiner Freunde erkundigen wollte, wurde von der Polizei festgenommen. Die Polizei drang um Mitternacht in das Vereinslokal des Mannheimer Arbeiterbundes ein und machte Fotos vom Inneren des Lokals. Daß dieser Vorfall ein Komplott ist, liegt auf der Hand. Diese Politik gegen Ausländer wird von dem rechten CDU-Innenminister selbst aufgehetzt ... Unseren Freunden Sinan Cicek und Turgay Kesici, die dem Arbeiterbund Mannheim angehören, wurde von einer Gruppe von Leuten der Weg abgeschnitten. Bülent Öztöplü und Kenan Bekar, die die Flüche der Gruppe gehört hatten und ihre Freunde vor Prügelein retten wollten, wurden von sechs Schüssen, die die Gruppe abgegeben hatte, getroffen. Die Mitglieder des Arbeiterbundes Mannheim, die die Aggressoren für Faschisten hielten,

flüchteten ins nächste Polizeirevier. Doch hier bekamen sie statt Hilfe eine gehörige Portion Prügel, obwohl sie von den Pistolenschüssen lebensgefährlich verletzt waren. Hier mußten sie feststellen, daß die Aggressoren zivile Polizisten waren."

Gegen diesen offenbar gezielten Polizeiübergriff fanden sofort in mehreren Städten Protestaktionen statt, die von zahlreichen Organisationen getragen wurden, u.a. in Hamburg, Frankfurt und Köln. In Mannheim hat ein Aktionsbündnis innerhalb eines Tages 10000 Flugblätter verteilt, einen Untersuchungsausschuß gebildet, eine Demonstration für den 18.4. vorbereitet und weitere Schritte geplant.



Stuttgart, 17.3.: Demonstration gegen reaktionäre Ausländerpolitik

DGB-Mai-Aufruf: Ein staats-
tragendes Bündnisangebot

Wer gehofft hatte, der Deutsche Gewerkschaftsbund werde nach über eineinhalb Jahren Regierungstätigkeit in seinem Aufruf zum 1. Mai Anhaltspunkte für eine Kritik an dieser Regierung vorlegen, der hoffte vergeblich. Statt die politische Opposition gegen die Reaktion – Sozialisten, Antifaschisten, GRÜNE, Kommunisten – zu unterstützen, bedeutet der Mai-Aufruf ein Bündnisangebot von staatstragenden Sozialdemokraten an staatstragende Christdemokraten, das nur an zwei Bedingungen geknüpft ist: Die Christdemokraten müssen bereit sein, die bedeutende Rolle der Gewerkschaften anzuerkennen, und sie müssen für Arbeitszeitverkürzung sein – zu welchen Bedingungen auch immer.

Die Bundesregierung fördert das Wiederaufleben neonazistischer Organisationen, fördert Alt-Nazis wie Ziesel, die HIAG usw. und propagiert selber faschistisches Gedankengut? Der DGB tritt dem in seinem Mai-Aufruf mit keinem Wort entgegen. Die Bundesregierung be-

reitet den "fälschungssicheren" Personalausweis vor, verschärft die Strafverfolgung von Demonstranten, führt den "kurzen Prozeß" ein, will die politischen Gefangenen in ihren Haftanstalten vernichten? Der DGB bezieht in seinem Aufruf keinerlei Stellung gegen dieses reaktionäre Programm der "Inneren Sicherheit". Die Bundesregierung bereitet ein neues Ausländergesetz vor, gestaltet die Unterdrückung der ausländischen Lohnabhängigen noch schärfer? Der DGB nimmt in seinem Mai-Aufruf mit keinem Wort dagegen Stellung. Arbeitsminister Blüm eröffnet schwere Angriffe auf den Frauen- und Jugendarbeitsschutz und verschafft den Kapitalisten per neuer Arbeitszeitordnung noch mehr Möglichkeiten, Überstunden zu erzwingen? Im Mai-Aufruf des DGB sucht man vergeblich nach einer Erklärung dagegen.

Stattdessen "Arbeit für alle" als zentrale Losung, ohne irgendwelche Mindestbedingungen für den Ankauf von Lohnarbeit durch die Kapitalisten und durch die Regierung damit zu verbinden, und lange Klagen gegen den "Mißbrauch" der Arbeitslosigkeit als "politisches Druckmittel".

In einigen Passagen fällt der Auf-

ruf noch hinter den des Vorjahres zurück und liefert der BRD direkte Unterstützung für ihre großdeutsch-europäischen Expansionspläne. So redet der DGB von "Menschen in beiden Teilen Deutschlands", die angeblich einen "friedensstiftenden Dialog zwischen den Blöcken" wünschen, und erklärt: "Die Wahlen zum Europäischen Parlament müssen einen Schritt zu einem Europa der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit werden."

Ein Unterschied im Aufruf der IG Metall zum DGB-Aufruf verdient festgehalten zu werden: Zu einem Aufruf für "deutsch-deutschen Dialog" und zur Teilnahme an den Europa-Wahlen hat sich die IG Metall nicht verstiegen. — (rül)

Drastische Urteile auf Grundlage des FDJ-Verbots

In bisher 14 Prozessen verurteilte das Amtsgericht Essen Teilnehmer der Aufführung des Chorwerkes "Der Herrnburger Bericht" von Bertold Brecht zu Geldstrafen zwischen 1 500 DM und 3 000 DM. Der "Förderkreis Herrnburger Bericht" hatte dieses Stück nach eineinhalbjähriger Auseinandersetzung mit der Stadt

Essen am 1.5. 1983 vor 500 Zuschauern unter freiem Himmel aufgeführt. Anlaß der Aufführung war der Todestag von Philipp Müller, einem Jungarbeiter und Mitglied der 1951 verbotenen Freien Deutschen Jugend (FDJ), der bei einer Demonstration gegen die Wiederaufrüstung 1952 in Essen von der Polizei erschossen wurde. Der Grund für die jetzigen Verurteilungen: Die Teilnehmer der Aufführung trugen u.a. bei einem Demonstrationszug zum Aufführungsort blaue Hemden mit dem Emblem der FDJ, womit sie gegen das Tragen von Uniform und Abzeichen verbotener Organisationen verstoßen hätten. Die Urteile stützen sich auf ein Revisionsurteil des Oberlandesgerichts Hamm von Ende 1983, nach dem das Tragen der FDJ-Hemden außerhalb der eigentlichen Aufführung des Stückes — in dem Fall beim Verteilen von Flugblättern für die Aufführung — nicht mehr unter die Kunstfreiheit fällt. Insgesamt hat die Staatsanwaltschaft 63 Prozesse angestrengt. Die unbedingte Gültigkeit des FDJ-Verbotes wurde vom Gericht wiederholt betont — und damit bekräftigt, wie mit revolutionären Organisationen umzuspringen ist. — (wof)

Warum Heß nicht freigelassen werden kann

REHABILITATIONSVERSUCHE

"Rache", behauptete Staatsminister Mertes, sei das Motiv, aus dem die Sowjetunion einem inzwischen ungefährlichen alten Mann verwehre, in Frieden bei seiner Familie zu sterben. Gemeint ist Rudolf Heß, ehemals Stellvertreter Hitlers, der vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt wurde (Bild) und seit nunmehr fast 43 Jahren inhaftiert ist, in den letzten 18 Jahren als einziger Gefangener im Spandauer Gefängnis. Anlässlich seines 90. Geburtstages am 6.4. startete u.a. die Bundesregierung eine neuerliche Kampagne für seine Freilassung. — Tatsächlich kann man davon ausgehen, daß der NS-Verbrecher Heß ge-



Heß und Göring auf der Anklagebank des Nürnberger Gerichts

brochen, krank, womöglich irr, als Person jedenfalls unschädlich ist. Nichts würde heute seiner Freilassung widersprechen (denn Rache ist nur das Motiv der Monopolbourgeoisie im Umgang mit ihren politischen Gegnern, wie sie's an den RAF-Gefangenen kaltblütig demonstriert) — wären die politischen Verhältnisse in der BRD andere. Unter Verhältnissen aber wie in der BRD, wo die faschistischen Kriegsverbrecher und Massenmörder massenhaft freigesprochen wurden, wo den faschistischen Krieg rechtfertigende Literatur in hohen Auflagen verlegt wird, wo alte und neue Faschisten staatlich geschützt ihre Tätigkeiten entfalten können, wo nicht nur dieselbe Klasse, ja dieselbe Handvoll Familien herrscht wie damals, sondern schon wieder einen Krieg gen Osten vorbereitet (diesmal in aussichtsreichem Bündnis) und schon wieder Maßnahmen zur Errichtung einer terroristischen Diktatur gegen die arbeitenden Klassen erörtert und trifft (diesmal auf dem Boden des Grundgesetzes) — unter solchen Verhältnissen bedeutet die Freilassung von Heß die Rehabilitierung früherer zwecks Rechtfertigung zukünftiger Verbrechen. Gerade weil die Reaktion "Freiheit für Heß" will, aus genau dem Grund, und noch alle Bundesregierungen dafür tätig wurden, kann und darf Heß nicht freigelassen werden. — (scc)

drängen in stillgelegte Schulgebäude .. 23

Bayern: Rasantes Wachstum der Vermögen 24

Universität Passau: Förderung von "Sudetendeutschem" 24

CMV: CMV-Wahlkampf im MAN-LKW-Werk: "So kraftvoll wie unser Produkt ..." 25

Schweinfurt: CMV-Gründung nach der IGM-Niederlage 1954 26

Stichwort: Christliche "Gewerkschaften" 27

AUSLANDSBERICHTERSTATTUNG

Internationale Nachrichten 28

Südafrika/Azania: Ein neuer Steuerabzug der Regierung 29

Brasilien: Rationalisierung und Lohndrückerei bei VW 29

ECOWAS: Regionaler Gewerkschaftsverband gegründet 30

US-Regierung: Krankenversicherung für 490 000 Familien beseitigt 30

Dänemark: Hafenarbeiter gegen gefährlichen Staub 31

Papsttattat: Antonow erneut ohne Schuld inhaftiert 31

Frankreich: Kampf gegen Stahlplan — Reaktion will KPF isolieren 32

Stellungnahme der KPF zum Stahlplan 33

KULTUR UND WISSENSCHAFT — DISKUSSIONSBEITRÄGE

"Morgen in Alabama": Die Gefahr der Faschisierung ist kein unfaßbares Verhängnis 34

Ökologisch begründete Diktatur über Arbeiter 34

Danziger Bucht 1945: Ende der Ostkolonisation 34

Heimat, aus rechten Maschen gestrickt 35

Verband deutscher Schriftsteller: Eine Fraktion gegen gewerkschaftliche Positionen bildet sich 35

Dokumentation: Entwicklung des Haftrechts für politische Gefangene .. 36

Fotodokumentation über das Leben ausländischer Arbeiter 37

SOZIALSTATISTIK

Dokumentiert: Das Kapitalistenangebot — Aus dem Wirtschaftsbericht der fünf Institute 38

Tarifaueinandersetzung: Flexibilisierung nach "beiden Seiten" 39

Titelbild: Arbeitgeberpräsident Esser und sein Anhang demonstrieren für das Gemeinwohl.

In dieser Ausgabe: "Beilage zu den Publikationen von BWK, FAU, KPD, NHT"

Entlastung nur bei Verdiensten für Volk und Vaterland – keine Rückgabe der heimlichen Steuererhöhungen

Ende März hat Bundesfinanzminister Stoltenberg seine Vorschläge für eine Steuerreform präsentiert, die in zwei Etappen erfolgen soll: 1986 soll die Familienkomponente realisiert werden durch eine Erhöhung des steuerlichen Kinderfreibetrags von 432 auf 2400 DM je Kind; 1988 soll eine Änderung des Steuertarifs in Kraft treten. Da aber zur Konsolidierung der Staatsfinanzen „äußerste Sparsamkeit und eine konsequente Verringerung der Kreditaufnahme nötig bleiben“, will Stoltenberg den durch die Steuerreform entstehenden Einnahmeausfall von insgesamt 25 Mrd. DM zu 45% durch Einnahmeverbesserungen, sprich Steuererhöhungen und Streichung von Steuervergünstigungen ausgleichen. Erhöht werden soll die Mehrwertsteuer um ein Prozent. Alternativ dazu sollen die Mineralölsteuer, die Branntweinsteuer, die Tabaksteuer und die Versicherungssteuer angehoben werden und zudem Erdgas und andere Heizgase mit einer Steuer belastet werden. Unter dem populären Begriff „Abbau von Steuervergünstigungen“ sind Streichungen vorgesehen, die in erster Linie die Werktätigen treffen: nämlich Beschränkung der Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit, Aufhebung des Essensfreibetrags von 1,50 DM je Arbeitstag, Kürzung des Sonderausgaben-Pauschetrags, Anhebung der Lohnsteuer-Pauschsätze für Teilzeitbeschäftigte, Aufhebung des Freibetrags für Aufwendungen des Arbeitgebers für die Zukunftssicherung eines Arbeitnehmers.

Stoltenberg hat das ganze Bündel von Maßnahmen ausdrücklich als Vorschlag deklariert, über das frühestens im Herbst die Regierungsparteien und anschließend der Bundestag beschließen werden. Die Placierung dieses Vorschlags und seine Komponenten – „Familienförderung“ und Tarifänderung zugunsten der „Leistungswilligen“ einerseits, Steuererhöhungen und „Abbau von Steuervergünstigungen“ andererseits – sind bestens dazu geeignet, der Reaktion bei der Fortsetzung ihrer ideologischen und politischen Offensive gegen die Arbeiterbewegung zu dienen. Darüber mag zunächst hinwegtäuschen, daß das Echo auf Stoltenbergs Vorschläge in den staatstragenden Parteien CDU/CSU/FDP/SPD und in den Medien nahezu einhellig negativ ist. Die Kapitalistenverbände BDI und DIHT fordern eine Steuerreform in einem Schritt und sprechen

sich gegen jede Erhöhung der Mehrwertsteuer und der sonstigen Verbrauchssteuern aus. Familienminister Geißler verlangt unter Berufung auf Koalitionsbeschlüsse eine über 5 Mrd. DM jährlich hinausgehende Entlastung von Familien mit Kindern. Strauß verlangt eine weitergehende Erhöhung des Kinderfreibetrags auf 3000 DM je Kind. Die FDP erklärt in Gestalt ihres finanzpolitischen Sprechers Haussmann: „Wir müssen klotzen, nicht kleckern. Deshalb schlage ich vor: Alles zu einem Zeitpunkt und dafür lieber etwas knapper, also eher unter 25 Mrd. DM als darüber.“ SPD, FDP-Mischnick, CDU-Ministerpräsident Späth u.a. verlangen eine Erhöhung des Erstkindergeldes.

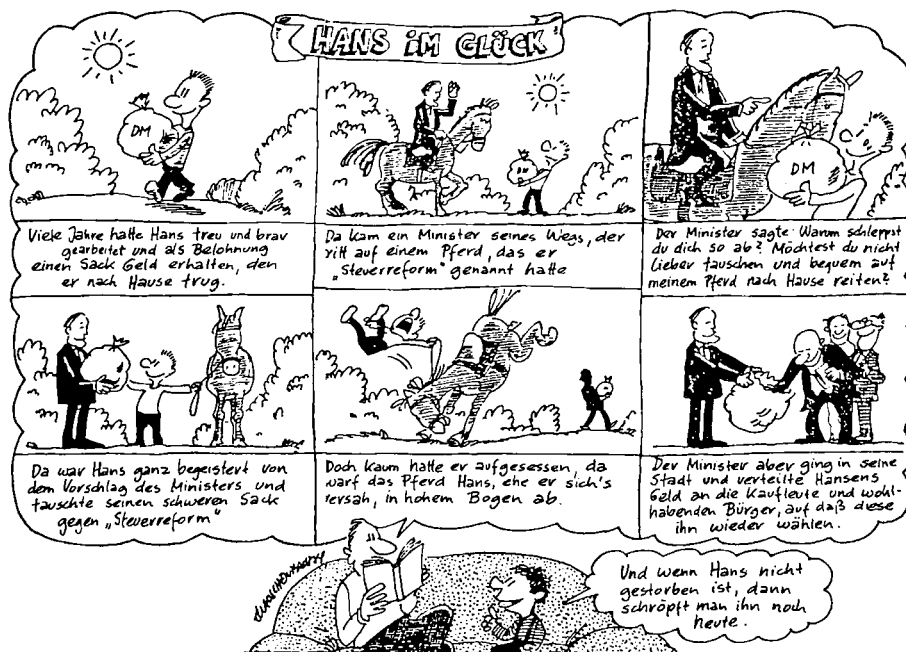
Diese von der Reaktion gewollte und bewußt inszenierte Diskussion, hinter der auch unterschiedliche Interessen stehen, wird über die nächsten Monate und wahrscheinlich Jahre angehen und zielt darauf, in der öffentlichen Meinung folgendes zu verankern:

Erstens: Wer keine Kinder zeugt und aufzieht, erfüllt nicht seine patriotische Pflicht und ist deshalb von den Segnungen einer Steuerreform im wesentlichen auszunehmen.

Zweitens leistet in dieser Gesellschaft nur der etwas wesentliche, dessen Einkommen über dem Durchschnittslohn liegt und der bislang von der Steuerprogression besonders ge-

troffen wurde; er soll für seine Verdienste durch die Steuerreform besonders entlohnt werden. In Worten von Ludolf v. Wartenberg, Obmann der CDU/CSU im Finanzausschuß: „Nicht nur wegen des Anteils der Familien mit Kindern an der Gesamtbevölkerung, sondern auch wegen ihres – im statistischen Durchschnitt – höheren Einkommens ergibt sich, daß die Familien mit Kindern überproportional von der Tarifkorrektur profitieren werden ... Jede steuerliche familienfreundliche Maßnahme ist also zugleich eine Maßnahme, die tendenziell die Leistungsträger, die tüchtigen Arbeitnehmer begünstigt. Und umgekehrt ist jede steuerliche Maßnahme, die die Progression des Steuertarifs mindert, die Leistung wieder lohnen-der erscheinen läßt, auch eine familienfreundliche Maßnahme.“ Es geht der Reaktion hierbei um die Herausbildung und Förderung einer staatstragenden Schicht aus gutverdienenden Facharbeitern, mittleren Angestellten und Beamten, die ihr materielles Wohlergehen mit der Expansion des BRD-Imperialismus verknüpft und die Klassengesellschaft BRD zu verteidigen bereit ist.

Drittens will die Reaktion in der öffentlichen Meinung das Bewußtsein der Notwendigkeit von „Opfern“ zugunsten der höheren Ziele des BRD-Imperialismus weiter vertiefen. Nicht



Karikatur der IG Metall gegen die Steuerreformpläne der Bundesregierung, in Metall 8/84. Eigene Forderungen zur Steuerentlastung der Lohnabhängigen erhebt die IG Metall gegen die Pläne der Bundesregierung leider nicht.

umsonst sind sich alle Bourgeoispolitiker einig in der von Stoltenberg betonten „Konsolidierung der Staatsfinanzen“, die durch die Steuerreform nicht gefährdet werden dürfte.

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Metall“ nimmt die IG zur Steuerreform Stellung und kritisiert, daß sie allein den Besserverdienenden mehr Geld bringe und von jenen zu zahlen sei, die weniger „leisten“. Das unterschätzt die spalterische Wirkung der Reformvorschläge. Wie in den Schaubildern auf Seite 5 nachgewiesen, bringt allein der Kinderfreibetrag bei einem Bruttoeinkommen von nur 2048 DM und zwei Kindern eine Steuermin- derung von 2 bzw. 3% bezogen auf den Bruttolohn und damit mindestens soviel wie die letzten oder anstehende Tarifloohnerhöhungen. Unter zusätzli-

cher Berücksichtigung des von Stoltenberg favorisierten neuen Steuertarifs T1 ergibt sich, daß auch in der Zone des Durchschnittslohnes (knapp 3000 DM) eine Steuermin- derung zwischen 2,5 und 3% des Bruttolohns je nach Steuerklasse zu erwarten ist. Unbestritten bringt der neue Steuertarif prozen- tual und in Mark und Pfennig umso mehr Entlastung, je höher das Ein- kommen ist, je mehr Kinder der gut- verdienende Angestellte hat und vor al- lem, wenn die Gattin den Haushalt führt. Schließlich gar nichts zu erwar- ten von der wie immer im einzelnen verwirklichten Steuerreform haben Niedriglöhner, die aufgrund ihres Elendsdaseins zur Ehelosigkeit oder Kinderlosigkeit gezwungen sind.

Gegen diese äußerst unterschiedli- chen Auswirkungen der Steuerreform

reicht es nicht, wenn die Gewerkschaf- ten wie die IG Metall die Steuerreform pauschal als Förderung der Besserver- dienenden abtun und stattdessen die Gelder für den Abbau der Arbeitslosig- keit und die Schaffung von Lehrstellen verwendet sehen wollen. In die gleiche Richtung geht der DGB, wenn er for- dert, „der Überwindung der Massenar- beitslosigkeit auch in ihrer Steuer- und Finanzpolitik Vorrang vor allgemeinen Steuersenkungen zu geben“. Abgese- hen davon, daß die aus den Steuern der Lohnabhängigen aufgebracht Ar- beitsbeschaffungsprogramme im we- sentlichen die Kapitalisten mästen und sonst wenig bewirken: Die Gewerk- schaften sind in Gefahr, eine Schlacht zu verlieren, wenn sie der Reaktion mit ihrer Steuerdemagogie das Feld über- lassen und nicht selbst positive Forde-

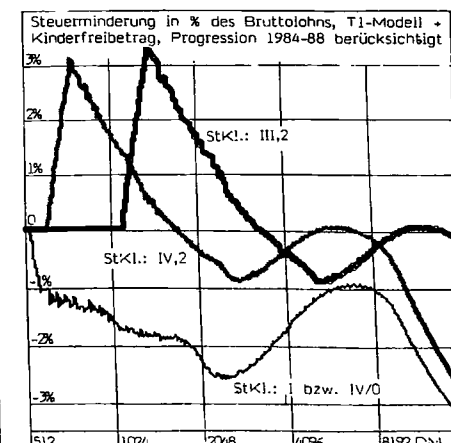
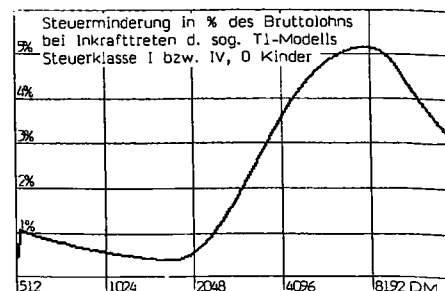
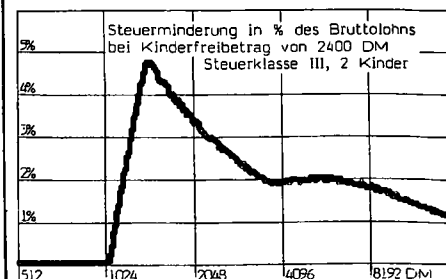
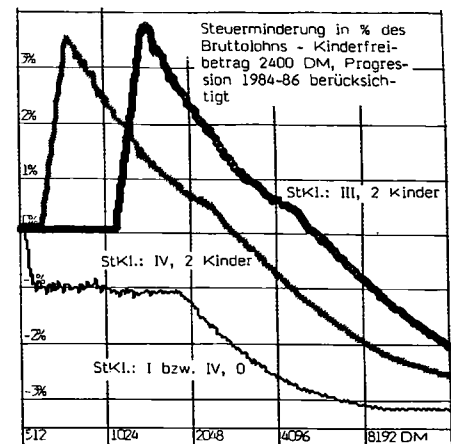
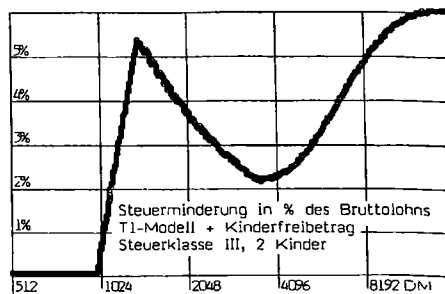
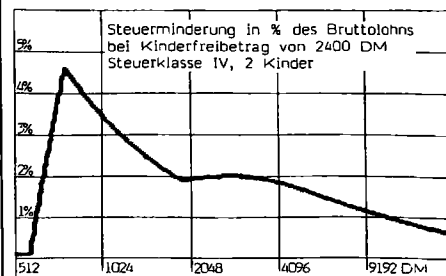
Wer hat was und wer zahlt?

In den Schaubildern in der linken Spalte ist dargestellt, um wieviel sich die Lohnsteuer bei Inkrafttreten der für 1986 angekündigten „Familien- komponente“ einer Steuerreform verringert (Erhöhung des Kinderfrei- betrags von jetzt 432 DM auf 2400 DM). Dabei ist eine Erhöhung der Bruttolöhne um die Inflationsrate (jeweils 3%) angenommen, so daß z.B. abzulesen ist: Wer 1984 das Durchschnittseinkommen eines Lohnabhängigen (ca. 3300 DM) be- zieht, muß 1986 als Verheirateter (Steuerklasse IV,2, d.h. beide beruf- ständig, zwei Kinder) 66 DM = 20% seines Einkommens weniger Steuern zahlen. Entsprechend die Darstellung in der mittleren Spalte: Hier ist die Wirkung der Erhöhung des Kinder- freigetrags zuzüglich der von Stolten- berg für 1988 angekündigten allge-

meinen Steuertarifänderung darge- stellt. Da das Finanzministerium die genaue Tariffomel geheim hält, muß- te sie von uns aus den Presseveröffent- lichungen geschätzt werden. Die Steu- erminderungen bewirken also durch- aus eine Förderung von Verheirateten mit Kindern bzw. der „Leistungsträ- ger“ der Gesellschaft. Allerdings zei- gen die beiden Schaubilder in der rech- ten Spalte, wer für diese Reform zu zahlen hat: Dargestellt ist, was von der Erhöhung des Kinderfreibetrags bzw. der Änderung des Tarifs noch übrig

bleibt, wenn berücksichtigt wird, daß bei jeder nominalen Steigerung des Bruttolohns auch nur in Höhe der In- flationsrate die Steuerlast progressiv wächst. So muß der verheiratete Lohnabhängige in Steuerklasse IV,2 mit Durchschnittseinkommen trotz der Steuerreform 1988 rund 30 DM (knapp 1% des Bruttolohns) mehr Steuern zahlen als 1984. Der Vorteil einer Anbindung des Steuertarifs an die Entwicklung des Durchschnitts- lohns ist offensichtlich!

Quellenhinweis: Handelsblatt, versch. Ausgaben



Bevölkerungspolitik der Bundesregierung: Die „Nation“ muß gerettet werden

Die Bundesregierung hat sich im Dezember 1983 mit dem zweiten Teil des „Berichts über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland – Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft“ befaßt. Bundesinnenminister Zimmermann hatte diesen Bericht als Vorsitzender einer Arbeitsgruppe, an der alle mit innenpolitischen Fragen befaßten Ministerien beteiligt waren, vorgelegt. Die Arbeitsgruppe war 1974 von der SPD/FDP-Regierung eingerichtet worden, sie hatte 1978 einen ersten, statistischen Teil veröffentlicht. Sie berichtet, daß seit 1972 mehr „Deutsche“ sterben, als neue geboren werden. Die Bundesregierung hat sich beweißen lassen, daß, wenn sie nichts unternimmt, die „Deutschen“ aussterben. Ein Umstand, der die Reaktion nicht allein schreckt, weil die Masse der zur Ausbeutung bereitstehenden Arbeitskräfte zurückgeht – dafür könnte sie ja ausländische Arbeitskraft anheuern. Vor allem käme die von den westdeutschen Imperialisten sorgsam gehegte Vorstellung von der „deutschen Nation“ in Bedrängnis. So führte der zuständige Staatssekretär Waffenschmidt aus:

„Die Bundesrepublik Deutschland hat seit 1974 das niedrigste Geburtenniveau der Welt. Es liegt derzeit um mehr als Drittel unter dem, das langfristig für eine gleichbleibende deutsche Bevölkerungszahl erforderlich wäre ...“

Er legt die Betonung auf die „deutsche Bevölkerungszahl“. Die Tatsache, daß die Geburtenrate der ausländischen Arbeiter in der BRD in einem viel schnelleren Tempo sinkt als die der „deutschen“ Bevölke-

rung, beachtet die Bundesregierung nicht. Ihr Konzept zur Förderung der „deutschen“ Bevölkerung ist die Stärkung der Familie. Waffenschmidt dazu:

„Familiengründungen und Kinderzahl können und wollen wir nicht staatlich regeln. Doch der Staat kann dazu beitragen, daß günstige Vorbedingungen für Eltern und Kinder bestehen.“

Der Bericht regt eine ganze Reihe von solchen „günstigen Voraussetzungen“ an: Die Bildung von Haushalten, in denen mehrere Generationen zusammenleben, böte sich an. Mit der Beförderung solcher Haushalte ließen sich, so der Bericht, gleich mehrere Probleme lösen: Die Aufsicht über die Kinder kann von den Großeltern übernommen werden, Kinderkrippen sind nicht mehr nötig, auch wenn beide Eltern arbeiten. Die Rente der Großeltern kann gesenkt werden, demagogisch bietet die Bundesregierung Entlastung von Beiträgen zur Rentenversicherung.

Schließlich: Es müssen Maßnahmen her, die verhindern, daß der Lebensstandard von Familien ohne Kinder zur gesellschaftlichen Norm wird. Dem will die Regierung mit der angekündigten Steuerreform nachhelfen, die Familien mit Kindern entlastet und Lohnabhängige ohne Kinder relativ belastet. Die Regierung betreibt mit lebhafter Unterstützung der katholischen Kirche die erneute Verschärfung des Abtreibungsverbots. Und denen, die ihre Kinder trotz allem nur austragen und nicht aufziehen können, bietet sie zynisch zusätzliche Möglichkeiten, ihre Kinder zur Adoption wegzugeben.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 10/863; BMI-Mitteilungen Nr. 23/83 u. 29/84



Faschistische Propaganda gegen „das Aussterben des deutschen Volkes“. – Den hart Arbeitenden wurden die Lebensmittel rationiert und die besser verdienenden Schichten gefördert.

rungen gegen die Steuerplünderung aufstellen. Der DGB macht in seiner Erklärung allerdings einen Ansatz dazu, indem er erklärt, daß höhere Verbrauchssteuern die Kürzung von arbeitnehmerspezifischen Freibeträgen, eine Senkung des Spitzensteuersatzes von 56% für Großverdiener und die Einführung eines reichen Familien begünstigenden Familiensplittings nicht akzeptabel seien.

Eine dringliche Forderung, die der DGB bislang nicht aufstellt, ist die



„Leistungsträger“, die steuerentlastet werden sollen.

Steuerindexierung: Die Reaktion hat jahrelang die „heimlichen Steuererhöhungen“ angeprangert, die durch das Wirken der Steuerprogression auf inflationär aufgeblähte, real aber sinkende Löhne und Gehälter zustandekommen und die ein wesentliches Hindernis für den Lohnkampf sind. Die jetzt vorgeschlagene Reform schafft, wie die Schaubilder zeigen, nicht einmal in der Zone des Durchschnittslohns einen vorübergehenden Ausgleich für die bis 1986 bzw. 1988 noch eintretende Steuerplünderung per Inflation. Das heißt, die Reaktion will diesen Hebel zusätzlicher Steuerplünderung, die von der letzten Reform 1980 an gerechnet bis 1986 sicher etwa 100 Mrd. DM in die Staatskassen gebracht haben wird, weiter benutzen. Außerdem müssen die Gewerkschaften verlangen, daß Einkommen, die gerade zum Leben reichen, nicht auch noch besteuert werden. Konkret: Der steuerfreie Grundfreibetrag muß mindestens auf die Höhe der niedrigsten tarifierten Löhne angehoben werden. Das ist die einzig sinnvolle positive Konsequenz aus der gewerkschaftlichen Polemik gegen die Begünstigung der Besserverdienenden. In Stoltenbergs Reformvorschlag soll der Grundfreibetrag um lächerliche 27 DM auf ganze 378 DM monatlich angehoben werden.

Quellenhinweis: Handelsblatt, div. Ausgaben; DGB-Nachrichtendienst v. 3.4.84; Metall 8/84 – (wom, alk, uld)

„Frankfurter Appell“

Beschlüsse zur geplanten Verschärfung der Ausländergesetze

Am 7./8. April fand eine Aktionskonferenz des „Frankfurter Appell“ statt. Die unterzeichnenden Personen und Organisationen des „Frankfurter Appells“, darunter GIM, KB, DKP, VOLKSFRONT, VVN, türkische revolutionäre Organisationen und Arbeitervereine, DIE GRÜNEN, Gewerkschaftsuntergliederungen, Sozialdemokraten, Liberale und christliche Gruppen u.a., fordern, wie sie selbst in ihrem Aufruf schreiben, eine Ausländerpolitik, die den in der BRD lebenden Ausländern volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert. Im März hatte der „Frankfurter Appell“ die reaktionäre Ausländerpolitik der Bundesregierung und der Landesregierungen in einer bundesweiten Aktionswoche angegriffen. Der BWK unterstützte die fortschrittlichen Aktivitäten in vielen Städten. Der „Frankfurter Appell“ sammelte 20000 Unterschriften unter seinen Aufruf.

Die Aktionskonferenz beschloß, daß diese Unterschriften am 5. Juni dem Bundeskanzleramt übergeben werden sollen. Ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Aktionsbündnissen wie dem „Kölner Appell“ und „Bochumer Ap-

pell“, denen der Aufruf des „Frankfurter Appell“ zu „scharf“ war und die mehr liberale und christliche Positionen vertreten, beschloß die Aktionskonferenz. Sie verabschiedete einen gemeinsamen Brief aller drei „Appelle“, der von einer Kritik an der Regierung absieht und „grundlegende Positionen des Rechtsstaates“ bekräftigt (siehe Kasten).

Die Aktionskonferenz beschloß, daß Anfang Oktober ein bundesweiter Marsch unter dem Thema: *Wir lassen uns nicht spalten. Gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer. Keine Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes* durchgeführt werden soll. Mehrere Marschsäulen sollen im Bundesgebiet durchgeführt werden, verbunden mit örtlichen Aktionen. Der Marsch soll am 13./14. Oktober mit einer Abschlußveranstaltung in Köln beendet werden. Eine erneute Beratung der Aktionskonferenz wird am 2./3. Juni über die endgültige Durchführung beschließen. Soweit der Schwerpunkt der Aktivitäten sich gegen die reaktionären Ausländergesetze richten sollte, wird der BWK örtliche Veranstaltungen und Aktionen unterstützen. Der „Frank-

furter Appell“ ist bisher noch nicht bereit, Aktivitäten am 12. September, dem Jahrestag der Machtergreifung der Junta in der Türkei, zu unterstützen, hat dies aber nicht ausdrücklich abgelehnt und für die Sitzung im Juni als Tagesordnungspunkt vorgesehen.

Über unterstützenswerte Aktivitäten berichtete der Vertreter der baden-württembergischen Gruppen der Unterstützer des „Frankfurter Appells“: Zum Zeitpunkt des Europawahlkamp-



Demonstration gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung, Köln, 17.3. 1984

fes führen die Gruppen in Baden-Württemberg Veranstaltungen zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer durch.

Quellenhinweis: Sitzungsunterlagen der Aktionskonferenz; Materialien und Unterlagen des „Koordinationsbüros des Frankfurter Appells“, Mainzer Landstr. 239-241, 6000 Frankfurt 1; Materialdienst, Herausgeber: Interessengemeinschaft „Ausländischer Mitbürger in Baden-Württemberg“ e.V., Landhausstr. 62, 7000 Stuttgart 1 – (jöd, eve)

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir übergeben Ihnen und der Öffentlichkeit heute gemeinsam ... Unterschriften unter drei Appelle, die sich gegen die von der Bundesregierung geplante Neufassung des Ausländergesetzes wenden.

Diese Appelle sind zu unterschiedlichen Zeitpunkten, von unterschiedlichen Initiatorengruppen und mit teilweise unterschiedlicher Betonung verfaßt worden, haben aber ein gemeinsames Ziel: Abbau der gesetzlichen Diskriminierung und mehr Rechte für Ausländer in der BRD. Das Spektrum der Initiatoren und Unterzeichner dieser 3 Appelle reicht von politischen Parteien, über Gewerkschaften, Organisationen, Verbände, Kirchen, Wissenschaftler bis hin zu Künstlern, somit sind wichtige Bereiche unserer Gesellschaft repräsentiert.

Wir haben diese Initiativen ins Leben gerufen, weil wir hoffen, daß diese breite Willenskundgebung Sie, das Bundeskabinett und das Parlament anregen, endlich den Schritt zu einer für die Ausländer positiven Politik zu wagen. Hierzu bieten alle drei Appelle eine Vielzahl von Vorschlägen. Diese lassen sich zusammenfassen in der Forderung nach Aufhebung der

rechtlichen, sozialen und politischen Benachteiligung der Ausländer. Integration darf nicht als eine einseitige von den Ausländern zu erbringende Leistung verstanden werden, sondern es sind von Ihnen sichtbare Zeichen dafür zu setzen, daß Ausländer von deutscher Seite als Teil der bundesdeutschen Gesellschaft anerkannt und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, hier ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die drei Appelle warnen vor dem Abbau grundlegender Positionen des Rechtsstaates, weil die Einschränkung der Rechte von Minderheiten die Einschränkung der Rechte *aller* nach sich zieht.

Ein erster Schritt zu einer demokratischen und humanen Sichtweise wäre es, wenn Sie zur kommenden Anhörung in diesem Bereich nicht nur Verbände, Gewerkschaften und Parteien einladen würden, sondern auch die Initiatoren der drei Appelle und insbesondere die Betroffenen selbst. Es gibt keine Bevölkerungsgruppe dieses Staates, die zur Zeit von derartig einschneidenden gesetzlichen Änderungen und Maßnahmen bedroht wird, wie die Ausländer.

In Erwartung ihrer Stellungnahme verbleiben wir.

Frankfurter Appell, Bochumer Appell, Kölner Appell

Druckindustrie Erste Urabstimmungen erfolgreich für Streik

Am 12.4.84 rief der Hauptvorstand der IG Druck zu den ersten Streiks und Urabstimmungen auf, in ca. 44 Betrieben wurde gestreikt, einige Tageszeitungen konnten nicht erscheinen. Der Text der Urabstimmung lautet: „Für eine neue Lohnstruktur – für 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich – für verbesserten Rationalisierungsschutz, gegen Verschlechterung des MTV.“

Der BVD (Bundesverband Druck) richtete vorher die Druckbetriebe darauf aus, daß „der Streik in der Druckindustrie stellvertretend für die gesamte deutsche Wirtschaft geführt werden müsse“. Kurz darauf unterbreitete der BVD dann sein für die IG Druck unannehmbares „Angebot“: Beibehaltung der 40-Stunden-Woche bis 31.12.88, 3% Tarifierhöhung, eine neue Lohnstruktur mit 7 Lohngruppen, die nach wie vor Abgruppierung

gen für Facharbeiter und Hilfsarbeiter beinhaltet, Erhöhung der Abfindung bei gleichzeitiger Verkleinerung der Zahl derer, die sie bekommen können. Das alles verbunden mit der Erpressung, Geld für zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen, falls nicht gestreikt würde.

Dieses Angebot ist nicht einfach plumpe Frechheit, sondern es soll demobilisierend und spaltend wirken. Gleichzeitig greift der BVD kampagnenmäßig die Mitbestimmungsforderungen der IG Druck z.B. bei Investitionen, bei der Gestaltung von Arbeits-



MTV-Verhandlungen in Mannheim, März 1984

organisation und -inhalten, bei Stellenplänen etc. als „systemverändernd“ an.

Zusammen mit den Lambsdorff-Äußerungen gegen die IG Druck im Bundestag ist es schon offensichtlich, daß die Kapitalisten in diesem Streik alles daransetzen werden, die Widerstandskraft der IG Druck zu brechen.

Der Hauptvorstand der IG Druck hat als zentrale Streikleitung vorige Woche beschlossen, „Formen des flexiblen Arbeitskampfes anzuwenden und Zug um Zug Urabstimmungen durchzuführen“, dies verbunden mit dem Aufruf, alle Überstunden und Sonderschichten zu verweigern. Begründet wird diese Form des Arbeitskampfes mit der Absicht, so die Druckbetriebe untereinander in Widersprüche zu bringen und gleichzeitig solange wie möglich unter der Schwelle von „legitimen“ Aussperrungsmaßnahmen der Kapitalisten zu bleiben.

Die Großbetriebe als Demonstration von Mehrheiten voranstreiken zu lassen, entgegen den Mutmaßungen der Presse, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder stände nicht hinter dem Streik, kann eine Kampfmöglichkeit in der jetzigen, nicht einfachen Lage sein. Aber nur, wenn es so gelingt, auch die anderen bisher noch schwächeren Belegschaften bzw. Belegschaftsteile dadurch nachzuziehen. - (nir)

Urabstimmung Metall

Die gewerkschaftlichen Zielpunkte müssen neu abgesteckt werden

Die lange Verhandlungsnacht beim zweiten Spitzengespräch ist also gar nicht erst angebrochen. Der Vorstand der IGM hat das Spitzengespräch für gescheitert erklärt, weil Gesamtmetall keiner Regelarbeitszeit unter 40 Stunden zuzustimmen bereit war. Urabstimmungen sind für die erste Maiwoche angekündigt. Zwangsläufig stellt sich die Frage stärker: wofür urabstimmen, wofür sollte gestreikt werden, was dürfte auf keinen Fall herauskommen.

Dabei muß berücksichtigt werden, was bei den Spitzengesprächen auf den Tisch gekommen ist. Die Kapitalisten haben angeboten: 3,3% mehr Lohn, eine nach Betriebszugehörigkeit differenzierte Vorruhestandsregelung, einen Tarifvertrag zur Flexibilisierung der Arbeitszeit (zum vollständigen Wortlaut der Zumutung siehe S. 38/39).

Mit dem Angebot zur Lohnerhöhung hat Gesamtmetall zwar die Lohnforderung der IGM eingestellt. Trotzdem ist nicht mehr als eine vierte Lohnsenkung offeriert: Die 3,3% decken die Teuerung bei vielen Waren nicht, die gerade für die Haushalte mit niedrigen Einkommen einen großen und festen Teil der Kosten ausmachen. Drei Reallohnsenkungen sind aufgelaufen und nicht beglichen. In Mark und Pfennig machen die 3,3% z.B. im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden für die unterste Lohngruppe gerade 49,15 DM, für die höchste auch nur

81,35 DM aus, und das alles brutto. Das Angebot kann überhaupt nur dadurch etwas von sich hermachen, weil die IG Metall von vornherein zu niedrig gefordert hat in der Hoffnung auf Zugeständnisse bei der Arbeitszeit. Die hat es nicht gegeben. Es gibt gute Gründe, daß die Tarifkommissionen, die sowieso die eingetretene Lage erörtern müssen, die Lohnforderungen neu diskutieren und nach oben korrigieren, wenigstens aber ergänzend Mindestforderungen beschließen, die in den unteren Lohngruppen das Schlimmste verhindern. Das sollte eigentlich nicht so schwer fallen, denn die Voraussetzungen der Beschlußfassung zum Lohn haben sich mit der steigenden Teuerung geändert. Wer heute von einem Lohnausgleich spricht, muß auch von einer Aufstockung der Forderung sprechen. Und schließlich: Soll die IGM eine Lohnforderung von 3,3% stehen lassen, von denen Gesamtmetall sagt, daß sie „Chancen für die unbedingt erforderliche Verbesserung der Ertragslage in der Metallindustrie eröffnen“? Der Mobilisierung in der Arbeitszeitfrage würde eine Aufstockung bei der Lohnforderung nicht schaden. Im Gegenteil, es ist praktisch die einzige Möglichkeit, sie deutlich zu verbessern, weil nur so die allgemeine Befürchtung zu dämpfen wäre, daß eine Arbeitszeitverkürzung die Einkommenseinbußen noch verstärken würde.

Beim Vorruhestand haben die Kapitalisten jetzt noch eine Staffelung nach



Warnstreik bei Bosch-Verpackungsmaschinen in Waiblingen. Ein Bild wie viele. Die Kritik an den Lohnsenkungs- und Flexibilisierungsplänen der Kapitalisten (zusätzliche Wochenend- und Nachtarbeit) muß aber verstärkt werden, gerade auch am 1. Mai.

Von wegen „zartes Pflänzchen“!

Die Konjunktur-, d.h. Geschäftsaussichten der westdeutschen Kapitalisten seien besser geworden, „seitdem die Belebung der Weltkonjunktur zu einer kräftigen Ausweitung der deutschen Ausfuhren geführt hat“, stellen die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem am vergangenen Montag vorgelegten „Frühjahrsgutachten“ fest. Keiner der Kapitalistenverbände hat dieser günstigen Lagebeurteilung für eine neuerliche Waren- und Kapitalexportoffensive der BRD widersprochen. Warum auch?

Schließlich konnten die westdeutschen Kapitalisten im vergangenen Jahr erstmals seit vielen Jahren ihre Lohnstückkosten, d.h. die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Produkt, wieder *senken*. Um 5,4% lagen Ende Dezember 1983 die Lohnstückkosten im sogenannten „produzierenden Gewerbe“, d.h. Bergbau und Indu-

strie, unter den Lohnstückkosten von Dezember 1982. Keine andere imperialistische Macht erreichte 1983 ein solches Ergebnis. Keine konnte 1983 die Löhne so senken *und* die Intensität der Arbeit so steigern wie die westdeutschen Kapitalisten.

Auch in der Geschichte des BRD-Imperialismus ist dieses Ergebnis einmalig. Das letzte Mal, daß die BRD-Imperialisten ihre Lohnstückkosten senken konnten, war in den Jahren 1967 und 1968. Damals gelang ihnen in beiden Jahren zusammen eine Senkung der Lohnstückkosten im produzierenden Gewerbe von 1,8%.

Nachdem sie auf diese Weise ihre Konkurrenzposition noch einmal deutlich verbessert haben, streben die westdeutschen Kapitalisten nun energisch eine neuerliche Ausweitung ihrer Absatzmärkte an. Steigerung des Exports in die EG, in die anderen westeuropäischen Staaten, nach Japan, in die USA, in die OPEC-Staaten, in alle Welt! lautet die Devise. In den vergangenen sechs Monaten konnten die

westdeutschen Kapitalisten bereits um 11,1% höhere Auslandsaufträge einholen. Für 1984 rechnen nun die Institute mit einer Exportsteigerung von 11,4%. Gelingt dies, so hätte die BRD ihre Stellung auf den Weltmärkten weiter ausgebaut und innerhalb der EG ihre jetzt schon dominierende Position gefestigt.

Die beständigen sorgenvollen Erklärungen der Kapitalisten und der Bundesregierung über das „zarte Pflänzchen Konjunktur“, das durch einen Streik zunichtegemacht würde, sollen diese Entwicklung der Geschäfts- und Auftragslage der Kapitalisten vertuschen. Insbesondere die Automobil- und Elektrokapitalisten, aber auch die Chemiekonzerne und andere Kapitalisten verfügen inzwischen wieder über hohe Auftragsbestände. Ein Streik würde die Expansionspläne der Kapitalisten empfindlich treffen und die Widersprüche zwischen ihnen zuspitzen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, Ausgaben seit 10.4.; Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, April 1984

der Betriebszugehörigkeit eingebaut: Unter fünf Jahren Betriebszugehörigkeit soll es gar nichts geben und erst nach 20 Jahren die 70% vom letzten Bruttolohn. Auch diese Regelung richtet sich gegen die am schlechtesten Verdienenden. Sie sind am stärksten von Arbeitsplatzwechseln betroffen und würden häufig die Anspruchsvoraussetzungen für die 70% nicht erfüllen.

Zu einem Tarifvertrag für mehr Arbeitszeitflexibilität haben die Kapitalisten durchblicken lassen, daß sie in bestimmten Fällen einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit unter 40 Stunden durchaus zustimmen würden, z.B. wenn „vermehrt abends, nachts oder am Wochenende gearbeitet“ würde (Gesamtmetall-Kirchner) und speziell auch, wo kürzere Arbeitszeit des Einzelnen mit längerer Anlagenauslastung insgesamt überkompensiert werden könnte. Ihr Gedanke dabei ist, Beschäftigte in sehr intensiver Arbeit zu einem Zeitpunkt nach Hause zu schicken, wo sie am Ende der Leistungsfähigkeit angelangt sind. Als Ausgleich für die dann eintretenden Lohnverluste sollen Zuschläge für zusätzliche Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit dieser Leute fungieren. Unter diesen Umständen würden die Kapitalisten auch den einen oder anderen zusätzlich einstellen, schlecht bezahlt, für die intensivsten Arbeiten und zu den ungünstigsten Zeiten. Für höher qualifizierte Arbeitskräfte, deren Arbeit nicht auf ein Höchstmaß verdichtet ist, wollen sie dagegen eher mehr als 40 Wochenstunden. Daher ihre verbissene Forderung nach Beibehaltung der 40-Stunden-Regelarbeits-

zeit mit Möglichkeiten ihrer Überschreitung.

Der Vorstand der IGM hat nicht mitgeteilt, was er bei den Spitzengesprächen vertreten hat. Das „Handelsblatt“, „Bild“, Gesamtmetall dagegen geben munter bekannt, daß die IGM-Spitze einen Stufenplan für die 35-Stunden-Woche mit mehrjährigem Vorab-Lohnverzicht vorgeschlagen habe. „Bild“ berichtet am 17.4. von einem „denkbaren Modell“ mit Verkürzung auf 37 Wochenstunden in drei Jahren und Lohnerhöhungen von je 2% für vier Jahre. Ob hier der Wunsch von „Bild“ der Vater des Gedankens ist oder ob tatsächlich sowas angeboten wurde, weiß man dank der perfekten Stillschweigetaktilik des IGM-Vorstands nicht. Eins aber ist sicher: Daß die Kapitalisten unwiderrprochen die Verlängerung der Lohnsenkung in die kommenden Jahre als Angebot der IGM verbreiten können, hat eine garantierte demobilisierende Wirkung. Wenn das nicht schleunigst ausgeräumt wird, werden negative Folgen bei den Urabstimmungen und erst recht bei einem Streik nicht ausbleiben.

In den kommenden Tagen werden die Tarifkommission und die gewerkschaftlichen Funktionärskonferenzen und andere gewerkschaftliche Gremien zusammentreten, um die Lage zu erörtern und Beschlüsse zu fassen. Dabei werden auch die Zielpunkte der Gewerkschaft in dieser Tarifbewegung neuerlich aufgeworfen sein. Eine Debatte in dieser Hinsicht ist bereits unübersehbar. Nicht einmal so selten sind Stellungnahmen wie die der Vertrau-

ensleute von Fritz Werner in Westberlin, die die Tarifkommission und die IGM-Ortsverwaltung darauf hinweisen, daß die Tarifbewegung weder zur Einführung von Samstags-/Sonntagsarbeit oder zusätzlicher Wechselschicht noch zu einer Verlängerung des Arbeitstags über acht Stunden hinaus kommen darf, daß eine Arbeitszeitverkürzung nur in der Form eines 7-Stunden-Tags von Montag bis Freitag erstrebenswert ist, daß eine Lohnerhöhung, die ein weiteres Sinken der Real-einkommen verhindert, nicht in den Hintergrund treten darf.

Quellenhinweis: Angebot von Gesamtmetall, Handelsblatt, „Bild“, Tarifinformationen der IGM, eigene Nachrichten – (rok, rül)

Sozialer Wohnungsbau Die Kostenmiete wird abgeschafft

Nachdem in einigen Bundesländern wie z.B. in Niedersachsen die Mindestbaustandards nahezu beseitigt sind, bereitet die Bundesregierung jetzt die Durchsetzung der Standardsenkung im Sozialen Wohnungsbau über die öffentliche Förderung vor und ergreift weitere Maßnahmen zur Abschaffung des Sozialen Wohnungsbaus. Ein von Bundesbauminister Schneider „noch nicht abgesegneter Referentenentwurf zur Vereinfachung wohnungsrechtlicher Vorschriften“ beabsichtigt die Aufhebung der Kostenmieten im Sozialen Wohnungsbau erstens für die Wohnungen der 50er und 60er Jahre,

zweitens für die neuen Wohnungen durch Bindung der Förderung an die Standardsenkung und drittens durch Bindung der Mieterhöhungen an die Mieterhöhungen im freifinanzierten Wohnungsbau.

Die Aufhebung der Kostenmiete für die Wohnungen der 50er und 60er Jahre soll dadurch erreicht werden, daß den Unternehmen unabhängig vom Wohnwert der Gebäude (bisher nur bei gleichem Wohnwert) ein interner Mietausgleich für ihre Wohnungen gewährt wird, die sich innerhalb einer Gemeinde bzw. in benachbarten Gemeinden befinden (bisher nur enger örtlicher Zusammenhang, also Siedlung oder Stadtteil). Angeknüpft wird an der Tatsache, daß die Sozialwohnungen der 70er Jahre durch die hohen und progressiv steigenden Mieten die Mieten im freifinanzierten Wohnungsmarkt übersteigen müssen. Erstere sind praktisch nachsubventionierte, über den Kapitalmarkt finanzierte Mieten, die nicht die Steuervorteile für freifinanzierte Wohnungen beanspruchen können. Diese können von den unteren Lohngruppen schon länger nicht gezahlt werden.

Konsequenzen: Leerstände, Ertragsverluste und Nachsubventionen der



Auf der Abschußliste: der Soziale Wohnungsbau

Länder. Durch diese Vorschläge können sich die Länder der Nachsubventionierung entziehen, den mittleren Lohngruppen, die überwiegend in den neueren Sozialwohnungen wohnen, wird eine günstige Miete auf Kosten der unteren Lohngruppen, die zum Großteil noch in den alten Sozialwohnungen wohnen, garantiert.

Dadurch, daß zukünftig Investor und bürgerlicher Staat die Subvention im Sozialen Wohnungsbau „aushandeln“ und dadurch „Anreize zum kostengünstigen Bauen“ geschaffen werden sollen, kann der Schlichtwohnungsbau über die öffentliche Förderung durchgesetzt werden.

Quellenhinweis: Politische Berichte 4/84; Handelsblatt, 27.3.84 – (jeb)

Großbritannien

Streikende Bergleute werden unterstützt – Regierung diskutiert Truppeneinsatz

Mit 20000 Mann versucht die Regierung Thatcher, den Streik von etwa 140000 Bergleuten für mehr Lohn und gegen Betriebsstillegungen zu brechen. Mehr als 800 Bergleute wurden bislang wegen „Behinderung der Polizei“ verhaftet und wieder freigelassen – mit der Auflage, bis zum Prozeß (nach dem Streik) sich an keinerlei Aktionen zu beteiligen. Aber das Ergebnis ist bislang nicht sehr ermutigend für die britische Bourgeoisie. Am 19.4. führt die Bergarbeitergewerkschaft einen außerordentlichen Kongreß durch. Die Regierung rechnet mit einem Beschluß für Weiterführung des Streiks.

Seit September 1983 verhandelt die National Union of Mineworkers (NUM) mit der staatlichen Kohlebehörde National Coal Bord (NCB) über einen neuen Lohnstarif. Die Gewerkschaft fordert 27 Pfund Lohnerhöhung pro Woche (etwa 430 DM im Monat). Die Kohlebehörde unter Leitung Ian McGregors bot 6 Pfund in der Woche (95 DM im Monat).

Die NUM antwortete mit der Verweigerung sämtlicher Überstunden. Dieser Beschluß wird von allen NUM-Bezirken bis heute eingehalten. Die Kohlebehörde versuchte mehrere Monate lang, den Überstundenstreik zu brechen. Vor allem in Yorkshire, dem

kampfstärksten Bezirk der NUM, wurden willkürlich ausgewählte Zechenbegleitschaften nach einem Arbeitstag in der Woche auf Kurzarbeit nach Hause geschickt. Aufgrund des Prämien-Lohnsystems führte das zu drastischen Lohnverlusten von ca. 700 DM im Monat, bei einem Schnitt von 2900 DM brutto für einen Untertagearbeiter.

Als schließlich Anfang des Jahres der Plan der Kohlebehörde bekannt wurde, zwanzig weitere Zechen zu schließen und 20000 Mann zu entlassen, begannen Bergarbeiter in Yorkshire zu streiken.

Wales, Kent, North Derbyshire, Schottland und andere Bezirke schlossen sich nach und nach an. Der Zentralvorstand der Gewerkschaft beschloß seine Unterstützung. Fast alle Bezirke führten Urabstimmungen durch. Aber in Nottinghamshire (34000 Arbeiter), Leicestershire und anderen Midland-Bezirken mit etwa 6000 Arbeitern gingen diese Abstimmungen mit großer Mehrheit gegen Streik aus.

Diese scharfe Spaltung der Bergarbeiter hat ihre Wurzeln in einer drastischen Niederlage im Jahr 1978, als die NCB ein gemein spaltendes Prämien-system einführt und trotz heftigen Widerstands durchsetzte. Seitdem sind,

Spaltung und massive Polizeieinsätze

Die folgenden Ausschnitte stammen aus einem Interview mit zwei Mitgliedern der NUM-Streikleitung im Bezirk North Derbyshire vom 12.4. 1984.

Was ist die Hauptursache der Spaltung der Bergleute?

Das Prämien-Lohnsystem, das vor einigen Jahren eingeführt wurde und zu höchst unterschiedlichen Bezahlungen in verschiedenen Bezirken führt.

Man gibt uns eine bestimmte Vorgabe, z.B. zweimal hin und her von dem Flöz mit dem Abbaugerät. Wenn wir das in einer Schicht schaffen, kriegen wir 30 Pfund Bonus pro Woche (etwa 480 DM im Monat). Wenn wir mehr fördern, mehr.

Die Prämienhöhe ist sehr unterschiedlich. Nottinghamshire z.B. hat reiche Flöze. Dort können die Arbeiter viel mehr an Prämien verdienen. Im Durchschnitt wird ein Untertage-

arbeiter vor Ort 50 Pfund pro Woche (800 DM/Monat) Prämien verdienen. In Nottinghamshire sind es bis zu 100 Pfund (1600 DM/Monat), in Südwales oft nur 5 Pfund (80 DM/Monat).

Wie wird die Prämie verteilt?

Das ist von Bezirk zu Bezirk verschieden. Bei uns bekommt ein Arbeiter vor Ort 100% vom Durchschnitt seines Bergwerkes. Andre Arbeiter unter Tage erhalten 65% vom Durchschnitt des Bezirks, Arbeiter über Tage 40%.

In Yorkshire dagegen wird Zeche für Zeche berechnet – die Arbeiter vor Ort bekommen 100%, die anderen einen Prozentsatz vom Ergebnis des Bergwerks. So kann es passieren, daß jemand über Tage, z.B. eine Frau in der Kantine auf einer gut produzierenden Zeche mit 40% vielleicht 20 Pfund pro Woche (320 DM/Monat) bekommt, während in einer weniger produktiven Zeche ein Arbeiter vor Ort weniger verdient.

Über ihre Erfahrungen mit der Polizei bei Streikposteneinsätzen in nichtstreikenden Bezirken berichteten die beiden



Streikposteneinsatz schottischer Bergleute gegen massive Polizeiuferdrückung

trotz einheitlichen Tarifvertrags, Lohnunterschiede von 800 DM zwischen verschiedenen Bezirken – z.B. zwischen Nottinghamshire und Südwalles – an der Tagesordnung (s. Kasten). Dazu kommt, daß die Schließungsplanung die einzelnen Gebiete unterschiedlich trifft.

Streikende Bergleute versuchen seit sechs Wochen, ihre Kollegen in den nichtstreikenden Bereichen durch Streikposten zur Beteiligung zu bewegen. Genau das verhinderte der massive Polizeieinsatz. Die NUM-Führung ist sich der Spaltung in ihrer Gewerkschaft wohl bewußt. Sie hat sich deshalb lange gegen eine zentrale Urabstimmung gewehrt und den Bezirken

die Entscheidung überlassen. Auf dem Sonderkongreß am 19.4. beantragt der Vorstand eine Satzungsänderung, nach der nicht mehr 55%, sondern die einfache Mehrheit der Mitglieder in einer Urabstimmung für Streik stimmen müssen. Eventuell beschließt der Kongreß dann eine Urabstimmung.

Eine knappe Mehrheit für Streik ist möglich. Martin Ryan, Präsident des Bezirks Leicestershire, der nicht im Streik ist, sagte uns: „Bei uns stimmen 90% gegen Streik. Aber bei einer allgemeinen Urabstimmung könnte sich die Haltung der Leute ändern, weil die anderen Bezirke noch im Streik sind.“

Die Unterstützung durch andere Ge-

NUM-Mitglieder:

Es gibt massiven Polizeieinsatz an jeder Streikpostenkette. Wir können nicht mal nahe genug an die Leute herankommen, um mit ihnen zu reden. Wir haben erlebt, daß jemand an einem Tor stand und ein Polizist zu ihm sagte: „Wenn sie auf diese Straße treten, verhafte ich Sie“, und das tat er dann auch.

Ich selbst wurde 20 Meilen von einem Kraftwerk entfernt verhaftet, wo wir Streikposten gegen Kohleanlieferung stehen wollten. Ich war mit dem Auto da und wurde aufgefordert, wieder nach Hause zu fahren. Als ich mich weigerte, wurde ich auf der Stelle festgenommen. Die Polizei hat mich acht Stunden lang festgehalten. Ich wurde angeklagt.

Verschiedentlich wurden Leute befragt über ihre politischen Auffassungen, ihre gewerkschaftliche Tätigkeit, wie sie gewählt haben, wer sie finanziert, wer sie losschickt, wer das Benzin bezahlt. Sie nehmen Fingerabdrücke und machen Fotos. Ich stehe unter Anklage wegen „Behinderung der

Polizei“. Bisher wurden noch keine Geldstrafen verhängt. Der Prozeß gegen mich wird nicht vor Ende des Streiks stattfinden. Die Auflage für die Freilassung ist, daß man nicht mehr Streikposten stehen darf, nicht einmal vor dem eigenen Betrieb. So haben sie bis gestern abend insgesamt 800 Leute aus den Streikaktivitäten rausgezogen, 140 der Verhafteten kommen aus unserem Bezirk. Wir versuchen weiterhin, Streikposten aufzustellen. Aber die Polizei zwingt uns meistens schon auf den Straßen, wieder umzukehren. Ein weiteres Problem: Sie verhindern, daß wir Transportmittel bekommen. Die Polizei sagt den Besitzern von Bussen und Lieferwagen, wenn sie ihre Wagen an Streikposten vermieten, werden auch die Verleiher wegen „Hilfe und Zuarbeit“ bei der „Behinderung des Straßenverkehrs“ verhaftet.

Unsere Mitglieder treffen sich weiterhin jeden Tag zu verschiedenen Zeiten und fahren zu festgelegten Streikposteneinsätzen. Manchmal schlagen wir dabei auch die Polizei.

werkschaften nimmt zu. Die Eisenbahner haben ihre Hilfe zugesagt. Mehrere Lokführer weigerten sich in den letzten Wochen, Kohlenzüge unter Brücken hindurchzufahren, auf denen Streikposten der NUM standen. Die Seeleutegewerkschaft beschloß, Schiffe mit Importkohle zu bestreiken.

Im Fernsehen werden volle Kohlezüge gezeigt – aber die NUM enthüllte, daß ein und derselbe Zug mehrfach gefilmt wurde. Und obwohl die Regierung offiziell sagt, es sei genug Kraftwerkskohle auf Halde, bringt Ian McGregor einen möglichen Truppeneinsatz ins Gespräch, falls die LKW-Fahrer und Eisenbahner die Haldenkohle nicht zu den Kraftwerken befördern. Jedoch – „solange Nottinghamshire arbeitet und Kohle produziert, beißt der Streik nicht so richtig. Mit Nottinghamshire hätten wir sie in Wochen klein“, sagten uns Streikposten in North Derbyshire.

Die Regierung kann nur begrenzt durchhalten – wie lange können die Bergleute? Die NUM hat keine Streikkasse. Die Familien leben von Sozialhilfe, aber laut zentraler Regierungsvorschrift werden pro Woche 15 Pfund (240 DM im Monat) als angenommene Streikzahlung der Gewerkschaft einbehalten. Ein Streikposten mit zwei Kindern: „Meine Frau verdient 25 Pfund in der Woche (400 DM im Monat). Ich habe gerade meinen Bescheid bekommen: Der Staat zahlt mir genau 29 Pence pro Woche (4,60 DM im Monat) an Sozialhilfe, nachdem sie 15 Pfund pro Woche abgezogen haben.“ Spenden für den Streikfonds sind also höchst willkommen.

Die Bergleute sind sich der gefährlichen Lage bewußt: „Ohne Erfolg aufzugeben, das hieße das Ende unserer Gewerkschaft.“

Solidaritätsadressen an: The General Secretary, National Union of Mineworkers, St. James' House, Vicar Lane, Sheffield, England. Euroschecks an die gleiche Adresse. Bankkonto: Miners' Solidarity Fund, Kto-Nummer: 300 000 009 CO-OP-Bank, Sheffield Branch, BLZ 08-90-75.

Quellenhinweis: The Miner, Socialist Worker, Economist, Financial Times, versch. Ausgaben; Interviews – (hef)

Volksbefragung

Ohne politische Debatte keine Aussicht auf Erfolg

Die „Aktionskonferenz der Friedensbewegung“ hatte am 11./12. Februar beschlossen, am 17. Juni vor den Wahllokalen zu den Europawahlen eine „selbstorganisierte Volksbefragung“ durchzuführen. Auf Betreiben der SPD wurde dafür die Fragestellung der Kampagne für einen Volksentscheid und eine gesetzliche Volksbefragung, die auch der BWK unterstützt hatte, geändert. Jeder Befragte muß jetzt für „Abrüstungsschritte in Ost

Volksbegehren in Baden-Württemberg

Ca. 90 000 Unterschriften sind bisher unter den Antrag auf die Durchführung eines landesweiten Volksbegehrens gegen die Raketenstationierung in Baden-Württemberg gesammelt worden. Damit ist die erforderliche Quote von 10 000 Unterschriften bei weitem übertroffen. Am Tag der baden-württembergischen Landtagswahl, am 25. März, wurden ca. 40 000 Unterschriften vor 534 Wahllokalen, das sind 20 Prozent aller Wahllokale, gesammelt. Dieses gute Ergebnis veranlaßte einige CDU-Politiker, u.a. Kultusminister Mayer-Vorfelder, von einer „massiven Wahlbeeinflussung“ zu sprechen, „wie es sie in der 35-jährigen Geschichte freier Wahlen in der Bundesrepublik nicht gegeben hat.“

Weitaus stärker als diese Attacke beschäftigte die Vertreter der 500 Gruppen, die das Volksbegehren unterstützen, auf ihrer Vollversammlung am 1. April ein Brief, den einige Mitglieder der Landesverbände der Jusos und der Grünen an die Versammlung gerichtet hatten. In diesem Brief wurde erklärt, daß existenzielle Fragen wie Raketenstationierung nicht durch Volksabstimmung mehrheitlich entschieden werden könnten und daß die Kampagne sowieso aussichtslos sei. Sie solle deshalb zugunsten der bundesweiten autonomen Volksbefragung eingestellt werden. Diesen Vorschlag nahm die Versammlung nicht an, nicht zuletzt auch aufgrund der Äußerungen eini-

ger anwesender DKP-Mitglieder und einer Vertreterin des Landesvorstandes der Deutschen Friedensunion, die erklärten, die Kampagne nunmehr unterstützen zu wollen.

Allerdings beschlossen die Versammelten, sich mit einem Brief an die Autonomen Friedensinitiativen und KOFAZ zu wenden mit der Aufforderung, die bundesweite Volksbefragung in Baden-Württemberg am 17. Juni in Form der Unterschriftensammlung für das landesweite Volksbegehren vor den Wahllokalen durchzuführen. Die dabei gesammelten Unterschriften sollen darüberhinaus der bundesweiten Volksbefragung zugerechnet werden. Auf Unverständnis auch bei Teilen der bürgerlich-liberalen Presse ist der Beschluß der Versammlung gestoßen, die gesammelten Unterschriften jetzt nicht einzureichen, sondern erst im Herbst. Die Beweggründe für diesen Beschluß waren:

- a) die politische Schlagkraft der Kampagne sei noch zu gering, und
- b) eine Einreichung könne nur in enger Abstimmung mit dem hessischen Volksbegehren stattfinden, das das benötigte Quorum noch lange nicht erreicht habe.

Die Initiative konnte in den letzten Wochen an Schlagkraft und Verbreitung gewinnen, weil sie sich in ihrer Publizistik gerade im Landtagswahlkampf bemüht hat, die Rolle der Landesregierung bei der Kriegsvorbereitung an einigen Punkten zu enthüllen. Argumente von Teilen der Initiatoren, Aussicht auf Erfolg sei erst vorhanden, wenn über eine Million Unterschriften zusammen sind, gehen an der Problemlage vorbei.

Der eher ungünstigen Beschlußlage, die es kaum möglich macht, die Kampagne durch Einsammeln von Unterschriften zu unterstützen, stehen positive Planungen zur Untersu-

Richtig: Es stimmt, daß Lothar Späth sich große Verdienste um den Ausbau Baden-Württembergs zur Abschlußrampe von Atomraketen erworben hat.



Falsch: Es stimmt nicht, daß Lothar Späth die Umgestaltung des baden-württembergischen Wappens persönlich angeordnet hat. Es gibt auch keine Bestätigung dafür, daß Baden-Württemberg 51. Bundesstaat der USA werden soll.

Juso-Plakat zu den Landtagswahlen, die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte es wegen „Volksverhetzung“.

chung bestimmter Themenkreis gegenüber:

- Landesweite Kriegsvorbereitungen und Militarismus;
- Justiz, Macht und Politik – Kritik des „real existierenden Parlamentarismus“;
- rechtliche Fragen zum und ums Volksbegehren.

und West“ und „für den Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen“ stimmen. Eine solche Änderung wurde dadurch begünstigt, daß die Auseinandersetzung um diese Parolen kaum geführt wurde oder erfolglos blieb.

Die „selbstorganisierte Volksbefragung“ gibt dem Widerstandswillen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen kaum noch Anhaltspunkte. Der von der SPD beabsichtigte Mißerfolg der Befragungsaktion am 17. Juni zeichnet sich ab.

Für die in Aussicht gestellte „Verbreiterung der Aktionen“ hat die Mehrheit der Organisationen des Koordinationsausschusses die Forderung nach gesetzlicher Volksbefragung fallengelassen. Der Gesetzentwurf der GRÜNEN, der nach wie vor auf die Behandlung in zweiter und dritter Lesung im Parlament wartet, ist völlig in Vergessenheit geraten. Als Propagandaaktion am 17. Juni könnte die selbst-

organisierte Volksbefragung nur dann eine Wirkung gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen entfalten, wenn sie zugleich die Bemühungen der Bundesregierung, durch die Wahlen einem vereinten Europa unter westdeutscher Führung näher zu kommen, angreifen würde. Stattdessen leisten Befragungstext und Aufruf zur selbstorganisierten Volksbefragung aber diesen Absichten der westdeutschen Imperialisten eher Vorschub.

Die Änderung der politischen Stoßrichtung der zentralen Volksbefragungskampagne brachte auch die Bemühungen in Hessen und Baden-Württemberg, durch Volksbegehren landesweite Volksentscheide gegen die Raketenstationierung zu erwirken, in Schwierigkeiten. In Hessen fehlen für die benötigten 120 000 Unterschriften immer noch rund 40 000. In Baden-Württemberg schreckte die Mehrheit der Träger der Kampagne davor zurück, die schon ausreichend gesammelten Unterschriften abzugeben und die

Landesregierung dazu zu zwingen, darüber zu entscheiden. Ähnlich wie in Baden-Württemberg hat in Hessen der Trägerkreis der Kampagne den Koordinationsausschuß aufgefordert, zu beschließen, daß in diesen beiden Bundesländern am 17. Juni statt für die selbstorganisierte Volksbefragung Unterschriften für die landesweiten Volksbegehren zu sammeln. Dieser Vorschlag soll auch auf der nächsten Aktionskonferenz am 5./6. Mai zur Sprache gebracht werden.

Die landesweiten Kampagnen in Hessen und Baden-Württemberg können wir unterstützen, die „selbstorganisierte Volksbefragung“ dagegen nicht. Wer sich an den Ostermärschen oder an einer der Volksbefragungsaktionen beteiligt, sollte unserer Meinung nach vor allem die Auseinandersetzung mit Anschauungen wie „Abrüstung in Ost und West“ und allen Abarten des Europagedankens führen.

Quellenhinweis: Rundbrief 84 des Koordinationsausschusses vom März 1984 – (clm, heb)

Unionspläne für die Zukunft der Lohnarbeit: ohne Schranken des Arbeitstags, ohne Tarifvertrag, ohne Versicherungsschutz

Am 29. März hat der Bundestag einen Gesetzentwurf der SPD „Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes“ abschließend abgelehnt. In der bürgerlichen Presse ist über diesen Vorgang kaum berichtet worden. Dennoch ist er wichtig. Denn der SPD-Antrag sah vor, den 8-Stunden-Tag und die 5-Tage-Woche gesetzlich festzuschreiben. §3 des Entwurfs lautete: „Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit darf acht Stunden nicht überschreiten. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit darf 40 Stunden nicht überschreiten.“

Vonseiten der GRÜNEN wurde in der Beratung diese Festschreibung des 8-Stunden-Tags und der 5-Tage-Wo-

„Wie kommt eigentlich jemand dazu, wir würden die 48 Stunden vorschreiben? Wir sagen zur Wochenarbeitszeit überhaupt nichts. Denn ich glaube, daß die Kategorie Wochenarbeitszeit angesichts der zukünftigen Entwicklung geradezu wie ein Korsett aus dem Mittelalter wirken wird ... Ich glaube, unser Verlangen sollte es sein, den Sonntag freizuhalten, nicht nur aus religiösen Gründen ... Ich denke, daß der Sonntag auch ein Rastplatz der Familie sein muß, damit sich die Familie nicht nur an der Omnibushaltestelle trifft. Aber laßt uns doch im übrigen die Arbeitszeit mischen ... Ich stelle nur einmal ein paar Fragen. Ist es denn vernünftig, daß die Bauarbeiter im Sommer bei schönem Wetter die gleiche Wochenarbeitszeit haben wie im Winter,

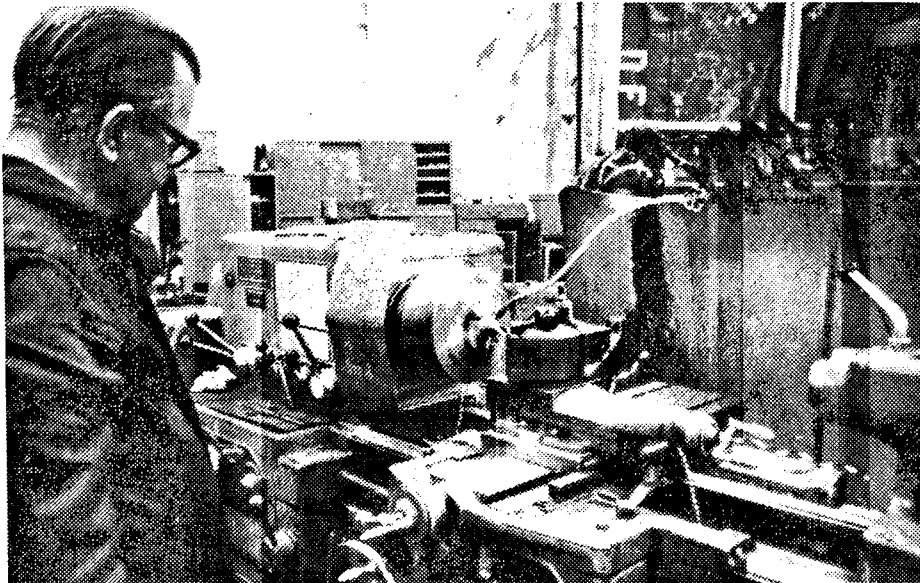
beitszeit“ treten, die die Kapitalisten je nach Auftragslage auf die Wochen verteilen können. Insbesondere für die Lohnabhängigen in den unteren Lohngruppen wären die Folgen einer solchen Arbeitszeitordnung verheerend. Ihre Gesundheit würde durch die brutale Überforderung ihrer Arbeitskraft in „Stoßzeiten“ des Geschäfts der Kapitalisten binnen weniger Jahre ruiniert. Der Rationalisierungseffekt für die Kapitalisten dagegen wäre enorm. Sie könnten ihre Belegschaften abermals verkleinern und diese verkleinerten Belegschaften kampagnenmäßig und mit einer bisher unerreichten Intensität ausbeuten, könnten Überstundenzuschläge weitgehend streichen, könnten ihre Läger verringern usw.

Auf ihrem 32. Bundesparteitag vom 9. bis 11. Mai in Stuttgart will die CDU dieses „natürliche Lebensmuster“ des Norbert Blüm zum Programm erheben. Zusammen mit weiteren Angriffen auf Arbeitsschutzgesetze und Versicherungsschutz und mit der Ankündigung, auch tarifliche Schranken für die Kapitalisten weitgehend zerschlagen zu wollen, haben Blüm, Geißler, Stoltenberg, Späth und Albrecht dies als künftigen Unionswillen in einem Leitanspruch des CDU-Bundesvorstands formuliert, der dem Parteitag unter dem Titel „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation, Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre“ vorliegt.

In Kapitel 41 dieses Antrags heißt es unmißverständlich:

„Zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialen Marktwirtschaft in den 80er Jahren gehört eine Neugestaltung des Arbeitsmarktes. Der erweiterte Spielraum, den die neuen Technologien für individuelle Arbeitszeiten und Arbeitsstrukturen geben, muß ausgeschöpft werden. Die zur Zeit bestehenden arbeitsrechtlichen Verhältnisse erweisen sich als viel zu starr, um dem raschen Strukturwandel gerecht zu werden.“

Die Schranken des 8-Stunden-Tags und der 5-Tage-Woche müssen weg, heißt das. Noch in ihrem Grundsatprogramm von 1978 hatte die Union zumindest die „Verminderung der Nachtschichten“ als Schranke für die ansonsten anzustrebende „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit anerkannt. Davon ist in den „Stuttgarter Leitsätzen“ nicht mehr die Rede. Nun heißt es schroff: „Was den Arbeitslosen nutzt, kann nicht als sozialer Abbau gewertet werden.“ Und daß den Arbeitslosen solche Beschäftigungsverhältnisse „nutzen“, auch wenn sie sie mittelfri-



„Der Schwerpunkt menschlicher Arbeit wird künftig ... weniger in der Produktion selbst liegen“, behauptet die Union, um die schwer arbeitenden Lohnabhängigen zu isolieren, ihre Löhne zu senken und ihre Arbeitszeit schrankenlos ausdehnen zu können.

che ausdrücklich unterstützt. Die GRÜNEN lehnten den Gesetzentwurf dennoch ab, da er den Kapitalisten immer noch mit „Ausnahmeregelungen“ erlaubt, Arbeitszeiten bis zu 60 Stunden in einer Woche zu erzwingen. Die GRÜNEN kündigten einen eigenen Arbeitszeitgesetz-Entwurf an.

Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP dagegen verbanden ihre Ablehnung des SPD-Entwurfs mit heftigen Angriffen auf die 5-Tage-Woche und der Mitteilung, daß die Wiedereinführung der Samstagsarbeit für alle Lohnabhängigen nunmehr auch offiziell propagiertes Regierungsprogramm ist. Blüm über das Ende letzten Jahres von ihm vorgelegte „Arbeitszeit- und Frauenarbeitsschutzgesetz“:

wenn der Frost klirrt? Ist das eigentlich die höchste der Vernunft, der größte soziale Fortschritt: im Sommer um 5 Uhr den Hammer fallen lassen und im Winter auch, wenn es kalt ist? Könnten wir hier nicht eine Jahresarbeitszeit und auch eine normale Wochenarbeitszeit vereinbaren? ... Ich frage mich, ob wir den technischen Fortschritt nicht auch dazu nutzen können, wieder zu natürlichen Lebensmustern zurückzukehren.“ (Hervorhebungen im Original, d. Verf.)

Die „natürlichen Lebensmuster“ des Norbert Blüm umfassen nicht nur die Wiedereinführung der 6-Tage-Woche. Sie bedeuten auch die Abschaffung jeder Schranke gegen die Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit. An deren Stelle soll eine „Jahresar-

stig umbringen, das ist in Unionskreisen allemal ausgemachte Sache.

Der Leitantrag ergänzt diese Ankündigung der Aufhebung von 8-Stunden-Tag und 5-Tage-Woche mit der Ankündigung eines ganzen Bündels weiterer Maßnahmen, die die Beseitigung der Schranken des Normalarbeitstags zweckmäßig ergänzen. So heißt es an anderer Stelle dieses Antrags:

„Die Tarifverträge herkömmlichen Musters bieten keine ausreichenden Möglichkeiten für differenzierte Lohnabschlüsse nach Branchen und Regionen, was angesichts deren unterschiedlicher wirtschaftlicher Lage sinnvoll wäre. Neue Formen von Rahmenvereinbarungen der Tarifparteien könnten einen zusätzlichen Spielraum für die Belegschaft und Unternehmensführung einzelner Betriebe schaffen, Tarifabkommen individuell auszugestalten.“

Die „individuelle Ausgestaltung“ bestünde dann in der Senkung des

Lohns noch unter den tarifvertraglichen Lohn, die der alsbald erzwungenen Ausdehnung der Arbeitszeit noch über die tarifvertragliche Höchstarbeitszeit hinaus erst den richtigen Nachdruck verschafft. Belegschaften, denen mit der Drohung der Schließung des Werks oder von Massenentlassungen auf diese Weise der Lohn gekürzt und die Arbeitszeit verlängert werden könnte, werden sich schon auf tun lassen. Und wo fände solche Ausdehnung der Arbeitszeit künftig ihre Schranke? Jedenfalls nicht im Blümschen Arbeitszeitgesetz!

Beim Angriff auf den Versicherungsschutz der Lohnabhängigen strebt die Union als nächstes insbesondere die weitere Schwächung des Krankenversicherungsschutzes und die Aufhebung der Lohnfortzahlung an. Mit der Blümschen „Teilarbeitsfähigkeit“, die mit dem „Beschäftigungsförde-

rungsgesetz“ erstmals gesetzlich eingeführt werden soll, ist schon ein Weg gewiesen, um die Kapitalisten von Kosten zu entlasten und die Gesundheit der Lohnabhängigen um so schneller zu ruinieren. Eine Ausweitung der sogenannten „Eigenbeteiligung“ an Medikament-, Arzt- und Krankenhauskosten würde diese Aufhebung des Versicherungsschutzes weiter vorantreiben und insbesondere die Teile der Lohnabhängigen treffen, die die schwerste Arbeit zu niedrigsten Löhnen machen müssen und deshalb auch am häufigsten krank sind.

Schließlich sieht die Union die Zeit gekommen, um Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge, Teilzeitarbeit und Heimarbeit in großem Umfang einzuführen:

„... die gezielte Nutzung neuer Informationstechniken ermöglicht weichere Übergänge zwischen bezahlter Arbeit und

Stellungnahmen revolutionärer Sozialisten zur Arbeitslosenversicherung

Die Regierung führt weitgehende Angriffe auf die Versicherungen, die die Arbeiterbewegung erkämpft hat, um gegen die Wechselfälle des kapitalistischen Arbeitsmarktes geschützt zu sein. Der politischen Opposition, die sich dagegen rührt, würde Unterstützung durch die revolutionären Sozialisten nützen.

Seit der Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes für 1984 beträgt das Arbeitslosengeld für Kinderlose nur noch 63% vom letzten Nettolohn, die Arbeitslosenhilfe nur noch 56%. Die Bundesregierung hat die Zeiten, die ein Arbeitsloser nachweisen muß, um Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erhalten, von der doppelten Bezugsdauer auf die dreifache Zeit verlängert, die Höchstdauer für den Bezug von Arbeitslosengeld bleibt bei einem Jahr. Die Anrechnung von Sonderzuschlägen, wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld und Überstundenzuschläge für den Bezug von Arbeitslosengeld ist seit 1980 eingeschränkt. Die Bestimmungen für die „Zumutbarkeit“ einer bestimmten Arbeit sind seit 1979 verschärft.

Weniger als die Hälfte der tatsächlich Arbeitslosen erhält überhaupt noch Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, der DGB schätzt die Zahl der 1983 von Versicherungszahlungen der Arbeitslosenversicherung Ausgeschlossenen auf 1,6 Mio., ein großer Teil davon, ca. 1 Mio., ist nicht mehr als arbeitslos bei den Arbeitsämtern registriert und muß seinen Lebensunterhalt aus Zahlungen von Familienmitgliedern oder der Sozialhilfe bestreiten. Die Reaktion be-

treibt die Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in ein Almosenhilfswerk, dessen Tätigkeit darauf gerichtet ist, die gedrücktesten Teil der Lohnarbeiter in jede Art von Arbeit und zu jedem Lohn zu zwingen.

Dagegen hatte sich der DGB im Anfang Dezember letzten Jahres in einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung gewandt. Er forderte in der Studie: die unbefristete Auszahlung von Arbeitslosengeld, die Anhebung der Freibeträge für Familienmitgliedern von Sozialhilfeempfänger, die vollständige Zahlung der Beiträge an die Arbeitslosenversicherung durch die Kapitalisten. Die Studie fand die Unterstützung des DGB-Vorstandes.

Die revolutionären Sozialisten haben das Vorgehen der Regierung gegen die Arbeitslosenversicherung in ihren Pu-



NRW-Arbeitsämter verhängen Sperrfristen, wenn Versicherte nicht an ABM-Maßnahmen (Bild) teilnehmen.

blikationen angegriffen. Der *Kommunistische Bund (KB)* hat sich mit den besonderen Maßnahmen der Regierung gegenüber der Arbeitslosenversicherung und ihren Auswirkungen auf die Lohnabhängigen nicht befaßt. Andere Organisationen haben in Beschlüssen oder ihren Programmen festgelegt, daß sie den Absichten von Kapitalisten und Regierung gegenüber Arbeitern in und ohne Arbeit entgegenzutreten wollen.

Der *BWK* hat in seinem Programm festgeschrieben, welchen Anforderungen die Arbeitslosenversicherung genügen muß, damit die Arbeiter ihre Interessen gegenüber den Kapitalisten wahren können, auch wenn sie gerade keinen Ausbeuter gefunden haben:

„Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80% des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit ... Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat ... Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen.“

Die *Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)* hat auf ihrer letzten Nationalen Konferenz eine Resolution unter dem Titel „Gemeinsam gegen Kohl und Kapital“ beschlossen, aus deren bisher veröffentlichten Teilen sich leider kaum ablesen läßt, wie die GIM plant, in der nächsten Zeit für die Einhaltung wenigsten von minimalen Bedingungen tätig zu werden:

„Drittens wird es immer notwendiger, gerade in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, einen umfassenden Kampfplan gegen die Krise insgesamt aufzustellen ... Ein solcher Kampfplan ... muß allgemein für die Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken eintreten und ein Programm sinnvoller öffentlicher Arbeiten, finanziert durch die derzeitigen

Freizeit. Sie erleichtert die Individualisierung der Arbeitszeit und ermöglicht die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen. Bestimmte berufliche Tätigkeiten können zunehmend auch zu Hause ausgeübt werden. Der technische Fortschritt gibt uns zum ersten Mal seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, Lebens- und Arbeitsrhythmus, Familie und Beruf wieder miteinander zu versöhnen.“

„Weicher“ wird dieser „Übergang zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit“ einzig für die Kapitalisten. Sie sparen Versicherungskosten, können rascher und je nach Bedarf einstellen und auch wieder kündigen. Den Heimarbeiterrinnen zahlen sie zudem nicht nur einen elenden Lohn, sondern verweigern ihnen in aller Regel auch mit dem Hinweis auf den „selbständigen Charakter“ ihrer Arbeit jede Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen, jede Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

usw. Die „Versöhnung von Familie und Beruf“ schlägt sich für diese Lohnabhängigen in einem niedrigsten Einkommen trotz schwerster Arbeit zusätzlich zu häuslichen Arbeit nieder, ergänzt um die Freude, die enge Mietwohnung in eine Arbeitsstätte für den Kapitalisten verwandeln zu müssen, deren Miet- und sonstige Unterhaltskosten sie selbst zahlen müssen.

Auf dem Parteitag der CDU ist mit nennenswertem Widerstand gegen diese Pläne nicht zu rechnen. Blüm selbst als Chef des sogenannten Arbeitnehmerflügels in der CDU preist die darin entwickelten Grausamkeiten für die Lohnabhängigen als Rückkehr zu „natürlichen Arbeitszeiten“. Zum Beispiel im Bundestag bei der Debatte des SPD-Arbeitszeitgesetzantrags:

„Frühere Arbeitszeitformen waren nie so starr. Dem Bauer wäre es früher nicht eingefallen und fällt es auch heute nicht ein,

seine Arbeit so stur nach einer Stechuhr zu organisieren ... Die Technik hat einen Stand erreicht, bei dem sie uns aus der Kolonnenorganisation des Lebens austreten läßt, bei dem es wieder individuelle Spielräume gibt.“

Welche „individuellen Spielräume“ für die Kapitalisten Blüm dabei meint, zeigt sein Vergleich mit den „bäuerlichen Arbeitszeiten“. Die durchschnittliche Arbeitszeit aller Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft in der BRD beträgt noch heute 55 Stunden pro Woche. Die „Alternative“ zu dieser Form der Überarbeit wäre dann die Teilzeitarbeit, d.h. gleiche Arbeitsleistung bei halbem, Zwei-Drittel- usw. Lohn. Auch hier sehen die Kapitalisten noch bedeutende Möglichkeiten der Ausweitung. Das „Institut der deutschen Wirtschaft“ etwa hat festgestellt, daß 1979 erst 9,5% aller Lohnabhängigen „teilzeitbeschäftigt“ wa-

Rüstungsmittel, fordern. Er muß Perspektiven aufzeigen, um die Spaltung der Arbeiterklasse und die Diskriminierung der Frauen, der Immigranten und Jugendlichen überwinden.“ (zitiert nach: Was tun, Nr. 263)

Deutlich ist das Interesse, den Spaltungsabsichten von Kapitalisten und Regierung entgegenzutreten. Warum diesem Interesse allerdings durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die schon zu ganz anderen Zwecken erhalten mußten und auch zur Zeit erhalten müssen, gedient sein soll, leuchtet uns nicht ein. Immerhin schließt die GIM nicht aus, daß sie neben dem „umfassenden Kampfplan gegen die Krise insgesamt“ auch bereit ist, den Kampf um konkrete Interessenspunkte der Arbeiter zu unterstützen.

Das Zentralkomitee der *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)* hat im März 1984 eine Resolution zur Massenarbeitslosigkeit beschlossen, in der es die Absichten, die Bundesregierung und Kapitalisten mit der Arbeitslosenversicherung verfolgen, kritisiert und Tätigkeiten der KPD ankündigt:

„Die Absicht der Bundesregierung ist es – begleitet von den Angriffen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) auf das Tarif- und Arbeitsrecht und damit die Gewerkschaften schlechthin – durch Kürzung und Streichung der sozialen Leistungen das Heer der Arbeitslosen auf einen Stand zu bringen, der die Arbeitslosen veranlaßt, jede, auch untertariflich bezahlte Arbeit anzunehmen und damit zu Lohndrückern zu werden ... Trotz der genannten Erschwernisse ist die Armee der Arbeitslosen eine permanente, revolutionäre Kraft, deren unmittelbare Tagesinteressen zusammenfallen mit den allgemeinen Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Diese Tatsache ist die objektive Grundlage für die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen Kampffront zwischen beschäftigten Arbeitern und Arbeitslosen ... Klassensolidarität aber heißt



Sperrfristen drohen bei Ablehnung gesetzlich verbotener Arbeitsbedingungen, z.B. Nachtarbeit für Frauen.

jetzt und heute für die Kolleginnen und die Kollegen in den Betrieben: konsequenter Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn, konsequente Ablehnung von Überstundenschinderei und Akkordhetze. Klassensolidarität heißt für die Arbeitslosen: Breite Unterstützung des Kampfes für die Einführung der 35-Stunden-Woche, Ablehnung von Streikbrecherarbeit, Ablehnung von Arbeiten mit untertariflicher Bezahlung ...“ (zitiert nach: Roter Morgen, Nr. 10/1984)

Leider geht aus dieser Stellungnahme nicht hervor, welcher konkreten „Interessen der am meisten unterdrückten und in Verelendung befindlichen Arbeiterschicht“ sich die KPD annehmen will. Der Appell an die Klassensolidarität der Arbeitslosen kann doch nur hilflos bleiben, solange die Bedingungen der Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosen zwingt, sich den Zumutungen der Kapitalisten zu unterwerfen.

Die *Marxistische Gruppe (MG)* polemisierte in ihrer Zeitung gegen die Absichten, die Bundesregierung und Ka-

pitalisten mit den Angriffen auf Lohn- und Versicherung verfolgen:

„Die Garantie, die der Staat für die Sozialkassen übernommen hat, ist keineswegs so zu verstehen, daß bei Knappheit nun eben die anderen staatlich geliebten Haushaltsposten mit einzustehen und zurückzustehen haben ... Die Rechtsansprüche werden also zugunsten der Kasse zusammengestrichen ... Wer legt denn eigentlich fest, ob ein Arbeitsloser mit 1100 Mark oder mit 700 Mark auskommt? Doch nur er selbst, wenn er nämlich mit 700 Mark – *auskommt*. Man muß ihm also nahelegen, mit 700 Mark auszukommen, was zweckmäßigerweise dadurch geschieht, daß man ihm 300 Mark weniger gibt. Diese *Gewalt* hat der Staat ja, er muß sie bloß anwenden.“ (zitiert aus: „Haushalt '84: ‚Leere Kassen‘ – gut gefüllt“ in: MSZ – Marxistische Zeitung gegen die Kosten der Freiheit, Januar 1984)

Die MG hält damit eindeutig fest, daß entscheidend für den besitzlosen Lohnabhängigen ist, ob er genügend Mittel für seinen Lebensunterhalt zur Verfügung hat – und nicht, ob er gerade einen Ausbeuter findet.

Die *Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands (MLPD)* hat in ihrem Kampfprogramm Forderungen festgehalten, die konkreten Interessen der Arbeiterklasse entsprechen:

„2. ... Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Kapitalisten ... 9. Erhöhung des Arbeitslosengeldes und unbegrenzte Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit! ...“

In der „Roten Fahne“ hat die MLPD Arbeitsloseninitiativen unterstützt, die die unbefristete Zahlung und ein Mindest-Arbeitslosengeld von 1300 DM fordern. Dies würde die Untergrenze für Arbeitslosengeld bei ca. 75% des derzeitigen Durchschnittsnettolohns festschreiben.

Quellenhinweis: Hans-Böckler-Stiftung, Die neue Arbeit, Köln 1983

ren, gegenüber 19,3% aller Lohnabhängigen in Dänemark, 15,4% in Großbritannien, 13,8% in den USA und sogar 24,7% in Schweden und Norwegen. Die Zukunft der Lohnarbeit, die die Union gemeinsam mit den Kapitalisten den Lohnabhängigen bereiten will, umfaßt einen „Normalarbeitstag“ ohne jegliche Schranken, an 6 Tagen in der Woche, frei zur Disposition der Kapitalisten, umfaßt die Aufhebung des Versicherungsschutzes zumindest für die am schwersten arbeitenden Teile der Lohnabhängigen und umfaßt die Beseitigung aller tarifvertraglichen Schranken gegen die Angriffe der Kapitalisten.

Trotz dieser brutalen Perspektiven erwartet die Union keinen einheitlichen Widerstand der Lohnabhängigen gegen ihre Pläne. Sie tritt sogar ziemlich dreist auf. In ihrem Antrag etwa kann man lesen, körperlich schwere und gesundheitsgefährdende Arbeit sei künftig nur noch Aufgabe einer Minderheit in der Gesellschaft:

„Während die Produktion selbst immer mehr von Maschinen übernommen wird, steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften für Dienst- und Serviceleistungen ... Neue

Arbeitsplätze werden vor allem im Dienstleistungssektor entstehen ... Im Produktionssektor wird die Zahl der Beschäftigten eher zurückgehen ... Roboter werden monotone und gesundheitsschädigende Arbeiten übernehmen ... Der Schwerpunkt menschlicher Arbeit wird künftig in der Planung, dem Aufbau und der Überwachung von Fertigungsprozessen und weniger in der Produktion selbst liegen.“

Was da als Prognose einer Zukunft der Lohnarbeit daherkommt, ist in Wirklichkeit politische Spaltungsabsicht. Die Union will all die Lohnabhängigen für die aktive Förderung, zumindest aber für die Duldung ihrer Pläne gewinnen, die schon jetzt mit der Planung, Vorbereitung und Überwachung körperlich schwerer, monoton stumpfsinniger, einseitiger und gesundheitsschädlicher Arbeit befaßt sind oder die sich zumindest Chancen ausrechnen, in solche Positionen aufzusteigen. Das sind, insbesondere da der Umfang solcher Tätigkeiten mit dem Waren- und Kapitalexport und der internationalen Wucherertätigkeit des BRD-Imperialismus gestiegen ist, nicht wenige Leute. Sie will sodann bei all denen, die nicht zu alt, gesund und

in stetiger Beschäftigung stehen und so etwa ab Vorarbeiter aufwärts eingestuft sind, den Eindruck hervorrufen, so schlimm werde schon alles nicht werden, wenn man sich nur zur Decke strecke und aufpasse. So daß am Ende aus solchen Kreisen nur der ins Elend gerät, der eine Aneinanderreihung mehrerer, rein persönlicher „Unglücke“ erleiden mußte. Übrig bleiben dann alle Lohnabhängigen in den unteren Lohngruppen, die schon jetzt die schwersten, Nerven und Gesundheit zerstörenden und schlechtest bezahlten Arbeiten für die Kapitalisten machen, die sowieso sehr viel unstetigere Beschäftigung finden, von Arbeitslosigkeit am schnellsten betroffen sind usw. usf. Kurz, all jene, die eine – vielleicht unglückliche – aber auf jeden Fall eine „Minderheit“ darstellen. Zu diesen Lohnabhängigen kämen dann die vielen Einzelnen, die aufgrund scheinbar rein persönlicher Unglücke in diese Zonen hinabgedrückt wurden: Der Angestellte, der mit 45 das „Pech“ hatte, entlassen zu werden, und der dann keinen Ausbeuter mehr findet, der Vorarbeiter, der irgendwann für längere Zeit krank wurde und aufgrund dieser

Reform-Modell zur Hinterbliebenenversicherung: Lehrstück der politischen Reaktion

Auf den Sommer verschoben wurde inzwischen von Arbeitsminister Blüm die Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Reform der Hinterbliebenenversicherung. Bekannt gemacht ist dagegen inzwischen ein „Modell einer unbedingten Witwen- und Witwenrente mit Einkommensanrechnung“ (1) aus der Rentenabteilung des Arbeitsministeriums.

Erstmals wird mit diesem Modell die Einführung der aus der Sozialhilfe bekannten *Bedürftigkeit* als Maßstab für die Gewährung von Leistungen der Sozialversicherung vorgeschlagen. Hatte der verstorbene Ehegatte Anspruch auf eine Versichertenrente, so soll der überlebende Ehegatte unbedingt Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente erhalten, egal ob Witwe (wie gegenwärtig) oder Witwer. Auf diese Rentenansprüche soll sodann eigenes Einkommen des überlebenden Ehegatten angerechnet werden: mit 40% des Betrages, der einen Freibetrag von monatlich zwischen 800 und 1000 DM übersteigt.

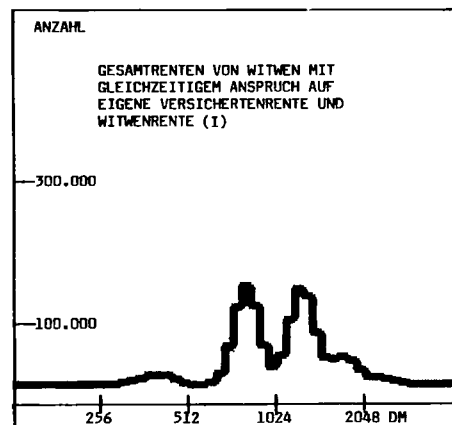
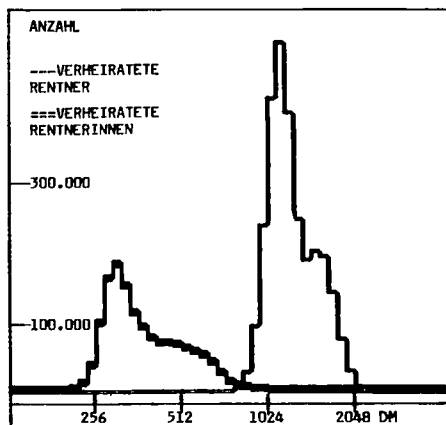
Das anrechnungsfähige Einkommen ist zu bilden aus der Summe der Nettoeinkünfte aus Erwerbstätigkeit bzw. Lohnarbeit, den Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosengeld oder Rente, staatlichen Leistungen wie „Mutterschaftsgeld und vergleichbare Leistungen“ und soll auch Leistungen aus der betrieblichen Altersversicherung und der Zusatzversorgung einschließen. *Ausgeschlossen* sollen von der

Anrechnung dagegen werden: Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Lebensversicherungen sowie Wohngeld und Sozialhilfeleistungen.

Ein Beispiel: Die Frau hat 600 DM Rente, ihr Mann hat eine Rente von 1 500 DM. – Stirbt nun der Mann zuerst, hat die Frau Anspruch auf eine Witwenrente von 60% der Versichertenrente ihres Mannes zusätzlich zur eigenen Rente, ergibt zusammen 1 500 DM. An diesem Betrag nach geltendem Recht ändert sich durch das „Modell“ nichts, da hier die eigene Rente der Frau unter dem für diese Rechnung mit 900 DM angenommenen Freibetrag bleibt. – Stirbt die Frau zuerst, hat nach geltendem Recht der Witwer keinen Anspruch auf eine Hin-

terbliebenenrente, da er selber die Hauptunterhaltsleistung erbracht hatte. Nach dem „Modell“ soll er nun ebenfalls Anspruch auf eine zusätzliche Hinterbliebenenrente bekommen in Höhe von 60% der Rente seiner Frau (60% von 600 DM = 360 DM), verringert um den anrechnungsfähigen Teil seiner eigenen Rente (40% von 1 500 – 900 = 240 DM). Seine Versichertenrente würde sich damit um 120 DM Witwenrente zu einer Gesamtrente von 1 620 DM erhöhen.

Nach Angaben des Ministeriums soll das „Modell“ kostenneutral sein und den laufenden Bestand an Hinterbliebenenrenten nicht berühren. Mit der Einführung der *Bedürftigkeit* in das Sozialversicherungsrecht ist folglich auch eine Umverteilung verbunden. Von wem wird nun der Betrag aufgebracht werden, den die *Gleichbehandlung* der Witwer kostet? Offenbar weisen die Er-



Rentenverteilung nach einer Bestandserhebung der Rentenversicherungsträger 1980

Krankheit erst entlassen wurde und dann verarmte usw. usf, kurz all die vielen gewöhnlichen Unglücksfälle, die die kapitalistische Produktion für die Lohnabhängigen sowieso bereit hält und die durch die Aufhebung des Versicherungsschutzes und anderer Mindeststandards der Lohnabhängigen künftig sehr viel grausamer und brutaler zur Verelendung führen werden.

Auf diese „Minderheit“, die die Union sorgfältig isolieren will, soll sich die Wucht der Blümschen Arbeitszeit- und anderen Gesetze entladen.

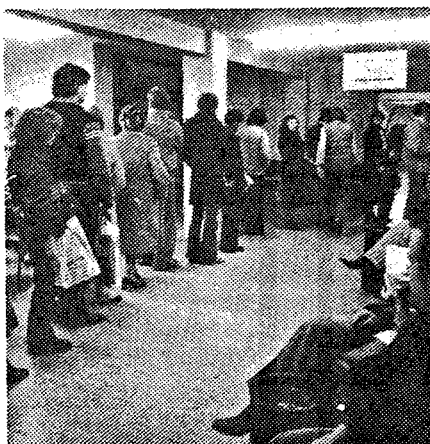
Das Unionskonzept hat nur dann keine Aussicht auf Erfolg, wenn die Gewerkschaften große Anstrengungen unternehmen, um sowohl den 8-Stunden-Tag und die 5-Tage-Woche gesetzlich zu sichern als auch einen ausreichenden Versicherungsschutz *aller* Lohnabhängigen gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter.

Quellenhinweis: „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation, Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre“, erschienen als Heft 8/84 der Reihe „Union in Deutschland“, Bonn, 15.3.84; BT-Drucksache 10/121 vom 8.6.1983; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Gesellschaftliche Daten 1982, Bonn, 1982; Bundestag, Protokoll der 61. Sitzung, 29.3.1984; „Die soziale Marktwirtschaft erneuern“, Hrsg. von der Konrad Adenauer Stiftung, 1983 – (rül, gba, haj, uld)

gebnisse der Computerrechnungen im Ministerium aus, daß für den zukünftigen Zugang an Witwenrenten Frauen in Betracht kommen, deren eigene Rentenansprüche sich in der Höhe denen der Männer nähern, also *anrechnungsfähiges Einkommen* zunehmend enthalten. Dabei handelt es sich vorwiegend um Frauen aus den Familien, in denen beide Ehegatten durch den niedrigen Lohn gezwungen sind, voll zu arbeiten. Die Frauen aus diesen Familien werden also durch Kürzung ihrer Witwenrenten nach dem Vorschlag des Ministeriums Blüm die vom Verfassungsgericht 1975 für die Jahre nach 1984 verlangte *Gleichbehandlung* zu bezahlen haben.

Es sei daran erinnert: der BVG-Entscheid wurde allseits von den regierenden Parteien begrüßt, nun endlich etwas für die Sicherung der „volleigenständigen“ Alterssicherung der *Frau* zu tun. Man hat es mit einem Lehrstück politischer Reaktion zu tun, dessen beabsichtigtes Ergebnis nach zehnjähriger „Diskussion“ die Kürzung nach „Bedürftigkeit“ dort sein soll, wo Frauen infolge eigener größerer Rentenansprüche gerade beginnen, in die Zone einer etwas besseren Gesamtversorgung im Alter einzutreten. Ganz nebenbei bestätigt das „Modell“ die unerträgliche Zumutung an eine erhebliche Zahl gegenwärtiger und zukünftiger Witwen, von einer Gesamtrente zu existieren, die fürs Leben zu niedrig und nach den letzten Jahren fürs Sterben immer weniger zu hoch ist.

Quellenhinweis: (1) Die Angestelltenversicherung, Januar 1984, S. 42 ff



Nach den letzten Kürzungsmaßnahmen der Bundesregierung fallen 80% der Frauen und 20% der Männer, die Arbeitslosenunterstützung bekommen, unter das Sozialhilfeniveau. Franke, rechts: „Kein soziales Elend“.

H. Franke, neuer Präsident der Bundesanstalt für Arbeit: tätig für die Beseitigung der Tarifrachte

Heinrich Franke, der neue Präsident des Bundesarbeitsamtes, CDU-Mitglied, sei tief in der katholischen Soziallehre verankert, priesen die Nachrichtenagenturen den bisherigen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Nach der katholischen Soziallehre dient die Arbeit „der gottgewollten Sinnerfüllung des Menschen“, die ihm, wenn irgend möglich, nicht vorenthalten werden darf. Die Kapitalisten sehen Hemmnisse bei dieser Sinnerfüllung. Franke verstand das in seiner Regierungstätigkeit so, daß er die von der Arbeiterbewegung gegen die schrankenlose Ausbeutung erkämpften Schutzbedingungen und Tarifrachte, wo immer durchsetzbar, niederreißen half. Deswegen hat ihn die Bundesregierung in sein neues Amt bestellt. Sie verfolgt bestimmte Absichten.

In seiner Antrittsrede bei der Übernahme seines neuen Amtes erklärte Franke, er sei bereit „alles, aber auch wirklich alles im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen zu tun“. Bisher hatte Franke im Ministerium die Maßnahmen für eine profitablere Vernutzung der Arbeitskräfte durch die Kapitalisten geplant. Jetzt soll er sie gegen die Arbeitslosen und die Beschäftigten in der Praxis umsetzen.

In einem Interview Ende letzten Jahres deutete er Schwerpunkte an: „Das wichtigste ist die Ankurbelung der Konjunktur ... Dazu kommen ergänzende Maßnahmen der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit: Die Bundesregierung beabsichtigt, das Arbeitsrecht im Interesse der Arbeitssuchenden ‚gelenkiger‘ zu

machen. Wir brauchen eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit und des Tarifrachtes. Wir müssen mehr Teilzeitarbeitsplätze im öffentlichen Dienst und in der freien Wirtschaft schaffen. Die Änderung des Frauenarbeitsschutzgesetzes schafft eine Öffnung der Männerberufe für Frauen und verbessert ihre Ausbildungs- und Einstellungschancen. Die Bundesanstalt versucht in den kommenden Jahren verstärkt, mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu entspannen. Für 1984 sollen für 70000 Personen die finanziellen Mittel bereitgestellt werden.“

Nach Frankes Feststellung sind die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen „nicht viel teurer ... als die Zahlung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe“. 70000 sollen zum Satz der Arbeitslosenhilfe arbeiten. Das wird den Druck auf die Löhne, insbesondere im öffentlichen Dienst, erhöhen. Das Arbeitsrecht „gelenkiger“ machen, die flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit und des Tarifrachtes: Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit erklärt damit, daß er für die Beseitigung des geltenden Tarifrachtes die ihm möglichen Mittel einsetzen will, z.B. Vermittlung auch unter dem geltenden Tariflohn, ein Schritt, den sein Nachfolger im Vorsitz der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Haimo George, schon gefordert hat.

Franke will „aber auch wirklich alles tun“, um während seiner auf zehn Jahre geplanten Dienstzeit den Lohnstandard senken und die Tarifrachte beseitigen zu helfen.

Quellenhinweis: Pressedienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 4.8.1982; Quick, 29.12.83; J. Höffner, Christliche Gesellschaftslehre, 1962

DAG spaltet die Tariffont

Köln. Die DAG hat für die Beschäftigten bei den Privatbanken einen Tarifvertrag abgeschlossen: 3,4% mehr Gehalt, 20 DM mehr Ausbildungsvergütung, 30 Tage Urlaub für alle – dafür Streichung des Winterurlaubs und als Kern Vorruhestandsregelung. Diese fällt z.T. noch hinter das Blümsche Gesetz zurück, das sie aber zugleich ins Tariffrecht einführt. Erst nach zehn Jahren Betriebszugehörigkeit kann man ein, nach 25 Jahren zwei Jahre eher in Rente gehen. Das Vorruhestandsgeld beträgt $3 \times 80\%$ und neun bzw. $21 \times 75\%$ des letzten Bruttomonatsgehalts. Die HBV lehnt diesen Tarifvertrag ab.

Regierung antwortet auf Giftgasklage

Mannheim. Rheinland-pfälzische DGB-Mitglieder reichten eine Verfassungsbeschwerde gegen die Giftgaslagerung in Fischbach/Pfalz beim Bundesverfassungsgericht ein. Das gleiche taten Mannheimer Beschwerdeführer bezüglich des Giftgaslagers im Käfertaler Wald bei Mannheim. Anfang April hat nun die Bundesregie-

Als die DGB-Jugend in Koblenz um vier Uhr morgens zur Pressekonferenz gegen die Beseitigung des Jugendarbeitschutzgesetzes einlud (Bild), lehnte die örtliche Presse ab: zu früh. Nach Gesetzesanträgen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sollen Jugendliche ab 17 Jahren in Bäckereien ab 4 Uhr arbeiten, Jugendliche über 16 in Mehrschicht-Betrieben bis 23 Uhr. 25 Jugendliche sprachen auf Grund ihrer Erfahrungen in Mehrschicht-Betrieben gegen die Gesetzesänderungen. Bundestagsabgeordnete von SPD CDU waren anwesend.



rung beide Beschwerden als „sowohl unzulässig als auch unbegründet“ bezeichnet. Sie bezieht sich auf das Zusatzabkommen des NATO-Truppenstatuts von 1963, darauf, daß das Giftgas sicher lagere und die unterzeichnete Genfer Konvention nur den Ersteinatz von Giftgas ausschloß. Eine Bestätigung der Lagerorte gibt sie nicht. Die Beschwerdeführer bezeichnen diese Stellungnahme als äußerst unbefriedigend und kündigen eine öffentliche Erwiderung sowie eine Befragung der Stadtverwaltung an.



Mit der größten Kundgebung in der Geschichte Brasiliens forderten eine Mio. Menschen am 10.4.84 in Rio de Janeiro die direkte Wahl des nächsten Staatspräsidenten und die Beendigung der 20-jährigen Militärdiktatur. Das Militärregime hatte festgelegt, daß die 700 Mitglieder eines von ihm bestimmten Wahlmännerkollegiums den Präsidenten wählen. Am 25.4. wird im Parlament über einen Antrag zur Verfassungsreform, der die Direktwahl vorsieht, abgestimmt. Auf der Kundgebung in Rio de Janeiro sprach als Schlußredner der Gouverneur von Rio, Brizola, der bis 1979 im Exil gelebt hatte. Er erklärte, Direktwahlen bedeuteten Wiederherstellung der Demokratie. An den Aktionen der vorangegangenen dreimonatigen Direktwahl-Kampagne beteiligten sich mehr als 20 Mio. Menschen. (Bild: Demonstration in Sao Paulo am 21.1.84). – Seit dem 4. April streiken fast alle 200000 Lehrer im Bundesland Sao Paulo. Sie fordern eine Erhöhung der Gehälter um 70%. Die Landesregierung hat bisher nur eine Anhebung um 10% angeboten. Die jährliche Inflationsrate liegt bei 230%.

Treffen von Arbeitsloseninitiativen

Bremen. 15 Arbeitsloseninitiativen aus Norddeutschland, Westberlin und dem Ruhrgebiet trafen sich Ende März. Gefordert wird u.a. ein Existenzgeld für Arbeitslose in Höhe von 1300 bis 1500 DM anstelle von Arbeitslosengeld, -hilfe und Hungerlohn bei Zwangsarbeit. Die Probleme dieser Forderung sind noch nicht ausdiskutiert, z.B. daß Niedriglöhne netto bereits unter dem geforderten Existenzgeld für Arbeitslose liegen. – Neue Formen der Arbeit sollen gefunden werden, dabei werden Teilzeitarbeit, Computer-Heimarbeit und Job-Sharing kritisiert. Bei der Forderung nach 35-Stunden-Woche werden Zweifel angemeldet, ob damit wirksam die Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden kann, sie wird als Einstieg in eine „radikale Verkürzung der Arbeitszeit“ unterstützt. Für öffentliche Verkehrsmittel wird kostenlose Benutzung für Arbeitslose gefordert.

Kapitalistenvorschläge zur 35-Stunden-Woche

München. In verschiedenen Chefetagen wird mit der Einführung der 35- oder 36-Stunden-Woche an eine Verlängerung des Produktionsjahres gedacht. Zum Beispiel bei dem Unternehmen Texas Instruments, Freising (Bayern): Die Geschäftsleitung schlägt dem Betriebsrat vor: 3×12 Stunden pro Woche von 6–18 Uhr und 18–6 Uhr = 36 Stunden, und das bei 360 Tagen im Jahr. Das Wochenende wird mit weniger Zuschlägen überrollt. Ein Arbeitsmonat sieht dann so aus: Mo. – Mi. je 12 Stun-

den – Do. – Sa. frei, So. – Di. je 12 Stunden – Mi. – Frei. frei, Sa. – Mo. je 12 Stunden usw. Der Betriebsrat hat nicht sofort nein gesagt, er macht eine Befragung der entsprechenden Produktionsabteilungen und will dann entscheiden. Die Kapitalisten sind scharf auf die 360 Arbeitstage. Die Lager von integrierten Schaltungen sind derzeit leer, alles, was produziert wird, kann gleich ausgeliefert werden. Eventuell machen die Kapitalisten finanzielle Anreize, doch was ist, wenn der Markt nicht mehr soviel hergibt? An der dann eingeführten Arbeitszeit ändern sie sicher nichts – höchstens die Zulagen werden gekürzt. Eine Variante davon schlägt ITT in Freiburg dem Betriebsrat vor: Mo. – Frei. von 10 bis 22 Uhr, die nächste Woche frei. Die 72-Stunden-Woche.

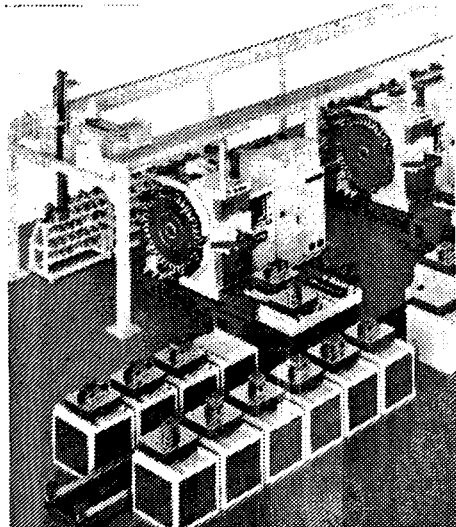
8. Mai: Aktionstag gegen Faschismus

Kiel. Im Kreis Pinneberg hat sich aus der verbotenen ANS/NA Kreisgruppe eine „antikommunistische Vereinigung“ gebildet, die ein Flugblatt herausgab, in dem sie sich die Aufgabe gestellt hat, der „Hetze kommunistischer Tarnorganisationen wie die VVN oder das antifaschistische Bürgerkomitee ein Ende zu bereiten.“ Das antifaschistische Bürgerkomitee Pinneberg (Mitarbeit von VVN, DKP, Jusos, Grün-Alternative, Volksfront, BWK und andere) hat bisher unter dem Aufruf „Verbot neofaschistischer Gruppen und Propaganda“ etwa 1000 Unterschriften gesammelt. Am 8. Mai soll der 2. kreisweite Aktionstag stattfinden, um die Unterschriftensammlung zu erweitern.

Siemens und Krupp stehen am Ende der „DIAG-Sanierung“

Westberlin. Mitte Dezember 1983 beschloß die „Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer“ (ASU) einen Privatisierungsfahrplan für Bundesunternehmen. In diesem „Fahrplan“ ist die vollständige Privatisierung der Deutschen Industrieanlagen Gesellschaft (DIAG) für die Jahre 1985 und 1986 vorgesehen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 wurde die DIAG in eine Holding verwandelt, die einzelnen Werke der DIAG zu selbständigen Gesellschaften gemacht: Werner und Kolb GmbH (ehemals Fritz Werner Werk in Westberlin und Kolb in Köln), Honsberg GmbH in Remscheid, Fritz Werner Industrie Ausrüstungen in Geisenheim.



Ein Modell der flexiblen Fertigungszelle

Im Februar wurde die Honsberg GmbH an den Metallkapitalisten Ocker verkauft. Auf der Aufsichtsratsitzung am 11. April ist der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Vogels von seinem Amt zurückgetreten. Vogels ist Vorsitzender der Geschäftsführung von Messerschmitt Bölkow Blohm (MBB). MBB wird über die „Fides“ Industrie Beteiligungsgesellschaft vom Siemens- und Krupp-Konzern kontrolliert. Zu dem Rücktritt von Vogels teilt das Bundeswirtschaftsministerium in einer Presseerklärung mit, daß der Rücktritt erfolgt sei, damit es bei einem möglichen Verkauf der DIAG an MBB zu keiner Interessenkollision komme. Weitgehend einig ist sich das Finanzkapital im Aufsichtsrat der DIAG über die Übernahme der Fritz Werner Industrie Ausrüstung GmbH in Geisenheim durch MBB. In diesem Werk mit 2000 Beschäftigten werden

vor allem Industrieanlagen zur Herstellung militärischen Geräts gefertigt.

Das Hauptprodukt der Werner u. Kolb GmbH ist die im Westberliner Fritz Werner Werk gebaute flexible Fertigungszelle, ein rechnergesteuerter Verbund mehrerer Werkzeugbearbeitungszentren. An der Übernahme dieses Produkts ist MBB ebenfalls interessiert, da bereits Großaufträge von Boeing, Sikorsky sowie aus der Sowjetunion vorliegen. Weniger Interesse besteht bei den MBB-Kapitalisten an der Übernahme des Fritz Werner Werkes selber. Die derzeitige Struktur des Werkes ist nach Ansicht der MBB-Geschäftsführung nicht geeignet, den bei ihnen im Konzern herrschenden Standard an Ausbeutung der Arbeitskraft zu erzielen. Bereits im Dezember letzten Jahres hat daher der Aufsichtsrat einen Maßnahmen-Katalog beschlossen, um die Ausbeutung im Fritz Werner Werk zu erhöhen. Die Hauptpunkte sind der Umzug auf ein anderes Fabrikgelände, die Einführung einer umfassenden Betriebsdatenerfassung und Lohnminderungen. Jetzt hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung nochmals aufgefordert, die eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen zügig durchzuführen.

Der IGM-Vertrauenskörper stellte dazu in einem Flugblatt zu den Betriebsratswahlen fest: „Die Beschäftigten von Fritz Werner sind derzeit und werden in den kommenden Monaten noch verstärkt mit Maßnahmen der Geschäftsführung konfrontiert, die zu ihren Lasten gehen. Die Werner und Kolb GmbH soll für einen privaten Konzern zu einem lukrativen Kauf- bzw. Schenkungsobjekt gemacht werden:

- Während weiter entlassen wird, um die beschlossene Kopfzahl von 410 Arbeitern und Angestellten zu erreichen, ordnet die Geschäftsführung Überstunden und Schichtarbeit an, wenn infolge ihrer Personalpolitik und Betriebsorganisation nur so anstehende Arbeiten termingerecht erledigt werden können.

- Nach Abschluß der laufenden Tarifbewegung will die Firmenleitung erklärtermaßen Lohn- und Gehaltskürzungen vornehmen. Für die Arbeiter soll zu diesem Zweck ein neues Entlohnungssystem eingeführt werden.

- In der Betriebsvereinbarung über die Betriebsdatenerfassung festgelegte Schutzbestimmungen werden von der Geschäftsführung nicht eingehalten. Bildschirmarbeitsplätze befinden sich

in einem gesundheitsschädigenden Zustand.

- Lehrlingsausbildung wird von der Geschäftsführung als störender Kostenfaktor gesehen, der weitestgehend gesenkt werden soll.

- Bestehende sogenannte Sozialleistungen, wie die Einrichtung der Kantine, werden ebenfalls mit dem Kostenargument abgebaut.

- Der Umzug auf ein anderes Fabrikgelände wird ohne Berücksichtigung der Kosten an Fahrzeit und Fahrgeld für die Beschäftigten geplant. Zur Durchsetzung all dieser Schritte will die Geschäftsführung, so ihr Sprecher Hammer auf der Betriebsversammlung am 8.12.83, bestehende tarifvertragliche und gesetzliche Schutzbestimmungen für die Beschäftigten „flexibel auslegen“, d.h. umgehen.“

Aus diesem Grunde stellte die Geschäftsführung, was in den früheren Jahren nicht üblich war, eigene Listen zu den Betriebsratswahlen auf. Dieser Versuch, den Betriebsrat zu schwächen, scheiterte aber in erfreulicher Weise vollständig. Mit einer Wahlbeteiligung von 72% bei den Angestellten und 77% bei den Arbeitern wiesen die Beschäftigten die Spaltungsversuche der Geschäftsführung zurück. Die von der Betriebsführung unterstützten Listen erhielten nur elf (bei den Arbeitern von insgesamt 225 Stimmen) bzw. zwölf Stimmen (bei den Angestellten von insgesamt 232 Stimmen). – (kla)

HDW

20% mehr Leistung – Lohnsenkung angedroht

Kiel. Am 2.4.84 demonstrierten 3000 HDW-Arbeiter in Kiel zur Betriebsversammlung in die Ostseehalle. Thema der Demonstration und der Betriebsversammlung waren die Rationalisierungsmaßnahmen und der Kampf für die 35-Stunden-Woche. Auf die Fragen zum Bericht des Vorstandsvorsitzenden Ahlers antwortete der Betriebsdirektor Rathjens wie folgt: Im Ablauf des letzten Geschäftsjahres ist mit Rationalisierungsmaßnahmen eine Produktivitätssteigerung von 20% erreicht worden. Bis zum Herbst dieses Jahres soll die Leistungssteigerung pro Schiff auf 30% erhöht werden. „Die schleswig-holsteinische Konkurrenz ist nur noch 70 Pfennig pro Stunde billiger“, führte Ahlers aus. Zwei Tage später war aus der Presse zu entnehmen, daß die Stundensätze bei HDW nicht mehr 80 DM betragen, sondern knapp über 50 DM liegen.

Durch die Erpressung mit dem Verlust „unseres Arbeitsplatzes“ ist es dem Vorstand und den dahinterstehen-

den Banken gelungen, den Arbeitern der HDW immer mehr Leistung aus den Knochen zu schinden. Alles Gezeiter um die Arbeitsplätze, die Meldungen über neue Entlassungen, die Kurzarbeit und Überstundenschinderei bringt eines ganz gewiß: mehr Profit und – wie Ahlers, Vorstandsvorsitzender der HDW-AG, Mitglied des Salzgittervorstands, sagte – „eine andere Werft“.

Wie diese Werft aussehen soll, wurde nochmal im „Konzept '84“ des Salzgitterkonzerns deutlich – sie muß „kostendeckend“ arbeiten. Ob nun die Seite 11 des Konzepts verändert wurde (Zurücknahme der 2100 Entlassungen) oder nicht, mit dem Wort „kostendeckend“ kann jede Entlassung begründet werden. Solange noch Bilanzverluste zu verzeichnen sind (letztes Geschäftsjahr 240 Mill., dieses 130 Mill. DM), findet eine Kostendeckung nicht statt. Weitere Rationali-

sierungsmaßnahmen werden folgen. Allein im Rahmen der Verlegung von Werk Süd nach Gaarden, Umbaukosten ca 70 Mill. DM, sollen 100 Werker entlassen werden. Mit dieser Investition verfügt HDW dann über die modernste U-Boot Fertigung Europas. Mit den Änderungen der WEU-Richtlinien über Rüstungsgüter, die in der BRD gebaut werden dürfen, ist es demnächst möglich, die 2000er Klasse von U-Booten in Kiel für alle Welt zu bauen.

Zum Abschluß seiner Rede erdreistete sich Vorstandsvorsitzender Ahlers zu folgender Bemerkung: Er könne ja verstehen, wenn die IG Metall die 35-Stunden-Woche fordere, aber für HDW sei dies in dieser Lage absurd. Wenn überhaupt Arbeitszeitverkürzung, dann nur, wenn auf Lohnanteile verzichtet wird. Eine Programmlohn-senkung wurde für die Tarifaussinandersetzung angekündigt. – (mes)

Engpaßfächern oder Schulzweigen wie der Berufsschule – wo auch minimaler Schulbetrieb oft nur durch Überstunden aufrechterhalten wird – der Antrag auf Reduzierung abgelehnt werden.

Zusammen mit der Tatsache, daß über ein Drittel der baden-württembergischen Lehrer auf die verschiedensten Spielarten teilzeitbeschäftigt ist, mit der Mehrarbeitsstundenregelung, die zu drei unbezahlten Überstunden im Monat verpflichtet, mit der Vorschrift über den „variablen Einsatz der Regelstundenmaße“ vom Mai 1983, wonach die Schulleitungen Sonderaufgaben statt Unterricht und Ausgleichsregelungen bis ins nächste Schuljahr hinein verordnen können, ist das schon ein erkleckliches Maß an Möglichkeiten, die Arbeit zu intensivieren und sie den Bedürfnissen, wie sie die Schulbehörde sieht, anzupassen.

3. Das Reduktionsmodell zielt natürlich auch auf Unterlaufung der Forderung nach allgemein kürzerer Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Die dauernde Überarbeit wird Lehrer, die es sich leisten können, im Monat auf 320 bis 440 DM brutto für zwei Deputatsstunden zu verzichten, schon dazu bringen, sich individuell etwas Luft zu verschaffen. Viele zweifeln eh daran, daß die Forderung voll durchsetzbar ist. Der Gewerkschaft ist es nicht gelungen, die Arbeitszeit der Lehrer von 42 auf 40 Stunden zu verkürzen, gegen die verschärfte Überstundenregelung, von Mayer-Vorfelders Kampfblatt „Schulintern“ selber als Arbeitszeitverlängerung charakterisiert, hat sie erst gar keine Gegenwehr entwickelt. Die SPD Baden-Württemberg tritt für Deputatskürzung bei anteiliger Gehaltskürzung ein. Das Kultusministerium hat sich Ende 1983 vom Verwaltungsgericht Freiburg anläßlich einer von der GEW unterstützten Klage eines Lehrers bestätigen lassen, daß es keinerlei Grund gibt, auch nur die 40-

„Reduktionsmodell“

Wie der Dienstherr mit arbeitslosen Lehrern Arbeitszeitpolitik macht

Freiburg. Obwohl mitverantwortlich für die Streichung von 10000 Lehrerstellen bis 1990, läßt sich Baden-Württembergs Schulminister Mayer-Vorfelder von den Medien derzeit als wahrer Sachwalter der Interessen der arbeitslosen Junglehrer feiern. Ob nämlich bis zu 1900 von ihnen einen Arbeitsplatz unter seiner Dienstaufsicht ergattern, (wenn auch einen schlecht bezahlten, da nur mit ¾-Deputat und gerade erst um eine Besoldungsstufe herabgesetzt), hängt davon ab, ob sich sein „Reduktionsmodell“ gegen den „Egoismus“ der vollbeschäftigten Lehrer – insbesondere der Doppelverdiener – durchsetzt. Die sollen sich nämlich ihr Deputat freiwillig um ein bis zwei Stunden und ihr Gehalt anteilig kürzen lassen. Daraus werden dann oben beschriebene Lehrerstellen geschaffen.

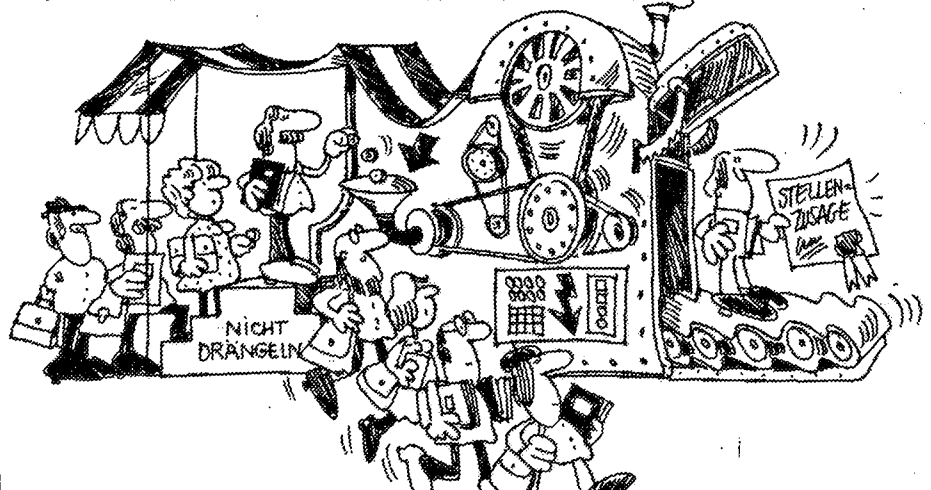
Natürlich hat Kultusminister Mayer-Vorfelder nicht plötzlich sein Herz für die arbeitslose Lehrerergeneration entdeckt. Und wenn die GEW das Modell im Grundsatz als „freiwillige Teilzeitbeschäftigung“ akzeptiert und mit Gegenrechnungen kritisch auf den nur „bescheidenen Entlastungseffekt“ für den Arbeitsmarkt verweist, so fällt sie damit in eine der Gruben, die sie sich mit ihrer dauernden Forderung nach mehr Teilzeitstellen selber gegraben hat. Dem Dienstherrn geht es um anderes.

1. Die Stellenstreichungen sind aktuell aus der Schußlinie, statt der Landesregierung werden die vollbeschäftigten Lehrer für Einstellung oder Ar-

beitslosigkeit verantwortlich gemacht. Neues Material für ihre öffentliche Diffamierung und weitere Beutlung werden vorbereitet. Daß Mayer-Vorfelder dabei so frech vorgehen kann, haben sich Teile der Lehrer und ihrer Interessenvertretungen selber zuzuschreiben. Vorschläge und Aktionen wie das „Tuttlinger Modell“ (Anstellung und Bezahlung arbeitsloser Lehrer durch die beschäftigten Lehrer), das Solidarjahr, das Sabbathjahr (GEW) usw. usf. haben den Boden dafür bereitet.

2. Das Reduktionsmodell wird von der Schulbehörde selber „als auch eine Maßnahme zur flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit“ vorgestellt. So kann in

DAS REDUZIERUNGSMODELL



Kultusministerium: Lehrerstellen durch Gehaltsverzicht. GEW-Kritik: nur „Tropfen auf den heißen Stein“.

Stunden-Woche für Lehrer anzuerkennen. Urteilstenor: Das Regelstundenmaß ist nicht maßgeblich für die Arbeitszeit. Wer für Vorbereitung, Konferenzen, Korrekturen usw. mehr als 40 Stunden brauche, arbeite eben nicht intensiv genug. Selbst wenn die Arbeitszeit, die Ferien eingerechnet, um 10% über der Normalarbeitszeit liege, sei das zumutbar. Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn verbiete lediglich die Beanspruchung über das physische und psychische Leistungsvermögen hinaus; diese sei jedoch nicht ersichtlich.

Angesichts dieser Lage stünde es der GEW gut an, jeden weiteren Versuch, die Arbeitszeit noch flexibler zu gestalten, ohne Wenn und Aber zu bekämpfen und öffentlich und offensiv die Berechtigung der Forderung nach Arbeitsentlastung zu vertreten.

Quellen: Schulintern 10/82, 3/4/84; GEW-Lehrerzeitung 3/4/84; Urteil VG Freiburg 2 K 127/82; Bild: Schulintern 4/84 - (lik)

Öffentlicher Dienst: Klage gegen ÖTV – Stadt schert aus

Bielefeld. Wie in der letzten Ausgabe gemeldet, beschloß der Bielefelder Stadtrat mehrheitlich, sich für die Rücknahme der Klage gegen die ÖTV in Sachen Warnstreiks einzusetzen. Die Auseinandersetzung in der SPD-Fraktion um diesen Antrag der Bunten Liste zeigt, daß die Grün-Bunten in der Lage sind, Widersprüche in der SPD im Sinne der Beschäftigten aufzubrechen. Auch die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz hatte bereits gefordert, daß die Stadt auf ihren kommunalen Arbeitgeberverband in diese Richtung einwirkt. In der Regel führen solche Gewerkschaftsanträge zwar nicht zu kommunalen Initiativen der SPD, als Mitbefürworter können sich die SPD-ÖTV-Mitglieder im Rat aber schlecht gegen einen solchen Antrag wenden.

Die „Arbeitgeberfront“ in der SPD-Fraktion: MdL Heinz Hunger meinte, der Rat dürfe sich nicht in laufende Tarifauseinandersetzungen einmischen. Oberbürgermeister Schwickert (SPD) trat mit seinem Fraktionskollegen Oberstadtdirektor Meyer vehement gegen den Antrag auf. Schwickert verließ nach der Niederlage in der Fraktion wütend den Saal und drohte, nicht wieder als OB zu kandidieren. Daß er dies nicht wahr machen muß, dazu wird beigetragen haben, daß die SPD-Landesregierung NRW tags darauf beschlossen hat, sich für die Rücknahme der Warnstreik-Klage einzusetzen.

Oberstadtdirektor Meyer war nicht zu bremsen. Auf der Ratssitzung selber drohte er, einen solchen Beschluß nicht

auszuführen. Denn: der Stadtrat könne einen solchen Beschluß gar nicht fassen, denn das hieße Arbeitnehmerinteressen vertreten. Das ginge nicht, die Stadt sei schließlich Arbeitgeber. Seine zweite Drohung: Der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Arbeitgeberverbandes habe ihm am Telefon erklärt, die Stadt Bielefeld könne nach Annahme des Antrags aus dem Verband ausgeschlossen werden. SPD-Fraktionsvorsitzender Bender begründete die Zustimmung zum Antrag etwas dünn: „Sozialdemokraten werden es nicht zulassen, daß das Streikrecht durch Rechtsprechung eingeschränkt wird.“ Die Klage der kommunalen Arbeitgeber belaste in einer ohnehin schwierigen Zeit die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern im öffentlichen Dienst unnötig. Gerade in seiner Arbeitgeberrolle müsse dem Rat der Stadt erlaubt sein, allgemeine Richtlinien für die Ausübung seiner Mitgliedschaft in der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände zu beschließen. Die Stadt könne zwar nicht direkt auf den Arbeitgeberverband einwirken, wenn jedoch andere Kommunen folgten, sei ein Signal gesetzt.

CDU und FDP lehnten den Antrag entschieden ab. CDU-Haase: Wahlkampfparolen ... Um Einschränkung des Streikrechts ginge es nicht, das sei ja gesetzlich geregelt ... Ihm persönlich komme das kalte Grausen, wenn er angesichts von 2,5 Mio. Arbeitslosen das „Streikgefasel im öffentlichen Dienst höre“ – lange vor Tarifverhandlungen.

Auch einen anderen mehrheitlichen Beschluß will Oberstadtdirektor Meyer nicht ausführen: Die Stadt ist aufgefordert, die von Zimmermann verhängten Arbeitskämpfrichtlinien nicht anzuwenden. Diese Richtlinien schreiben den Verwaltungen u.a. vor, Warnstreiks von vornherein als illegal zu behandeln. Meyer will prüfen, ob ein solcher Beschluß rechtlich überhaupt möglich sei. – (küm)

Seehäfen Voller Lohnausgleich ist notwendig

Hamburg. Für den 3.4.84 hatte die ÖTV Vertrauensleute und Betriebsräte aus den deutschen Seehäfen zu einer großen, gemeinsamen Funktionärskonferenz zusammengerufen. Über 500 Kollegen aus Bremen, Hamburg, Lübeck und anderen Häfen waren erschienen. Auf der Tagesordnung stand ein Punkt, die Rahmentarifverhandlungen für die Seehäfen. Der Vertrag war zum 31.12.83 von der ÖTV ter-

mingerecht gekündigt worden (siehe Politische Berichte 5/84). Die Kapitalisten drückten sich vor Verhandlungen mit dem Argument, sie wollen nicht Vorreiter bei Einführung der 35-Stunden-Woche sein.

Der Kollege Manfred Rosenberg berichtete von den letzten Verhandlungen mit den Kapitalisten vom 23./24. 3.84. Vereinbart wurde, daß demnächst eine Gruppe die Verhandlungen über ein Rationalisierungsschutzabkommen bei Einsatz von EDV-Anlagen eröffnen soll. Die Kapitalisten seien bereit, bei flexibler gestalteter Arbeitszeit auch über Arbeitszeitverkürzungen zu reden. Verhandlungen über die Ablösung von Großgerätefahrern lehnten sie ab. Die Bundestarifkommission hat über die Kapitalistenforderungen und die Verhandlungen beraten und beschlossen, den Forderungen der Kapitalisten entschieden entgegenzutreten.

Der Kollege Hoffmann, stellvertretender Vorsitzender der ÖTV und Verhandlungsführer für die Häfen, führte aus, daß bereits in den letzten Jahren die Reallöhne gesenkt wurden, dadurch seien Arbeitsplätze vernichtet worden und das würde die ÖTV nicht weiter hinnehmen. Eine Vorruhestandsregelung mit Lohnneinbußen, wie sie die Regierung vorgeschlagen hat, sei für die ÖTV nicht annehmbar. Es müsse ein Einstieg in die 35-Stunden-Woche gemacht werden, um Arbeitsplätze zu sichern. Wichtig sei dabei der volle Lohnausgleich, um den jetzigen Lebensstandard nicht weiter zu senken.

Die Kollegen begrüßten, daß die ÖTV seit langem wieder eine gemeinsame Funktionärskonferenz einberufen hat. Andererseits bemängelten sie, daß der alte Tarif immer noch gelte. Sie sprachen sich dagegen aus, daß sich die ÖTV die Arbeitszeitverkürzung mit faulen Kompromissen erkaufe. Bemängelt wurde weiter, daß keine Festlegung in Bezug auf die Gangstärken gemacht wurde. Unterstrichen wurde von den Vertrauensleuten und Betriebsräten, daß die Arbeitszeitverkürzung eine Kampfforderung sei und daß diese nur im Zusammenhang mit anderen Gewerkschaften durchzusetzen sei. Die Arbeitszeitverkürzung sei notwendig, damit die Beschäftigten, die in Rente gehen, nicht schon vorher kaputt sind. Außerdem sei der volle Lohnausgleich unbedingt notwendig.

Am Schluß der Versammlung stellte Hoffmann fest, daß er wichtige Hinweise für die weiteren Verhandlungen erhalten habe. Außerdem wisse er, wenn sich bei den Arbeitgebern nichts bewegt, daß er sich auf die Hafenarbeiter verlassen könne. Einstimmig wurde eine Grußadresse an die zentrale Arbeitszeitkonferenz der ÖTV am 10./11.4.84 in Wiesbaden verabschiedet. – (pet)

Beschäftigte wehren sich gegen Flexibilisierung

Speyer. Die derzeitigen Kämpfe der Beschäftigten der Druckindustrie werden geführt, weil die Schlichtung zum neuen Manteltarifvertrag am 2.4., die Schlichtung zur neuen Lohnstruktur am 3.4. gescheitert sind und der Lohn- und Gehaltstarifvertrag zum 31.3. 1984 ausgelaufen ist. Den Schwerpunkt bei diesen Auseinandersetzungen setzt die IG Druck und Papier bei den Manteltarifverhandlungen und da wieder bei der Forderung nach der 35-Stunden-Woche an. Die Druckkapitalisten streben dabei individuelle Arbeitszeitregelung an. In der zweiten Verhandlungsrunde um die Arbeitszeitverkürzung haben sie Vorschläge für „flexiblere Arbeitszeitregelungen“ vorgelegt.

Mit diesen flexiblen Arbeitszeiten machen die Beschäftigten zunehmend ihre Erfahrungen. Die Firma Elopak in Speyer gehört innerhalb der IG Druck und Papier zum Bereich Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie. Das Unternehmen gehört zu einem norwegischen Konzern, der Produktionsstätten v. a. in den skandinavischen Ländern hat. Hergestellt werden dort Milch- und Fruchtsaftverpackungen aus Kartonmaterial im Zweischicht-Betrieb.

Im Werk Speyer wurden 1976 mit der Produktion begonnen. Inzwischen arbeiten dort rd. 160 Arbeiter und Angestellte. Von Anfang an bestand die Geschäftsleitung darauf, daß dies ein typischer Saisonbetrieb sei. Im Sommer wird viel getrunken, weswegen es in dieser Zeit viele Aufträge gibt, im Winter weniger, deswegen Flautezeit.

1980 forderte die Geschäftsleitung deswegen Überstunden. Außer der tariflichen Überstundenbezahlung mußte sie pro Überstunde eine zusätzliche Prämie von 5,20 DM bezahlen, damit die Arbeiter sich dazu bereit erklärten. 1982 bot sie für solche Überstunden 3,20 DM pro Überstunde als zusätzliche Prämie an. Der Betriebsrat wies dies als zu gering zurück. Nach Auseinandersetzungen konnte sich die Geschäftsleitung durchsetzen und bezahlte letztlich nur den tariflichen Zuschlag.

1983 beantragte sie Überstunden, die sie als Vorarbeit für den Herbst/Winter verstanden haben wollte. Die im Sommer geleisteten Überstunden sollten dann im Verhältnis 1:1 abgefeiert werden – ohne Überstundenzuschlag und ohne Sonderzahlung. Trotz massiver Drohung gegenüber der Belegschaft wiesen Betriebsrat und Belegschaft den Antrag entschieden zurück



Mitglieder der IG Druck, Ortsverein Karlsruhe

und verlangten für die Überstunden mindestens die tarifliche Bezahlung. Nach harten Auseinandersetzungen zog die Geschäftsleitung ihren Antrag – stillschweigend – zurück; Überstunden wurden keine geleistet.

Der Ortsverein der IG Druck und Papier begrüßte die Entscheidung von Betriebsrat und Beschäftigten und wies das Ansinnen der Kapitalisten empört zurück. Anfang 1984 verlangte die Geschäftsleitung erneut Überstunden wegen Terminaufträgen. Sie bot sofort an, die Überstunden nach Tarif zu bezahlen oder, bei Freizeitabgeltung, für acht Überstunden elf Stunden Freizeit zu gewähren.

Die Kapitalisten lassen in ihren Angriffen auf die Arbeitszeit und deren

Beschlüsse von IG Druck und der IGM

Einstimmig angenommen haben 200 Funktionäre der IG Druck und Papier in Baden-Württemberg am 24.3. eine Resolution, in der die Einführung der Samstagsarbeit prinzipiell abgelehnt wird. In der Resolution heißt es:

„Mit ihren Verhandlungsvorschlägen greifen die Unternehmer unsere im Manteltarifvertrag festgelegten Rechte frontal an. Ihr Ziel: Wir sollen uns völlig ihrer Auftrags- und Konkurrenzlage anpassen. Einmal 60 Stunden in der Woche, einmal 30 Stunden. Mal 2 Schichten, mal 3 Schichten. Weg mit dem erkämpften freien Samstag. Dem halten wir unsere Forderung nach der 35-Stunden-Woche auf der Grundlage des 7-Stunden-Tages entgegen. In Punkto flexible Arbeitszeiten, insbesondere Samstagsarbeit, kann es keinen Kompromiß geben. Eine Arbeitszeitverkürzung um den Preis der Flexibili-

sierung, wie von Siemens, BMW oder Fulka angestrebt, würde der Unternehmerwillkür Tür und Tor öffnen.“

Die Große Tarifkommission der IG Metall in Baden-Württemberg faßte am 4. April eine Entschließung, in der sie u.a. festhält:

„Direkter Angriff

Die von den Unternehmern vorgeschlagenen „Alternativangebote“ entlarven sich nicht nur als Etikettenschwindel, sondern beinhalten einen direkten Angriff auf Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung.

Samstagsarbeit

So will Gesamtmetall weg vom Normalarbeitstag, um die Menschen ausschließlich den Bedürfnissen der Produktion unterzuordnen. Im Wechselbad des jeweiligen Produktionsanfalls sollen Arbeiter und Angestellte zu Überstunden ohne jeden Zuschlag und zu Kurzarbeit ohne Kurzarbeitergeld gezwungen werden. Unter dem Stichwort „Flexibilisierung der Arbeit“ gehen die Unternehmer sogar so weit, von den Gewerkschaften die Aufgabe

des einmal erkämpften arbeitsfreien Samstags zu fordern.

Gleichzeitig fordern sie unsere Zustimmung zur massenweisen Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze. Das Ergebnis wäre die Vernichtung Zehntausender von Vollzeitarbeitsplätzen und eine erhebliche Minderung des Arbeitnehmerinkommens.

Sozial untragbar

Die angebotene Vorruhestandsregelung ist keine Alternative zur 35-Stunden-Woche bei vollem Verdienstaussgleich, denn sie könnte die Massenarbeitslosigkeit bestenfalls unwesentlich mindern. Sie ist zudem für die meisten Betroffenen sozial untragbar, da sie zu weitgehenden Einkommensverlusten und einer empfindlichen Schmälerung der Rente führen würde.

All diese Scheinangebote sollen mit dem politischen Preis, die Wochenarbeitszeit für weitere fünf Jahre auf 40 Stunden festzuschreiben, bezahlt werden.“

tarifliche Bezahlung nicht nach. Immer dann, wenn sie Überstunden oder Sonderschichten dringend brauchen, um ihren Profit zu machen und damit gleichzeitig ihre Konkurrenz zu schlagen, sind sie auch bereit, entsprechende Forderungen der Belegschaft zu erfüllen.

Klammt-Druck, ca. 500 Beschäftigte, ist der größte Druckbetrieb am Ort. Geschäftsführer ist G. Mack, ehemals Präsident des Druckarbeitgeberverbandes und Sprecher dessen sozialpolitischen Ausschusses. Produziert werden v.a. die vom Klammt-Verlag herausgegebenen Frauenzeitschriften und Lexika. In der Abteilung Fertigmacherei arbeiten ca. 20 Beschäftigte in zwei Schichten. Seit 1983 werden die Arbeiter verstärkt dazu angehalten, dann Urlaub zu nehmen, wenn keine Arbeit da ist. Dieser Druck hat sich Anfang 1984 noch verschärft. Gleichzeitig werden dann für Samstags Überstunden verlangt, weil Termine drücken. Die Arbeiter sind mit diesen Arbeitszeiten äußerst unzufrieden und verlangen, daß der Betriebsrat einschreitet. Der reagierte bisher nur insoweit, als er den Samstags-Überstunden auch noch zu-



IG Druck und Papier: Neue Lohnstruktur! Gesicherte Effektivlöhne!

stimmte. Bei der Aufstellung der Betriebsratskandidaten aus der Abteilung machten die Arbeiter zur Bedingung, daß dieser sich gegen die flexiblen Arbeitseinsätze einsetzen wird. Auf einer danach stattgefundenen Betriebsversammlung greifen Beschäftigte diese Regelungen aus der Fertigmacherei und generell an.

Bei Klammt-Druck will der Kapitalist mit seinen Zeitschriften aktuell am Wochenanfang auf dem Markt erscheinen – das sichert ihm seinen Profit gegenüber seinen Konkurrenten. Gleiche Interessen der Kapitalisten, die sie auf unterschiedliche Wege durchsetzen wollen: Bei Klammt-Druck über die flexible Wochenarbeitszeit, bei Elopak über die flexible Jahresarbeitszeit. Eine

gesetzliche Verankerung solcherlei Flexibilitäten würde jegliche Schranken gegen diese Gier nach Profiten einreißen.

Auf einer Veranstaltung der IG Druck und Papier in Speyer zum Thema Arbeitszeitverkürzung wurde die IG Druck und Papier aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen gegen Gesetze und neue AZO und die Ansinnen, Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu sanktionieren und den Samstag zur Wochenarbeitszeit zu erklären. – (urb)

CDU-Niedersachsen

„Helfen kann jeder“ – Subsidiarität in Aktion

Hannover. „Besinnen Sie sich darauf, freier Bürger eines freien Landes zu sein. Lassen Sie sich nicht durch den Staat prägen. Prägen Sie ihn selbst. Lassen Sie sich nicht den Sozialstaat vorschreiben. Seien Sie selbst sozial.“ Mit diesem Appell will sich die CDU ein Jahr lang an die niedersächsischen Bürger wenden, um sie dazu zu bewegen, Alten, Kranken, Kindern u.a. zu helfen. In einer Auflage von 750 000 Exemplaren hat die CDU eine Broschüre drucken lassen mit dem Titel „Helfen kann jeder – Initiativen für soziales Mitmachen“.

Erklärtes Ziel dieser Kampagne ist es laut CDU-Generalsekretär Bobzien, ein „neues Verständnis von Sozialpolitik (zu) wecken“. Mit über 530 Milliarden Mark 1983 sei die traditionelle Sozialpolitik an ihre Grenzen gestoßen. Notwendig sei es, durch „Privatisierung der Sozialhilfe“ zu einer Kostenreduzierung zu kommen.

Eine Fülle von Beispielen präsentiert die CDU in ihrem „Ideenheft“. Da wird man aufgefordert in der Nachbarschaft für Alte, Kranke und Aussiedler Patenschafts für zu übernehmen, zu Saubermachparties in den Wald einzuladen, den Sperrmüll lieber an Wohlfahrtsorganisationen zu geben. Alte Menschen sollen Telefonketten bilden. Spielplätze soll man selber bauen, die notwendigen „Materialspenden locker ... machen“ – „Spielplatzfibel“ heißt die Anleitungsbroschüre des Sozialministers zu dem Zweck.

In Bereichen, in denen der Staat seit Jahren die Kosten drückt, sollen die Löcher jetzt durch kostenloses Arbeiten gestopft werden: In Altenheimen kann man Vorlesen, Klavier spielen oder auch mal den dritten Mann beim Skat stellen. Die hauptamtlichen Kräfte der Sozialstationen brauchen ebenso dringend Unterstützung von „Laien Helfern“ wie der Sozialpsychiatrische Dienst. Da die Lehrer immer mehr Arbeit aufgedrückt kriegen, sinkt ihre Bereitschaft zu zusätzlichen Belastungen.

„Laien Helfer sind Medizin für die Seele“



Nun sollen die Eltern „Partner der Schule sein!“ Sie sollen Schulausflüge begleiten, Schulfeste organisieren usw. Auch Schulbusse kann man durch „Eltern-Fahrdienste“ ersetzen.

Während im Schulunterricht, am Arbeitsplatz Hilfsbereitschaft bekämpft wird, die Konkurrenz gefördert wird, weil man es sonst lernen könnte, sich wegen gemeinsamer Interessen zusammen zu tun, soll eben diese Hilfsbereitschaft da in neue Dimensionen befördert werden, wo sie dem Staat Geld spart.

Aber ein bißchen Anreiz muß auch dabei sein. 1,5 Millionen vorgedruckte „Mir-wurde-geholfen“-Karten kann man an die CDU schicken. Als Preise eins bis 20 winkt ein Kaffee trinken mit Ministerpräsident Ernst Albrecht. Sicherlich wird er dort den Teilnehmern etwas davon erzählen, wie wohl sie seine Botschaft in den zehn Thesen verstanden hätten: „Jeder hat ein Recht auf sinnvolle Arbeit. Nicht jeder kann einen hochbezahlten Arbeitsplatz haben ... ein realitätsnahes Konzept der Freizeitarbeit ...“ – (gea)

Schulentwicklung

Privatschulen drängen in stillgelegte Schulgebäude

Lüneburg. Im März 1984 hat sich die IHK Lüneburg-Wolfsburg in die „Elite-Diskussion“ mit dem Aufruf „Klasse statt Masse“ eingeschaltet. Parallel dazu nehmen Pläne Gestalt an, allein im Landkreis Lüneburg drei Privatschulen neu zu eröffnen.

Bereits am 1.8.85 soll in der ehemaligen Schule Hagen in der Stadt Lüneburg eine Waldorff-Grundschule eröffnet werden. Eventuell folgt später ein Gymnasium. Daneben will Graf Kri-

stof von Platen für 80 Schüler eine Realschule und ein Wirtschaftsgymnasium errichten. Nahezu sicher sind ihm die Räume der ehemaligen Mittelpunktschule Amelinghausen. Eine dritte sogenannte „Ersatzschule“ plant der Rektor der Hochschule Lüneburg Prof. Oelkers. Es handelt sich um eine sechs-klassige Grundschule, die Eröffnung ist in ein bis zwei Jahren geplant.

Ganz offensichtlich mündet die seit mehreren Monaten durchgeführte „Elite-Diskussion“ in einem sprunghaften Anwachsen der Privatschulen, auch wenn von 1980 bis 1983 die Zahl der Privatschulen in Niedersachsen erst von 101 auf 105 gestiegen ist (die öffentlichen Schulen gingen von 3477 auf 3463 zurück).

Widerstand entwickelt sich bisher hauptsächlich gegen die Schule des Grafen von Platen, der in Hamburg bereits für monatlich 580 DM ein Ludwig-Erhard-Wirtschaftsgymnasium ohne „ideologische Grundsatzdiskussionen“ aber mit einem „Ja“ zur persönlichen Freiheit und Leistungsbereitschaft betreibt. Um dies alles sicherzustellen, sind die Klassenräume in Hamburg mit Fenstern zum Flur hin versehen, damit Lehrer und Schüler jederzeit kontrolliert werden können.

Im Schulausschuß des Kreistages lehnte auch die CDU es ab, die Privatschulen finanziell zu unterstützen. Ziel: Ein Schulgeld zu erzwingen, welches Exklusivität sicherstellt. Gleichzeitig forderte L. Studtmann (CDU): „Das humane Verhalten der Privatschulen soll in die öffentlichen Schulen hineinwirken“. Die Gründung solcher Schulen soll zweierlei bewirken: Bei weiterer Verschlechterung der Ausbildung im öffentlichen Schulwesen sollen für diejenigen, die das Geld haben, schon im Bereich der Grund- und Realschule private Alternativen geschaffen werden. Zum zweiten soll konservativer Wertvermittlung durch die Androhung weiterer Schulschließungen Nachdruck verliehen werden. – (thr)

Bayern

Rasantes Wachstum der Vermögen

Augsburg. Wieviel reiche Leute gibt es in Bayern? Antwort auf diese Frage gibt alle drei Jahre eine Untersuchung des Bayerischen Statistischen Landesamts anlässlich der gesetzlich vorgeschriebenen „Hauptveranlagung zur Vermögensteuer“. Demnach ist festzustellen, daß die Vermögen in den Jahren 1977 bis 1980 sprunghaft gewachsen sind. Die Zahl der Vermögensteuerpflichtigen stieg, obwohl die Freibeträge angehoben wurden. Das Vermö-

gen von Privatleuten („natürlichen Personen“) stieg um 14,6% an. Unter den vier Kategorien Land- und forstwirtschaftliche Vermögen, Grundvermögen (Grundbesitz), Betriebsvermögen, sonstiges Vermögen, stieg die letzte Kategorie am schnellsten an. Sie umfaßt z.B. Sparanlagen, Bankguthaben, Wertpapiere, Schmuck- und Kunstgegenstände. Ihr veranschlagter Wert stieg in drei Jahren um 24%! Der Anteil der Betriebsvermögen am gesamten Vermögen sinkt demgegenüber, er machte 1977 39% aus, 1980 37%. Das heißt, immer weniger Kapital wird in Betriebe investiert, immer mehr wird anderweitig angelegt.

Insgesamt wurden 110000 Personen in Bayern zur Vermögensteuer veranlagt, die unterste Grenze sind 70000 DM Vermögen (bei Alleinstehenden ohne Kinder). Die Zahl der Millionäre betrug 13200. Von diesen hatten 13 ein Vermögen von über 100 Millionen DM. Die Zahl der Millionäre ist in drei Jahren um 1800 oder 16% gestiegen. 1969 waren es erst 3575 Millionäre. Ein Vergleich der „vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen“ zwischen 1969 und 1980 (siehe Tabelle) ergibt auch insgesamt eine beachtliche Verschiebung nach oben. Trotz Anhebung der Freigrenze von etwa 20000 auf mindestens 70000 DM ist die Zahl der vermögenssteuerpflichtigen Privatleute gestiegen, von 96000 auf 110000.

Die freiberuflich Tätigen, v.a. Ärzte, Architekten, Anwälte und Schriftsteller, stellten 1969 7585 Vermögensteuerzahler, 1980 9106. Sie hatten 1969 ein Vermögen von 2,2 Mrd. DM zu versteuern, 1980 von 5,7 Mrd. DM. Während demnach ihre Zahl etwas schneller gewachsen ist als die Summe der Vermögensteuerzahler, ist ihr Vermögen etwas langsamer angestiegen.

Quellenhinweis: Bayern in Zahlen 1/1974, 1/1984 – (mfr)

Prozentverteilung der Vermögensteuerpflichtigen in Bayern (natürliche Personen)

Vermögen	1969	1980
bis 70000	26,0	-
70 – 100000	16,7	4,4
100 – 150000		9,6
150 – 200000	35,5	11,7
200 – 250000		10,9
250 – 300000		9,3
300 – 400000	12,6	14,5
400 – 500000		9,4
500000 – 1 Mio.	5,4	18,2
1 – 2,5 Mio.	2,5	8,5
2,5 – 5 Mio.	0,8	2,1
5 – 10 Mio.	0,2	0,9
10 – 20 Mio.	0,1	0,3
20 – 50 Mio.	(41)	0,2
50 – 100 Mio.	(15)	(28)
über 100 Mio.		(13)
Steuerpflichtige gesamt	96337	110339
Steuerpflichtiges Vermögen	23,8 Mrd.	60,9 Mrd.

Universität Passau Förderung von „Sudetendeutschem“

Passau. Als die Universität Passau 1978 gegründet wurde, waren sich die Betreiber einig, daß „angesichts der Geschichte der Region und der Grenzlage die Beziehungen zum südosteuropäischen Raum und Böhmen“ besondere Berücksichtigung zu finden habe. Den Absichten wird Geltung verschafft. Ein „Verein für Ostbayrische Heimatforschung“ erhält ein eigenes Institut mit Archiv und Bibliothek. Veranstaltungen wie „Das spätmittelalterliche Strafrecht in Böhmen“ (in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Deutsche Rechtsgeschichte) sind charakteristisch. Ein Institut für Slawistik und Bohemistik befindet sich im Aufbau. Von zwei Strafrechtslehrstühlen ist einer speziell auf „Ostrecht“ angesetzt. Die philosophische Fakultät hat sich u.a. mit „Südosteuropa“ zu befassen. Als vorläufiger „Höhepunkt“ dieser Schwerpunktbildung wird ein „Vertrag über wissenschaftliche Zusammenarbeit“ mit der Karlsuniversität Praha angesehen. Diese verpflichtet sich dort u.a., „bei der Ausstattung von Bohemistik und Slawistik“ in Passau „beihilflich zu sein“. Parallel wird mit dem Universitätspräsidenten als Vorsitzenden eine „Deutsch-Tschechoslowakische Gesellschaft“ gegründet.

Alle diese Maßnahmen dienen der Förderung expansiver Absichten gegenüber der CSSR. Auf einer „Großveranstaltung“ der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ brachte dies der Hauptredner, Präsident der Bundesversammlung und bayer. Staatsminister a.D. Stain, offen zum Ausdruck. Er behauptete, „die Karlsuniversität sei nie tschechisch gewesen“, sondern stelle „die älteste Reichsuniversität in Mitteleuropa dar ... Der Universitätsvertrag soll genutzt werden, um an Quellen heranzukommen, die uns dienlich sind“. Die „Deutsch-Tschechoslowakische Gesellschaft“ habe sich „speziell den in der CSSR lebenden Deutschen anzunehmen“.

Anlaß der Veranstaltung war der Einsatz von Truppen der CSR am 4. März 1919 gegen „Sudetendeutsche“, die den Anschluß an „Deutsch-Österreich“ anstrebten. Anwesend waren Vertreter der Stadtratsfraktionen, der Justiz, der Universität, des Bundeswehrbataillons etc. Man muß dazu wissen, daß die bayerische Staatsregierung die nach dem Potsdamer Abkommen aus dem sog. „Sudetenland“ Ausgesiedelten u.a. in Niederbayern schwerpunktmäßig ansiedelte. – (ola)

CMV-Wahlkampf im MAN-LKW-Werk: „So kraftvoll wie unser Produkt, so sicher fährt man mit uns in die Zukunft“

Schweinfurt. Bei den Betriebsratswahlen im Münchner LKW-Werk der MAN hat die IGM die absolute Mehrheit im Betriebsrat verloren: an die DAG, an eine Liste ehemaliger rechter IGM-Betriebsräte und an den Christlichen Metallarbeiterverband (CMV). Die genaue Sitzverteilung liegt uns noch nicht vor. Der CMV, der 1981 sieben von 23 Mandaten bei den Arbeitern erreichte, trat vor den Wahlen so an die Belegschaft heran: „Wir sind die Alternative! Nur wer uns mit seiner Stimme stärkt, sichert seine eigene betriebliche Position! Wir widersprechen dem Alleinvertretungsanspruch der

PKWs (VW und Mercedes) für unsere Belegschaft, für Belegschaftsaktien, aber gegen die 35-Stunden-Woche zum jetzigen Zeitpunkt! Damit wählt Ihr eine starke, ausgewogene Arbeitervertretung, die in der jetzigen schwierigen Lage, heute und morgen all Eure gerechtfertigten Interessen aktiv vertreten wird.“

Von wegen starke, aktive Arbeitervertretung, Fahrgeldzuschuß/Essenszuschuß: Gegen die Streichung letztes Jahr wurde nur die IGM mit einer Unterschriftensammlung aktiv. Der CMV verhielt sich ruhig. Teilzeitarbeit: Bei der MAN hat die IGM dem CMV voll-

hindern, daß der Konzern eine zu große Stammbeflegschaft beschäftigen muß. Dazu paßt das Engagement des CMV bei der MAN für Job-Sharing. Auf der letzten Betriebsversammlung erklärte der CMV, daß er alle Maßnahmen befürworten werde, die zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der MAN vor allem gegenüber Mercedes führen könnten.

Was der CMV letztlich der MAN-Beflegschaft anbietet, ist geschickt verpackte Hetze gegen die IGM und ihre Tarifforderungen plus Propaganda für eiserne Gefolgschaft für die Expansionsziele des Konzerns. Über Tätigkeiten der CMV-Betriebsräte, über ihr Verhalten auf Betriebsratssitzungen ist fast nichts zu erfahren und zu berichten, hier hält sich der CMV zurück. Dasselbe wurde uns aus einem weiteren Stützpunkt des CMV, von dem Wälzlagerkonzern FAG Kugelfischer in Schweinfurt berichtet. Bei Kugelfischer und den anderen Metallkonzernen in Schweinfurt hat der CMV seine Wahlpropaganda vollständig auf Hetze gegen die IGM und die 35-Stunden-Woche beschränkt. Auf Betriebsversammlungen bei Kugelfischer sind die CMV-Betriebsräte in der letzten Zeit nie zu betrieblichen Fragen aufgetreten. Was der CMV in Schweinfurt öffentlich machte, war eine Veranstaltung zu seiner Forderung nach betrieblichen Vermögensbeteiligungsfonds und nach Investivlohn. Referent auf dieser Veranstaltung war der Kugelfischer-Direktor und Vorsitzende des CSU-Wirtschaftsausschusses in Unterfranken Dr. Masuch. Schlimm war, daß auf dieser Veranstaltung der IGM-Betriebsratsvorsitzende von Kugelfischer die Forderung des Direktor Masuch und des CMV unterstützte, entgegen den Zielen der IGM, die allenfalls überbetriebliche Fonds unterstützt.

Das monatlich erscheinende Organ des CMV, die „Deutsche Gewerkschaftszeitung (DGZ)“ ist ein treffendes Spiegelbild der betrieblichen „Aktivitäten“ des CMV. In der Kopfleiste der DGZ steht: „Wir glauben an ein ganzes und freies Deutschland.“ Im letzten halben Jahr hat die DGZ ihre Seiten zu 40% gefüllt mit Propaganda gegen die 35-Stunden-Woche, gegen die DGB-Gewerkschaften, insbesondere gegen die IG Metall. Themen: „Die kommunistische Unterwanderung des DGB“, „Skandal um die Neue Heimat“, „Bevormundung durch die Gewerkschaftsbözen“ etc. Auf weiteren 20% breitet sich die DGZ über Forde-



Der CMV auf einer Demonstration gegen Massenentlassungen.

IGM. In einer Demokratie ist das eine unzumutbare Anmaßung, gegenüber allen mündigen Arbeitnehmern.

So kraftvoll wie unser Produkt, so sicher fährt man mit uns in die Zukunft! Hier einige Programmpunkte, welche wir konsequent zu verwirklichen trachten und mit Nachdruck vertreten wollen. Wir sind für Wiedereinführung der Fahrtzulage, der Rückkehr zur Bezuschussung zum Kantinenessen, Teilarbeitszeitangebot, Übernahme unserer Lehrlinge nach der Ausbildung, für eine betriebliche Vorruhestandsregelung, d.h. Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Für eine AZO-Regelung für Feiertage (wie bei MTU), Einrichtung einer Stelle beim Betriebsrat für den Rabatterwerb von

ständig den Kantinenausschuß überlassen. Im Kantinen- und Brotzeitbereich hat der CMV seine Forderung nach Teilzeitarbeit weitgehend durchgesetzt. Die Brotzeitverkäuferinnen arbeiten höchstens sechs Stunden, noch dazu in geteilter Arbeitszeit mit zweistündiger Unterbrechung. Übernahme der Lehrlinge: Hier ist der CMV bereit, eine Teilzeitregelung ohne Lohnausgleich in Kauf zu nehmen (ähnlich wie bei Siemens).

Was bei genauerer Betrachtung von den CMV-Programmpunkten übrigbleibt, sind Ziele, die der MAN-Konzern, Gesamtmetall und die Regierung aktuell durchsetzen wollen. Dazu paßt, daß der CMV bei MAN für verstärkte Leiharbeit eingetreten ist, um zu ver-

rungen des CMV aus wie Vermögensbildung, Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeiten, Vorruhestand, Reform des Betriebsverfassungsgesetzes.

Ca 15% der DGZ standen für Propaganda der Regierungsministerien zur Verfügung. Autoren: Blüm, Zimmermann, Schneider. Berichte über irgendwelche Tätigkeiten des CMV gegen Zumutungen der Kapitalisten oder ähnliches waren nicht zu finden. Das einzige Foto über betriebliche Aktivitäten des CMV in den letzten drei Jahrgängen der DGZ drucken wir hier ab: CMV-Mitglieder auf einer Demonstration gegen Massenentlassungen bei AEG-Telefunken. Motto: „Treue zur AEG bis zum bitteren Ende.“

Seit ein paar Jahren wird die DGZ aufgemacht im Stil der „Bild-Zeitung“. Als Chefredakteur der DGZ wurde dazu ein ehemaliger Redaktionsleiter der „Bild-Zeitung“ J. Siegerist geholt. Mitte 1981 verließ Siegerist die DGZ, um Geschäftsführer einer Anti-Pazifismus-Bewegung zu werden. Vorsitzender dieser Bürgeraktion ist Schachgroßmeister und CGB-Mitglied L. Pachmann, Stellvertreter Prof.



CGB-Bundesvorstand beim Gespräch im Kanzleramt.

Löw. Mitglied des Vorstands ist der CMV-Vorsitzende Schetter. Motto: „Frieden schaffen ohne Waffen: Das heißt Krieg, Tod und Unterdrückung.“ Weitere prominente Mitglieder des CGB sind ZDF-Löwenthal, etliche

CSU-Minister z.B. Kiechle und Pirkel, zugleich Vorsitzender der Christlich-Sozialen-Arbeitnehmerausschüsse (CSA) in der CSU.

Zweifellos, der Gesamteinfluß des CMV in den Betrieben der Metallindustrie ist schwach. Der CMV hat jetzt ca. 90000 Mitglieder. Bei den Betriebsratswahlen 1981 erreichte der CMV nach eigenen Angaben mit 1327 Sitzen nur ca. 2% der Mandate, gegenüber 85% der Mandate für die IGM. Dennoch wäre Geringschätzung des CMV nicht angebracht. Gegenüber 1978 konnte der CMV 1981 seine Mandate verdoppeln. 1984 scheint dem CMV eine weitere Steigerung möglich, insbesondere durch Ausdehnung auf weitere Betriebe. 1981 konnte der CMV nur in 818 Betrieben (ca. 8% aller Betriebe) mit eigenen Listen antreten, hauptsächlich in Großbetrieben. Aber in diesen Betrieben erreichte der CMV einen durchschnittlichen Stimmenanteil von knapp 25%. Vor allem: Der CMV wird mit allen Mitteln und strategisch beharrlich unterstützt von der CSU und den katholischen Bischöfen. (Siehe Stichwort) – (Kls, dar)

Schweinfurt: CMV-Gründung nach der IGM-Niederlage im Metallerstreik 1954

Am 28.08. 1954 während des Metallerstreiks in Bayern stand in der örtlichen Presse in Schweinfurt folgende Erklärung: „Die IGM-Bezirksleitung weist daraufhin, daß die Arbeit in den Schweinfurter Metallbetrieben in der vergangenen Woche nur auf Grund eines Stillhalteabkommens wieder aufgenommen wurde. Dieses Abkommen sei aber ohne Rechtskraft, da zwar die Betriebsräte ihre Zustimmung gegeben hätten, nicht aber die Gewerkschaft selbst. Die Betriebsräte seien nicht befugt, Abkommen über Lohnfragen abzuschließen.“

Was war geschehen? Bei FAG Kugelfischer, dem größten Metallkonzern Unterfrankens, hatten sich in der Urabstimmung nur 41% für Streik ausgesprochen. Der Kapitalist Schäfer hatte vorher zu den Werksangehörigen gesprochen und erklärt, er werte die Streikabstimmung zugleich als Vertrauensfrage. Gleichzeitig versprach er eine Aufbesserung des Ecklohns um 8 Pfg. Bei FAG wurde als einzigem Großbetrieb in Bayern voll gearbeitet. Am dritten Streiktag gelang es den Kapitalisten, die beiden anderen Schweinfurter Konzerne SKF und Fichtel&Sachs mittels einer spalterischen Betriebsvereinbarung über Lohnerhöhungen aus der Streikfront herauszuberechnen. In allen Fällen, insbesondere bei

SKF, spielten IGM-Betriebsräte eine üble Rolle. Sie riefen die Belegschaft auf, die Arbeit wiederaufzunehmen.

Einige dieser Betriebsräte, teilweise zugleich CSU-Stadträte, waren keine zwei Jahre später unter den Gründungsmitgliedern des Bezirksverbands Schweinfurt der CGB, der ersten CGB-Gründung in Bayern. Bei SKF hielt die Christliche „Gewerkschaft“ noch bis 1966 die Mehrheit im Betriebsrat und den Vorsitzenden. 1966 trat ein Großteil der CMV-Mitgliedschaft unter ihrem Vorsitzenden bundesweit wieder zur IGM über.

Seit 1978 gelingt es in Schweinfurt dem CMV und der DAG (im Angestelltenbereich) erneut, ihre Positionen zu verstärken. Die IGM hat seit 1978 bei den Betriebsratswahlen fast 10% der Stimmen verloren. Bei FAG Kugelfischer haben DAG, CMV und CAN/KAB, eine Abspaltung vom CMV, bei den diesjährigen Wahlen 15 von 33 Sitzen erreicht. Bei den Angestellten hat die IGM die Mehrheit an DAG und CMV verloren. Bedenklich stimmt insbesondere, daß auf der Betriebsratsliste für Arbeiter des CMV 18 Kandidaten jünger als 30 Jahre waren, bei der IGM jedoch nur zwei Kandidaten. 1983 sind bei FAG Kugelfischer ca. 100 IG Metall-Mitglieder auf hektographierten Erklärungen zum CMV übertreten. Man kann, was den CMV anbetrifft, festhalten, daß diese Position

erreicht wurde mit reaktionärer, sozialdemagogischer Propaganda unter den Arbeitern.

In einem Aufsatz über „Gelbe Gewerkschaften“ in der Weimarer Republik in Metall Nr. 19/1979 heißt es: „Gelbe Gründungen entstanden in der Regel auf den Trümmern von verlorenen oder in wesentlichen Zielsetzungen fehlgeschlagenen Arbeitskämpfen. Auf Streik und Aussperrung in der bayerischen Metallindustrie war im Sommer 1905 die Bildung des ersten modernen Werkvereins (Gelbe Gewerkschaft) bei der Augsburger MAN gefolgt.“ Daß der CMV und seine Förderer in der CSU auf Neuauflagen spekulieren, ist anzunehmen.



CMV-Vorsitzender Schetter besichtigt FAG Kugelfischer

Am 30.10.55 wurde die Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands gegründet. Anführer dieses versuchten Aufbaus einer christlichen Richtungsgewerkschaft waren drei CDU-Bundestagsabgeordnete, die insbesondere aus der Führung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) herauskamen. Finanzielle Starthilfe für das Spalterprojekt in Höhe von ½ Mio. DM gab der Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften. Die Gründung des CGB wurde zum Reinfall. Gott und die Welt distanzieren sich von dieser Ausgeburt der katholischen Kirche: Die Sozialausschüsse der CDU, die evangel. Bischöfe, namhafte Vertreter der christl. Gewerkschaftsbewegung. Der CGB blieb ein „unbedeutender Ableger der KAB ohne echten Gewerkschaftscharakter“ (IG Bergbau, 1957).

Im Juni 1979 enthüllte „metall“, daß die CSU für 1980 einen Gewerkschaftskongreß plane. Zur Vorbereitung des Kongresses hatte der damalige CDU-Generalsekretär Stoiber an die CDU-Kreisvorsitzenden „Rohmaterial“ verschickt, in dem fünf Punkte zur „Lösung der Gewerkschaftsfrage“ zur Diskussion gestellt wurden. 1. Bildung von Arbeitskammern 2. Unterwanderung des DGB 3. Fraktionierung des DGB nach österreichischem Vorbild 4. Unterstützung des CGB 5. Gründung einer eigenen Gewerkschaft. „metall“: „Man entschied sich für die in jeder Hinsicht billigere Lösung, den CGB.“ Nach einer spektakulären Zusammenkunft von Vetter und Strauß im Oktober 1979 und der Absage des CSU-Gewerkschaftskongresses wurde der Streit zwischen CSU und IGM „beigelegt“.

Man muß es als Demonstration betrachten, daß sich danach Ende 1979 das CSU-Präsidium und der Vorstand des CGB zu einem „längeren Gedankenaustausch“ trafen und anschließend erklärten: „Bei der Diskussion über das Betriebsverfassungs- und das Bundespersonalvertretungsgesetz, das Mitbestimmungsgesetz, die Vermögensbildung, Familienpolitik und die Renten- und Krankenversicherung sowie die Steuerpolitik gab es zwischen CSU-Präsidium und CGB-Spitze völlige Übereinstimmung.“

Die Überlegungen in der CSU gehen seither in die Richtung, wie der CGB gestärkt werden kann und wie mittels eines gestärkten CGB dem DGB eine „Abrüstung im Arbeitskampf“ aufgezwungen werden kann. Als nächster Schritt soll das Wahlrecht im Betriebsverfassungsgesetz geändert werden. CSU und CGB spekulieren dabei auf Stärkung der Stellung des CGB in den Betrieben und erhöhte Attraktivität des CGB auf christliche Gewerkschafter.

Katholische Bischöfe zur CGB-Gründung

Im Schreiben der kath. Bischöfe vom 6. Mai 1957 heißt es: „Die Gründe, die zur Gründung der christl. Gewerkschaften geführt haben, sind bekannt: häufige Verletzung der Neutralität in Fragen von grundsätzlicher religiöser, sozialer und kulturpolitischer Bedeutung. Wir erinnern nur an den heute noch fortdauernden Kampf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegen die konfessionelle Schule und die konfessionelle Lehrerbildung, Infiltration der Mitglieder mit achristlichem Gedankengut durch die gewerkschaftliche Presse und Bildungsarbeit, so daß katholische Mitglieder in ihrem Glauben und in ihrer Treue zur Kirche gefährdet sind.“ Trotzdem konnte die Christl. Gewerkschaft kein größeres Gewicht erlangen. Eine gewisse Bedeutung muß man ihr aber zusprechen, insofern auch durch sie die neg. Koalitionsfreiheit gegeben ist und die zwangsweise

Einbeziehung aller Arbeitnehmer in die Reihen des DGB durch den Solidarbeitrag verhindert wird. 1972 umfaßte der CGB 193000 Mitglieder. Die Enttäuschung über diese Entwicklung im deutschen Katholizismus ist allgemein. (Franz Prinz SJ 1973)

CSU und CGB

Durch die Politik der CSU und ihre Erfolge bei den Wahlen ist der Beweis erbracht, daß in der Arbeitnehmerschaft ein großes Potential von Stimmen dem Sozialismus eine Absage erteilt hat ... Dieses Potential von nichtsozialistischen Arbeitnehmern steht vor allem auch den christlichen Gewerkschaften offen. Es ist ihre Sache, dies zu nutzen ... Die christlichen Gewerkschaften waren in der Weimarer Republik die zweitstärkste Gewerkschaftsorganisation gewesen und es ist durchaus nicht einzusehen, warum sie es in der Bundesrepublik nicht wieder werden sollten. (E.Stoiber in Pol. Studien)

Änderung des Wahlrechts im Betriebsverfassungsgesetz

Zu allem kommt hinzu, daß in aller Regel eine DGB-Gewerkschaft, ohne Rücksicht auf die sich aus der Wahl ergebenden Verhältnisse alle wichtigen Positionen in den Ausschüssen und alle Freistellungen von der beruflichen Tätigkeit für sich alleine beanspruchen kann ... Im Frühsommer 1984 soll der Entwurf für ein geändertes Wahlrecht im BetrVG in die parlamentarische Beratung eingebracht werden, damit bei den nächsten Wahlen der Arbeitnehmervertreter 1987 ein angemessener Minderheitenschutz gewährleistet ist. (P. Keller, CSU-MdB im Bayernkurier vom 14.04.84)

Friedensabkommen in der Schweiz – ein Modell für die BRD?

Eines wird man allerdings festhalten müssen: Der sozialistisch geprägte Teil der Arbeiterbewegung in Deutschland dürfte für diesen Schritt weit aus schwerer gewinnen zu sein, als der christlich-soziale. Vielleicht wird man auf ein Friedensabkommen in der Bundesrepublik solange warten müssen, bis die Christlichen Gewerkschaften ihre Verbandsstärke wiedererlangt haben, die sie in der Weimarer Republik hatten. (R. Hettlage in Pol. Studien)

CDU und CGB

Wir brauchen die Freiheit, um Selbstverantwortung übernehmen zu können. Und insofern möchte ich auch den Satz von Ernst Albrecht voll unterstreichen und des Bundesvorsitzenden, daß wir auch die Freiheit haben müssen zu entscheiden, in welcher Gewerkschaft man sich organisieren will. Für mich ist es klar, daß für viele Arbeitnehmer, und vor allen Dingen für diejenigen, die hier sind, nicht die Bedingungen gegeben sind, daß alle deutschen Arbeitnehmer sich in einer Gewerkschaft organisieren können. Und insofern meine ich, daß man das auch hier sagen soll, was ich mir persönlich immer zum Prinzip mache: man sollte nicht denjenigen, der die Konsequenzen zieht, sondern denjenigen, der die Ursache herbeischafft, den sollte man kritisieren, wenn hier zu kritisieren ist. Ich wünsche diesem Gewerkschaftstag, daß er vorwärtskommt, daß die Organisation weiterkommt auf dem Weg „Selbstverantwortung in Freiheit“. (H. Scharrenbroich, Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, in seinem Gruß-

wort an den CMV-Gewerkschaftstag 1983)

Was wäre alles möglich, wenn der CGB stark wäre?

Im Arbeits- und Wirtschaftsleben stehen einander nicht nur Arbeitgeber auf der einen und Arbeitnehmer auf der anderen Seite gegenüber. Es gibt auch einen Kampf zwischen den einzelnen Arbeitnehmerverbänden ... Darin liegt vielleicht eines der schwierigsten Probleme. Wenn man „Abrüstung im Arbeitskampf“ will, ist es notwendig, die konkurrierenden Organisationen an einen Tisch zu bringen. Wie kann das geschehen? Das wäre also das Instrument gesetzlicher Tarifgemeinschaften?

Das Bundesarbeitsgericht hat geurteilt, daß von einer Gewerkschaft erst gesprochen werden kann, wenn eine gewisse Mächtigkeit da ist, auf den Arbeitgeber Druck auszuüben, um ihn dadurch zu Vereinbarungen zu veranlassen. Ist das nicht für besonders kleine Verbände geradezu eine Aufforderung, ihre Mächtigkeit durch einen Streik zu erweisen? ... Es ist ein offenes Geheimnis, daß mit den Zustimmung des Betriebsrats zur Einstellung, zur Umgruppierung, zur Höhergruppierung auch erheblicher Mißbrauch getrieben werden kann. Dieser Mißbrauch ist nur durch Gegenkontrolle, durch Mißbrauchsaufsicht von anderen gewerkschaftlichen Gruppierungen in der Betriebsverfassung überhaupt in den Griff zu bekommen ... Das ist mein Hauptargument gegen das Mächtigkeitsurteil: Es begünstigt die Starken; und die Starken können ihre Macht auch mißbrauchen.

Ist nicht das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen eine Möglichkeit, übernehmende, ausufernde Rivalitätskämpfe zwischen einzelnen Gewerkschaften zu unterbinden?

Wäre es nicht ein Weg, die Auswüchse gewerkschaftlicher Rivalitäten dadurch zu unterbinden, daß man die Urabstimmungen für alle betroffenen Arbeitnehmer, einschließlich der Unorganisierten, öffnen würde? (R. Hettlage in Pol. Studien)

Quellenhinweis: Deutsche Gewerkschaftszeitung 1980 bis 1984; Dr. Bernhard Koch „Der christliche Gewerkschaftsbund“, Schriftenreihe Droste-Verlag Düsseldorf; Politische Studien, Sonderheft 3/1981 „Zur Gewerkschaftsfrage – Die christliche Alternative“, Olzog-Verlag München; Franz Prinz SJ „Kirche und Arbeitnehmerschaft“, Olzog Verlag, München 1973; IG Bergbau „Aufbruch, Krise, Untergang“, Bochum 1957; „metall“ Jahrgang 1979; „Spalte und herrsche“, F.J. Strauß und die Einheitsgewerkschaft, IG Metall 1979

Genscher in Argentinien

Außenminister Genscher hatte bei seinem dreitägigen Besuch in Argentinien einen Troß von Vertretern westdeutscher Konzerne mitgenommen, u.a. von Siemens, VW, Daimler, Klöckner, Kraftwerkunion. Die westdeutschen Kapitalisten sind die drittgrößten ausländischen Investoren in Argentinien. 1980 beuteten sie 31000 Beschäftigte aus. Genscher äußerte sich unzufrieden, daß die Ausfuhr nach Argentinien zurückgegangen sei, von 1981 auf 1982 um 30% auf 1495 Mio. DM. Der Außenminister kündigte an, daß noch in diesem Jahr gemeinsame Wirtschafts- und Technologiekommissionen ihre Arbeit aufnehmen werden. Insbesondere geht es den BRD-Imperialisten um den erweiterten Absatz von Produkten der Atomtechnologie. Genscher trat als Sprecher der Europäischen Gemeinschaft auf, „um das Verhältnis zwischen der EG und Argentinien auf eine neue bessere Grundlage zu stellen“. Die BRD-Imperialisten hatten Großbritannien in der Aggression gegen Argentinien unterstützt. Über die Vermittlerrolle stärkt Genscher die Stellung

Der PAC ist eine revolutionäre Kraft

Aus Anlaß des 25. Jahrestages der Gründung des Pan Africanist Congress (PAC) führte die südafrikanische Befreiungsorganisation zahlreiche Kundgebungen und Veranstaltungen durch. Der PAC wurde am 7. April 1959 gegründet und nach den Demonstrationen gegen die Paßgesetze im Jahr 1960 vom Kolonialregime verboten. Genosse Pokela, der Vorsitzende des PAC, (Bild) erklärte auf einer Kundgebung in Harare in Zimbabwe: „Wir vom Pan Africanist Congress haben immer verlangt, daß das Rassenregime alle Macht an die azanische afrikanische Mehr-



heit übergibt. Denn nichts anderes als die Übergabe der Macht an diese Mehrheit kann jemals das azanische Volk zu friedensstellen ... Über Jahre hinweg haben die Leute alle gewaltlosen Methoden des

Kampfes erprobt, sie sind aber gescheitert, die brutale Politik der Apartheid zu ändern ... Angesichts dessen ging der PAC dazu über, die Massen im Inneren Azanias zu mobilisieren und sie dem bewaffneten Kampf zuzuführen, um ihr Ziel zu erreichen.“ Er fügte hinzu, daß die weißen Rassisten keine grundlegenden Änderungen in Azania zustandebringen werden. – Zur Feier des PAC in der BRD kamen 50 vor allem azanische Besucher. Vertreter von BWK, KPD, PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) und Volksfront trugen Grußadressen vor, der Arbeitskreis Afrika Münster berichtete von seiner Unterstützungskampagne für den PAC.

des BRD-Kapitals gegenüber Argentinien und baut die BRD-Position in der EG weiter aus. Sein Besuch bereite die Reise von Kanzler Kohl Anfang Juli vor.

Japan: Beginn der Lohnverhandlungen

Die japanischen Kapitalisten haben zu Beginn der jährlichen Lohnverhandlungen Erhöhungen zwischen 3% und 5% angeboten. Der Vorschlag der

Stahlkapitalisten ist mit 3,11% niedriger als im letzten Jahr, dem schon tiefsten Angebot seit je. Die Stahlarbeitergewerkschaft Tekkororen hat 5,3% gefordert. Der sozialistische Gewerkschaftsbund Sohyo hat den ihm angeschlossenen Gewerkschaften eine Forderung von 6% empfohlen. Die Gewerkschaften erwarten, daß die Tarifabschlüsse in diesem Jahr über den durchschnittlich 4,4% des letzten Jahres liegen werden.

PLO bemüht, die Spaltung zu überwinden

Die PLO hat bekanntgegeben, daß in nächster Zeit eine Tagung des Exilparlaments des palästinensischen Volkes, des palästinensischen Nationalrats, einberufen wird, um über Schritte des weiteren Kampfes zu beraten und die Spaltungen in der PLO zu überwinden. Der Nationalrat soll auf jeden Fall stattfinden, egal, wieviele Vertreter es gelingt, auf der Tagung zu erscheinen. Dies ist insbesondere für die Delegierten aus den von Israel besetzten Gebieten schwierig. Ein Sprecher des Exekutivkomitees erklärte, daß aber gerade in den besetzten Gebieten die PLO handlungsfähig sei und die Delegierten kommen werden: „Das beweisen die Demonstrationen und Streiks im Südlibanon und im Westjordanland. Der Vorfall in Jerusalem beweist, daß wir auch noch zu bewaffneten Aktionen in Israel fähig sind. Wir werden solche Propaganda-Aktionen weiter durchführen.“

Belgien: Neue Streiks gegen Regierungspläne

Mit einem zweiten landesweiten Streik protestierten am 10. 4. erneut über Hunderttausend belgische Lohnabhängige gegen das von der Regierung Martens beschlossene Lohnsenkungs- und „Haushaltssanierungs“-Programm. Die Belegschaften der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe, der Post, der Eisenbahn sowie des Stahlkonzerns Cockerill-Sam-

bre beteiligten sich komplett an dem 24-stündigen Streik, in anderen Betrieben, insbesondere in Wallonien, mußten die Kapitalisten ebenfalls erneut eine hohe Streikbeteiligung melden. Dennoch: eine Einheitsfront des Gewerkschaftsbundes ABVV und des christlichen Gewerkschaftsbundes ACV kam nicht zustande. Der ABVV rief allein zu den Aktio-

nen auf. Wegen dieser fort-dauernden Spaltung der belgischen Gewerkschaftsbewegung rechnet die Regierung damit, ihre Pläne weitgehend durchsetzen zu können. Das würde bedeuten: Lohnsenkungen von erneut 6% mindestens bis 1986 für alle belgischen Lohnabhängigen durch eine Begrenzung der tariflichen „Lohnindexierung“, zusätzliche Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst und in den sog. „nationalen Sektoren“ wie Stahlindustrie und Werften, Senkung von Arbeitslosengeld, Renten, Krankengeld und gleichzeitige Anhebung der Versicherungsbeiträge der Lohnabhängigen. Nach Berechnungen der belgischen revolutionären „Partei der Arbeit“ (PvdA) führen die Maßnahmen der Regierung allein in diesem Jahr für eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoverdienst von Mann und Frau von zusammen 65000 bfr. (ca. 3900 DM) zu Einkommensverlusten von 350 DM im Monat, für eine kinderlose Familie mit 75000 bfr. (ca. 4500 DM) zu Senkungen von ca. 500 DM.

Indien: Lohnabschluß der Hafenarbeiter

Nach 26 Tagen Streik konnten die 300000 Hafenarbeiter einen Tarifabschluß mit 20% Lohnerhöhung durchsetzen. Die Regierung hatte vor dem Streik eine Anhebung von 16% angeboten, die Hafenarbeiter hatten 32% gefordert. Die Regierung hatte drei Tage nach Streikbeginn ein Verbot erlassen und gegen die Streikenden Militär eingesetzt, das in der Stadt Paradip Streikende erschossen hatte.



Ein neuer Steuerraubzug der Regierung – diesmal als „gleichberechtigt“ getarnt

Die südafrikanische Regierung hat zum 1. März das Gesetz zur Besteuerung von Schwarzen außer Kraft gesetzt und beschlossen, daß in Zukunft die azanischen Lohnabhängigen nach demselben Gesetz Steuern zahlen müssen wie bislang die weißen Einwanderer. Zynisch führte der Finanzminister aus, daß dies ein weiterer Schritt zur Gleichberechtigung von Schwarz und Weiß bedeute und endlich die Ungerechtigkeiten des alten Steuersystems abgeschafft seien, wonach ein Schwarzer mit niedrigem Einkommen mehr Steuern zahlen mußte als ein Weißer in gleicher Einkommensstufe. Bisher betrug das steuerfreie Jahreseinkommen für Weiße 1 200 Rand (2 760 DM) und für Schwarze 360 Rand (830 DM). Die Regierung zog den azanischen Arbeitern diese Einkommensteuern ab, unabhängig ob sie verheiratet waren, Kin-



verheiratete Arbeiterinnen sollen die höchsten Steuern zahlen. Der Haushalt für die Polizei soll um 15,8% steigen im kommenden Jahr. Bild: Polizeibewachung am Ausgang einer Fabrik.

der hatten oder nicht. Unberührt von der jetzigen Einkommensteueränderung ist die Kopfsteuer, die der südafrikanische Staat bzw. die „Homeland-Regierungen“ von jedem azanischen Bewohner des Landes eintreibt. Sie beträgt für männliche erwachsene Azanier 30 Rand im Jahr, für weibliche Erwachsene 15 Rand, für Kinder jeweils 10 Rand ab dem Alter von zwölf Monaten.

Gleichzeitig mit der Steueränderung trat eine Erhöhung der Verkaufssteuern (vergleichbar mit der Mehrwertsteuer in der BRD) um 6 bis 7% in Kraft. Die Regierung will mit beiden

Steueränderungen zusammen im kommenden Jahr 700 Mio. Rand mehr Steuern eintreiben als im Vorjahr. Das entspricht ca. 15% des für 1984 angekündigten Militärhaushalts oder exakt den für das kommende Haushaltsjahr geplanten Ausgaben für die Polizei des Siedlerregimes.

Im vergangenen Jahr hatte die Regierung – u.a. um weitere Einwanderer ins Land zu locken – eine Steuer senkung von 20% für alle Einkommen beschlossen, die höher als 23 000 Rand im Jahr sind. Das Durchschnittseinkommen der Weißen betrug 1983 23 400 Rand im Jahr, die schwarzen Arbeiter erhielten im Durchschnitt gerade 11,5% des Einkommens der Weißen, 2 688 Rand. Die Regierung will mit der Steueränderung nicht nur eine weitere Entlastung der weißen Einwanderer erreichen, sondern auch die Spaltung unter den schwarzen Lohnabhängigen vorantreiben. Die neue Besteuerung entfaltet ihre Wirkung gerade bei den Industriearbeitern, die in den vergangenen Jahren den Aufbau der unabhängigen Gewerkschaften vorange trieben haben.

Die unabhängige Metallarbeitergewerkschaft MAWU, die dem Gewerkschaftsbund FOSATU angehört und sich selbst als „multi-rassisch“ bezeichnet, rechnete am Beispiel eines Arbeiters in der Automobilindustrie vor, wie die künftige „Gleichberechtigung“ aussehen wird: Bisher hat er bei einem Monatslohn von 400 Rand Einkommensteuer in Höhe von 8 Rand zahlen müssen, seine Frau, die in einer Textilfabrik 200 Rand verdiente, 0,74 Rand. In Zukunft braucht der Mann gar keine Steuern mehr zu zahlen, die Frau aber 9,50 Rand, das Ehepaar zusammen zahlt also schon 0,76 Rand mehr. Hat die Frau ein Einkommen, das höher ist als 350 Rand im Monat, mußte sie zuvor 7,20 Rand zahlen, in Zukunft den stolzen Betrag von 22,83 Rand. Der Staat raubt 7,63 Rand mehr im Monat als zuvor. Ein unverheirateter Arbeiter zahlt dieselben Steuern. Der Gewerkschaftsbund CUSA, der zweitgrößte unabhängige Gewerkschaftsbund, der nur azanische Arbeiter aufnimmt, rechnet damit, daß die Steuerbelastung der schwarzen Arbeiter im kommenden Jahr um 7% höher sein wird als im vergangenen Jahr.

Bereits Anfang Februar haben acht unabhängige Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde, darunter die CUSA und FOSATU, in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Einführung der

Steueränderung protestiert. Sie forderten, daß der Vollzug des Gesetzes zunächst außer Kraft gesetzt und das Gesetz ganz beseitigt werden soll. Sie wandten sich gegen dieses Gesetz, weil „es die Ungleichheiten des Apartheid-Systems der Besteuerung ohne politische Rechte fortführt und das Apartheid-System festigt“, „verheiratete Frauen diskriminiert“ und „eine weitere Bürde für Wanderarbeiter aus fremden Ländern und den ‚unabhängigen‘ Homelands, die außerdem noch Steuern in ihrem eigenen Land zahlen müssen“.

Sie riefen die Arbeiter auf, die Steuervollmachten, die der Staat über die Kapitalisten an die Arbeiter verteilt, nicht zu unterzeichnen. Mit diesen Vollmachten sollen die Arbeiter die Kapitalisten ermächtigen, die Einkommensteuern direkt vom Lohn abzuziehen und an die Staatskasse abzuführen. Bisher mußten die azanischen Arbeiter ihre Steuern selbst bei den für sie zuständigen Meldebehörden einzahlen. Die CUSA und die FOSATU kündigten darüber hinaus an, daß sie bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes für Lohnerhöhungen kämpfen werden, die wenigstens die Steuerverluste der Arbeiter ausgleichen.

Quellenhinweis: Facts and Reports, Press Cuttings on Southern Africa, Nr. E und F/84; Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Republik Südafrika, Wirtschaftliche Entwicklung in Zahlen, Ausgabe 1983; Flashes of the Trade Union, Nachrichten des Weltgewerkschaftsbundes, Nr. 14/84 – (uld)

Brasilien

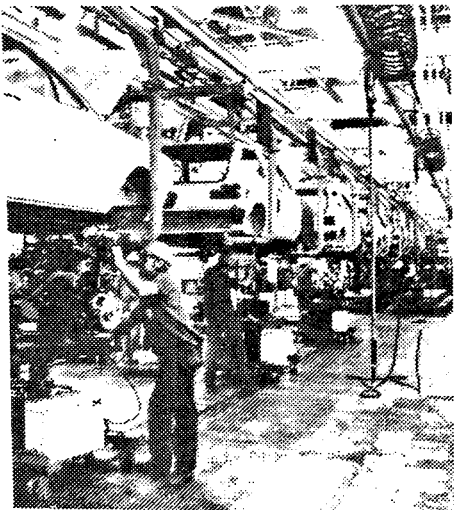
Rationalisierung und Lohndrückerei bei VW

Anfang April streikten 8000 Automobilarbeiter von General Motors; die Arbeiter von Mercedes-Benz, VW und Ford führten Bummelstreiks durch. Die Automobilarbeiter kämpfen gegen die Rationalisierungspläne der imperialistischen Automobilkonzerne: VW hat bereits 700 Arbeiter entlassen, bis Ende des Jahres sollen fast 6000 folgen. VW do Brasil plant bis 1986/87 die Reduzierung der Belegschaft um 30% auf etwa 25 000. Bei GM, Ford und MB sind Entlassungen von insgesamt 10 000 Arbeitern angekündigt.

Bereits von 1980 auf 1983 entließen die Konzerne rund 25% der heute 105 000 Beschäftigten. Neben Massenentlassungen wenden die Automobilkapitalisten seit Mitte der 70er Jahre insbesondere das Rotationsprinzip an, um das vorhandene Arbeitskräftepotential je nach Auftrags- und Absatzlage jederzeit und vor allem billig einzusetzen bzw. abzustoßen. In den zwei Jahren 1977 und 1978 stellten Chrysler, Ford, GM, MB, Saab-Scania und VW 40 798 Arbeiter ein und entließen

wiederum fast 40000. VW do Brasil, Marktführer mit 45%, bringt es dabei zu Meisterleistungen: Zwischen 1978 und 1982 wurden 34000 Arbeiter entlassen und 32000 eingestellt, d.h. Umwälzung der gesamten Belegschaft. Das Rotationsprinzip wird ermöglicht durch die brasilianische Arbeits- und Sozialgesetzgebung, wonach die Kapitalisten Arbeiter bis zum 9. Beschäftigungsjahr von einem Tag auf den anderen entlassen können, wenn sie 20% des letzten Monatslohnes in einen staatlichen Sozialfonds einzahlen. Bei VW sind in den letzten fünf Jahren rund 50% der Beschäftigten weniger als sechs Jahre beschäftigt gewesen.

Seit Mitte 1983 entläßt VW die Be-



Harte Arbeit zu Niedriglöhnen: VW do Brasil

schäftigten mit über 15 Jahren Betriebszugehörigkeit. Diese erhalten entweder eine kleine Rente in Höhe von etwa 200 DM oder falls die Kapitalisten ihre Zahlungen in den Sozialfonds nicht getätigt haben, was häufiger vorkommt, eine „Abfindung“ in Höhe von drei bis fünf Monatslöhnen nach Beschäftigungsdauer.

Neben Verjüngung und Spaltung der Belegschaft konnte VW do Brasil den Durchschnittslohn (bezogen auf 84% der Belegschaft, der 1979 das Dreifache des Einstellungslohnes betrug, auf das Zweieinhalbfache drücken. VW zahlt den rotierenden „Anfängern“ etwa 400 DM. Bei der Rotation der Lohnabhängigen arbeiten die BRD-Automobilkonzerne Hand in Hand: Von VW entlassene Arbeiter werden z.T. einige hundert Meter weiter von Mercedes-Benz eingestellt, natürlich zum Anfangsgehalt.

Mit der Rotationsmethode haben die Automobilkapitalisten eine Elendschicht von Arbeitern herausgebildet. Fast 20%, darunter 12% VW-Arbeiter, müssen in Elendshütten vor der Automobilregion wohnen.

Quellenhinweis: VW-Geschäftsberichte; Information über multinationale Konzerne 1/84; FR v. 7.4.84; Th. Röhrich, Deutsche Direktinvestitionen in Brasilien, Köln 1982 – (sie)

ECOWAS Regionaler Gewerk- schaftsverband gegründet

Am 24. März beendeten die Delegierten von 21 Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünden aus den 16 Mitgliedstaaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS den Gründungskongreß der Organisation westafrikanischer Arbeiter (OTAO, Organization of workers of West Africa). Diese Gewerkschaften haben insgesamt etwa 15 Mio. Mitglieder aus Industrie, Handel, Banken und dem öffentlichen Dienst organisiert. Sie beschlossen eine Satzung, in der sich die Mitglieds Gewerkschaften verpflichten, insbesondere für die Stärkung der Wirtschaftsgemeinschaft und die Unabhängigkeit von den imperialistischen Staaten einzutreten.

Die OTAO will „zur vollständigen Befreiung des afrikanischen Kontinents beitragen; die ökonomische Integration, die von der ECOWAS angestrebt wird, unterstützen; für die Realisierung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ziele der ECOWAS eintreten; den Anliegen der Arbeiter dienen und nach der Verwirklichung ihrer sozialen Interessen streben ...“

Auf der Gründungskonferenz hob der Ehrenpräsident der Konferenz, der kurze Zeit später verstorbene Präsident Guineas, Sekou Touré, hervor, daß ein großes Problem der westafrikanischen Arbeiter die Lage der Landarbeiter sei, deren Löhne unerträglich niedrig und deren Arbeitsbedingungen viel schlechter seien als in Industrie und öffentlichem Dienst. In den meisten Staaten haben die Gewerkschaften gesetzliche Beschränkungen der täglichen Arbeitszeit zwischen acht und zehn Stunden erkämpft, die Landarbeiter, die ihre Arbeitskraft auf den Plantagen verkaufen, werden nur in der Saison bezahlt und müssen bis zu 16 Stunden täglich arbeiten.

Die westafrikanischen Gewerkschaften waren eine führende Kraft im Kampf gegen die britischen, französischen, portugiesischen und spanischen Kolonialherren. Die Trennung durch die Kolonialisierung hat jedoch eine Zusammenarbeit zwischen ihnen lange Zeit verhindert. Die Gründung des Dachverbandes ist ein Fortschritt in der Entwicklung der afrikanischen Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsvertreter hoben auf dem Kongreß hervor, daß dieser Fortschritt auch darin seinen Ausdruck finden müsse, daß die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Staaten den Bemühungen der Imperialisten entgegenzutreten muß, die neokoloniale Abhängigkeit zu verstär-

ken und an den alten kolonialen Beziehungen wieder anzuknüpfen.

In 15 der 16 ECOWAS-Staaten haben nach dem Tod Sekou Tourés Regierungsumbildungen und Militärputsche mit Einmischung imperialistischer Staaten stattgefunden. Die neue Regierung Guineas z.B. hat erklärt, sie wolle nunmehr das „freie Unternehmertum“ fördern und verstärkt ausländisches Kapital ins Land holen. Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften dieser Staaten kann den Kampf der Arbeiter gegen solche von den Imperialisten geförderten Unternehmen erleichtern.

Quellenhinweis: Xinhua, 26.3.84; Mielke (Hrsg.), Internationales Gewerkschaftshandbuch, Opladen 1983; Flashes of the Trade Union, Weltgewerkschaftsbund, Nr. 13/84 – (uld)

US-Regierung Krankenversicherung für 490000 Familien beseitigt

Die US-Bundesregierung hat in ihrer Haushaltsplanung für das Finanzjahr 1985 weitere Kürzungen im Sozialbereich von 10,6 Mrd. Dollar vorgesehen. Untersuchungen über die Auswirkung dieser Kürzungen bei der medizinischen Versorgung belegen, daß die Kürzungen der Regierung als Beseitigungsprogramm für bisherige Wohlfahrtsempfänger und Rentner wirken.

Die Reagan-Regierung strich im Zeitraum 1981–83 490000 Familien mit abhängigen Kindern die bisher gezahlte Unterstützung. Damit entfiel außer dem Geld für Lebensmittel für diese Familien, in denen etwa eine Mio. Kinder leben, zugleich die Medicaid, die Krankenversicherung. In den Städten Dallas und Memphis z.B. hatten nach dem Wegfall der Unterstützungsgelder 60% der Erwachsenen und die Hälfte der Kinder keinen Versiche-



Die US-Stahlgewerkschaft richtete Lebensmittel-Ausgaben für Arbeitslose ein.

rungsschutz mehr. Zwischen 14% und 24% derjenigen, denen die Unterstützung gestrichen worden war, erklärten, daß sie sich bei Krankheiten keine medizinische Versorgung leisten konnten. Weitere 13% waren von Krankenhäusern oder Ärzten abgewiesen worden.

Die gleichzeitigen Kürzungen bei Geldern für Kinderimpfungen und Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere haben die Sterblichkeitsrate der Kleinkinder von 1981–82 in elf US-Staaten steigen lassen.

Mit den Untersuchungsergebnissen konfrontiert, bestritt der Abteilungsleiter für Planung und Entwicklung im US-Gesundheitsministerium, daß die medizinische Versorgung überhaupt für die Gesundheit von Wohlfahrts-empfangern notwendig sei. Ihm lägen Untersuchungen vor, nach denen die Streichung der Versorgung sich nicht als Gefährdung der Gesundheit erwiesen hätte.

25,5 Mio. Rentner sind in der staatlichen Krankenversicherung. Die US-Regierung hat im letzten Jahr die Beteiligungskosten für Krankenhausaufenthalte der Rentner drastisch erhöht. Der Aufenthalt bis zu 60 Tagen kostet 956 Dollar, vom 61. bis 90. Tag täglich 89 Dollar, danach für die folgenden 60 Tage 178 Dollar. Nach der US-Statistik entfallen fast 30% der Ausgaben der Versicherung auf Krankenkosten der Versicherten in ihrem letzten Lebensjahr. Ein US-Gouverneur zog die Schlußfolgerung der Reaktion. Er bezeichnete es vor kurzem als „Pflicht“ von unheilbaren älteren Menschen, möglichst rasch zu sterben.

Quellenhinweis: Wall Street Journal 2.4.84; AFL-CIO News, 14.1.84; Bundesarbeitsblatt 1/84 – (gba)

Dänemark Hafenarbeiter gegen gefährlichen Staub

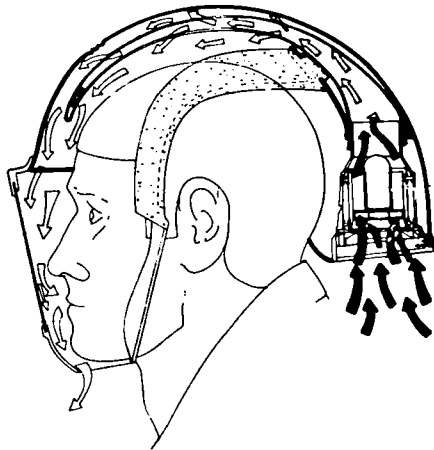
Beim Umschlag von staubenden Masengütern wie Getreide, Mais, Tapioca-Mehl, Expeller usw. atmen die Hafenarbeiter neben dem normalen Dreck auch noch feinste organische Teile ein und die Reste der Insektenvernichtungsmittel, mit denen auf den Plantagen die Pflanzen besprüht wurden und die nicht vollständig abgebaut werden.

Nun haben die Hafenarbeiter in den dänischen Häfen seit längerem Spezialhelme durchgesetzt, die nach Angaben des Herstellers 98% des gefährlichen Staubes wegfangen. Vor einem Vierteljahr ungefähr gab es aber im Hafen Esbjerg ein Treffen von Hafenarbeitern zum Thema des gefährlichen Staubes. In der Zeit davor hatten sie dort mehrere „unerklärliche Krankheiten“ und sogar einen Todesfall erlebt. Betroffen waren jeweils junge und mittel-

alte Hafenarbeiter, die ständig im Masengutumschlag gearbeitet haben.

Nun fragten sich die auf dem Treffen versammelten Hafenarbeiter: „Wenn die Spezialhelme 98% des Staubes wegfangen, was ist mit den restlichen 2%?“

Es gab dann ein weiteres Treffen in Esbjerg, wo sich auch Hafenarbeiter aus Aarhus und Ärzte beteiligten. Auf dem Treffen wurde erreicht, daß sich die Klinik für Arbeitsmedizin in die Untersuchung einschaltet. Insbesondere sollen die umgeschlagenen Futtermittel auf Reste von Insektengiften und auf weitere Gifte untersucht werden. Dazu werden an den Spezialhelmen kleine Meßgeräte angebracht, die die Staubkonzentration innerhalb und



Durch batteriebetriebenen Motor wird die normale Staubluft angesaugt und auf dem langen Weg zur Nase und zum Mund gefiltert.

außerhalb des Helmes messen. Zusätzlich müssen die Hafenarbeiter im Masengutumschlag alle zwei Stunden in ein Gerät pusten, welches die Lungenkapazität mißt.

Obwohl noch keine Ergebnisse der Untersuchung vorliegen, zeichnet sich ab, daß zwar durch die staubschützenden Helme die Masse des Staubes wegfangen wird, daß aber die 2%, die von den Hafenarbeitern doch noch eingeatmet werden, die gefährlichsten Teile des Staubes sind. In diesen 2% sind die kleinsten Teile enthalten, die sich letztlich in den Lungenbläschen absetzen und nicht wieder rausgehustet werden können.

Von der gleichen Firma werden jetzt Helme angeboten, die vollständig geschlossen sind und den Arbeiter mit einem sauberen Luftgemisch versorgen. Diese Helme sind in der Erprobung im Hafen in Aarhus. Die Hafenarbeiter besprechen jedoch gleichzeitig, daß es nötig sein wird, eine Pausenregelung zu erkämpfen, so daß man innerhalb einer Stunde statt bisher 30 Minuten nur noch 20 Minuten im staubenden Umschlag tätig sein muß.

Quellenhinweis: Havnearbejdere 44 (Aarhus), sowie tel. Auskünfte von deren Redaktion – (obj)

Papstattentat

Antonow erneut ohne Schuld inhaftiert

Die italienische Justiz scheint entschlossen zu sein, den früheren Leiter der römischen Niederlassung der bulgarischen Fluggesellschaft, Antonow, zu verurteilen, obwohl sich seit Beginn seiner Inhaftierung im Oktober 1982 kein Anhaltspunkt hat finden lassen, daß er an dem Attentat auf den Papst im Mai 1982 beteiligt war. Die Justiz stützt sich ausschließlich auf die Anschuldigung des bereits verurteilten faschistischen Türken Agca und dessen vom Geheimdienst empfangene Instruktionen. Eine weitere Anschuldigung Agcas, Antonow habe auch ein Attentat auf den früheren Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft „Solidarität“, Walesa, bei dessen Besuch in Rom geplant, hat sich als völlig haltlos erwiesen. Gegen Agca wurde sogar ein Verfahren wegen Verleumdung eingeleitet.

Nach dreizehnmönatiger Haft wurde Antonow wegen schwerer Krankheit aus dem Gefängnis in Hausarrest überführt. Obwohl die bulgarische Botschaft die Garantie übernahm, daß er das Land nicht verlassen werde, wurde er Mitte März wegen angeblicher Fluchtgefahr erneut ins Gefängnis geworfen. Der Antrag der Verteidigung dagegen wurde vom Kassationsgericht abgelehnt.

Offiziell ist die Anklage noch nicht einmal erhoben. Innerhalb des letzten Monats wurde der Termin zweimal verschoben, u.a. weil die BRD einen anderen Türken noch immer nicht ausgeliefert hat. Die bulgarischen Behörden haben erneut gegen die unhaltbare Verfahrensweise protestiert: „Es ist klar, daß es in Italien und in der Welt Kräfte gibt, die kein Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern haben und einen unschuldigen Menschen dazu instrumentalisieren, der mit der gegen ihn erhobenen Anklage nichts zu tun hat.“ Anscheinend gehört der Vatikan zu diesen Kräften. Für Antonow rührt er keinen Finger, während der Papst Agca im Gefängnis besuchte und während die katholische Kirche in Kärnten sogar die Geldstrafe für den Offizier aufbringen will, der beim Besuch des Papstes ein Glas gegen sein Auto warf und dafür von den Gläubigen mißhandelt wurde. Einen vom KGB gesteuerten Attentäter könnte die katholische Kirche eben gut zur Aufhetzung der Christen in Bulgarien brauchen und in jedem Land, das sich zum sozialistischen Lager zählt, hervorziehen.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart 52/1984; Unità, div. Ausg. März u. April 1984; Osservatore Romano, Ausg. in deutscher Sprache, vom 24.2.1984 – (anl)

Frankreich

Gewerkschaften kämpfen gegen Stahlplan — Reaktion will KPF isolieren

Am 13. April demonstrierten rund 35000 Stahlarbeiter in Paris gegen den vom französischen Ministerrat am 29. März beschlossenen Stahlplan. Ein wichtiger Erfolg dieser bisher größten Aktion gegen den Stahlplan war zweifellos, daß alle Gewerkschaften bis hin zu den christlichen dazu aufriefen und sich beteiligten. Auch die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF), die mit vier Ministern in der Regierung vertreten ist, unterstützt die Aktionen der Gewerkschaften. An dem Generalstreik, den die Gewerkschaften am 4. April in der Lorraine organisiert hatten, beteiligten sich oft auch Kleinhändler und Ärzte, Bauern unterstützten die Aktion ebenfalls. Mehrere Zehntausend Arbeiter und Lohnabhängige demonstrierten in den verschiedenen Stahlstandorten.

Die Regierung Mitterand hält jedoch an ihrem Beschluß fest und ist entschlossen, den Stahlarbeitern eine Niederlage beizubringen. Ihr Stahlplan sieht vor:

Die staatlichen Stahlbetriebe Usinor und Sacilor, die im vergangenen Jahr Verluste von annähernd zehn Mrd. Francs (etwas mehr als 3 Mrd. DM) machten, sollen „rasch Maßnahmen zur Anpassung ergreifen“, damit sie „1987 wieder positive Ergebnisse erzielen“. Die vorhandenen Kapazitäten der Stahlbetriebe würden für eine jährliche Produktion von 26 Mio. Tonnen Stahl ausreichen, tatsächlich belief sich die Produktion 1983 aber nur auf knapp 18 Mio. t. Die Regierung beabsichtigt mit der „Anpassung“, unrentable Anlagen stillzulegen, wobei trotz schrumpfender Inlandsmärkte die Exporte der französischen Stahlkonzerne vor allem in Staaten außerhalb der EG zumindest gehalten werden sollen.

Die Regierung gibt an, daß infolge dieser „Anpassung“ die Stahlkapitalisten bis 1987 rund 20000 weniger Arbeiter und Angestellte beschäftigen werden. Die kommunistische Gewerkschaft CGT schätzt sogar 30000 weniger Beschäftigte, also rund ein Drittel der knapp 90000 Lohnabhängigen in der französischen Stahlindustrie.

Die Regierung verfolgt mit ihrem Stahlplan eine Erhöhung der Schlagkraft der französischen Stahlindustrie gegenüber den westeuropäischen Konkurrenten durch eine Modernisierung der verbleibenden Kapazitäten. Knapp 40% des französischen Stahlverbrauchs stammen aus Importen, 2,9 Mio. Tonnen exportieren die belgischen Stahlkapitalisten nach Frank-

reich, 1,6 Mio. t. die westdeutschen und 1,1 Mio. t. die italienischen. Die französische Regierung will Werke, bei denen keine Aussicht besteht, daß sie nach Rationalisierungen billiger als diese Konkurrenten liefern können, schließen, darunter auch das erst Anfang der siebziger Jahre in Betrieb genommene Werk Fos-sur-Mer in der Nähe von Marseille. Die übrigen Werke, insbesondere Elektrostahl produzierende, sollen modernisiert und damit konkurrenzfähig gemacht werden. Entsprechend dieser Absicht will die Regierung vor allem die Kapazitäten der Stahlwerke in der Lorraine, die von der Küste entfernt französisches Erz verarbeiten, verringern, dagegen in das Usinorwerk in Dunkerque an der At-

Mit diesem Stahlplan setzt die Regierung Mitterand also die Stahlpläne der früheren konservativen Regierungen fort, die in den 70er Jahren mit den Massenentlassungen zugleich eine bedeutende Steigerung der Arbeitsintensität gegen die Stahlarbeiter durchsetzen konnten. Zugleich drohen den entlassenen Arbeitern, sofern sie überhaupt einen neuen Ausbeuter finden, drastische Lohnsenkungen, denn das ist die einzig sichere Erwartung, die ein Arbeiter nach einer Umschulung haben kann. Bereits jetzt sind in der Lorraine rund 92000 arbeitslos, 12,7% der insgesamt 723000 Lohnabhängigen, und die Regierung hat erst im Herbst das Arbeitslosengeld gekürzt und die Bezugsdauer auf zweieinhalb Jahre höchstens gesenkt.

Zugleich will die Regierung in den Stahlregionen, insbesondere in der Lorraine, durch Steueranreize, billige Kredite bis hin zur vollständigen Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge die Neuansiedlung von Betrieben, vorrangig aus der Elektronikbranche, för-



Gemeinsame Demonstration aller Gewerkschaften gegen den Stahlplan der Regierung am 13. April in Paris mit 35000 Teilnehmern.

lantikküste, in dem mit billigeren Importerzen produziert wird, 1,2 Mrd. Franc investieren. Insgesamt will die Regierung für diesen Rationalisierungsschub in den Stahlwerken rund 30 Mrd. Francs aus Haushaltsmitteln zur Verfügung stellen.

In einer Pressekonferenz am 4. April gab Präsident Mitterand nähere Einzelheiten bekannt, welche Folgen dieser Stahlplan für die Arbeiter haben wird. Er versprach, kein Beschäftigter solle entlassen werden: „Den Arbeitern werden zwei Möglichkeiten angeboten: vorzeitige Rente ... und Umschulungsurlaub.“ Die Regierung rechnet damit, daß rund 10000 Beschäftigte in den vorzeitigen Ruhestand gehen, die übrigen auf den Entlassungslisten sollen sich umschulen lassen.

Nach dem maximal zwei Jahre dauernden „Umschulungsurlaub“, während dem die Arbeiter bei ihrem vorigen Betrieb mit 70% ihres Lohns beschäftigt bleiben, sollen die ehemaligen Stahlarbeiter sich dann in diesen neuen Industrien einen Ausbeuter suchen.

Das sind die Gründe, warum die Stahlarbeiter in der Lorraine über diesen Stahlplan der Regierung empört sind und ihn so erbittert bekämpfen.

Die Kapitalisten begrüßen den Stahlplan Mitterands. Einiges deutet darauf hin, daß die Reaktion dabei eine Gelegenheit sucht, die KPF entweder soweit zu provozieren, daß sie aus der Regierung austritt oder von den Sozialisten hinausgeworfen wird oder daß die KPF den Maßnahmen der Regierung Mitterand soweit nachgibt, daß

Erklärungen der KPF zum Stahlplan

*Erklärung von Georges Marchais,
Generalsekretär der KPF, zum Stahl-
plan der Regierung am 31.3. 1984*

„Alles, was seit 48 Stunden in den betroffenen Regionen geschieht, zeigt, daß die Entscheidung der Regierung Unzufriedenheit, Zorn und Erbitterung hervorruft ...

Um die Entscheidungen zu rechtfertigen, beruft man sich auf die Notwendigkeit der Modernisierung ... Modernisieren, ja, das ist nötig! Aber, um damit Erfolg zu haben – das gilt für Stahlindustrie wie für alle anderen bedrohten Industriebranchen –, gibt es nur einen Weg: Es muß Beschäftigung geschaffen werden, es muß eine Wachstumspolitik in die Wege geleitet werden ...

Wir wollen ein Wachstum der Produktion begründet auf der Befriedigung der Bedürfnisse des inneren Marktes ... Darüber hinaus gibt es viele Bedürfnisse in der Welt: die noch ungenutzten Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit sind beachtlich. Und ebenso: Es ist falsch zu behaupten, daß die finanziellen Mittel für eine Politik des Wachstums nicht vorhanden wären! Es gibt viel Geld in Frankreich: Man kann den verstaatlichten Sektor der Industrie und der Banken nutzen, um gegen die gewaltige finanzielle Verschwendung zu kämpfen; man kann wirksame Maßnahmen gegen den Kapitalexport ergreifen, gegen die Spekulation ...“

Marchais am 2.4. im Fernsehen

„Die Industriepolitik der Regierung – ob es sich um den Stahlsektor, den Schiffbau, den Kohlebergbau, die Automobilindustrie oder die Chemie handelt – ist überhaupt nicht geeignet, uns zu helfen, Frankreich aus der tiefen Krise, die es gegenwärtig durchmacht, herauszusteuern. Wir brauchen folglich eine andere Politik und diese andere Politik muß nicht erfunden werden. Sie ist schwarz auf weiß in dem Abkommen beschrieben, das wir im Juni 1981 mit der Sozialistischen Partei abgeschlossen und am 1. Dezember (1983) erneuert haben, ein Abkommen, das auf den Verpflichtungen des Staatspräsidenten basierte ...

Weder der Geist noch der Wortlaut dieses Abkommens werden durch die Industriepolitik der Regierung respektiert. Wir hatten schon 1983 unsere Vorbehalte gegenüber dem ‚Plan der Härte‘ formuliert ... Das Problem muß vollständig entgegengesetzt angegangen werden und zwar mit einer Beschäftigungspolitik, die sich auf Wachstum gründet. Wenn der Präsident der Republik die neue Lage, in der wir uns seit der vergangenen Woche befinden, absolut nicht berücksichtigen will, dann – frank und frei heraus – muß er zu den Franzosen anders sprechen, als er es 1981 getan hat. Dann muß er sagen: Französinnen und Franzosen, wir haben uns getäuscht. Wir haben uns in der Analyse der Krise getäuscht, wir haben uns in den Lösungsvorschlägen getäuscht. Wir können im Kern nichts anderes tun, als schon seit Jahren und Jahrzehnten getan worden ist. Das müßte er sagen ...

Die Mehrheit der Kommunisten ist dafür, daß die PCF in der Regierung bleibt. Aber es gibt Mitglieder der Partei, die das Gegenteil denken. Ich habe ihnen gesagt – und die gesamte Leitung denkt so – ich verstehe euch, aber ihr habt nicht recht. Das Leichteste für uns wäre zu gehen, aber zu gehen, hieße zu tun, was die Rechte will. Was die Rechte vor allem anderen will, ist, daß die Kommunisten die Regierung verlassen, um morgen die Linken leichter vernichten zu können. Wir werden folglich der Rechten dieses Geschenk nicht machen. Und wir sagen diesen Genossen außerdem: Ihr dürft nicht erwarten, daß sich dies alles von oben her löst. Ihr müßt eingreifen, ihr müßt handeln. Handeln wofür? Gegen die Regierung? Nein, mit uns, mit der Regierung handeln, um die Hindernisse zu bewältigen und die Ziele zu erreichen, die wir uns 1981 gesteckt haben und die ihr gebilligt habt ...

Wir haben noch die Zeit, das Programm, die Verpflichtungen, die wir vor den Französinnen und Franzosen eingegangen sind, zu verwirklichen. Es wäre zunächst für sie, aber dann auch für unsere Partei dramatisch, die sich in diesem Kampf engagiert hat, die all ihre Kräfte einsetzt, wenn wir scheitern würden. Wir wissen, was uns erwartet, wenn wir scheitern. Die Französinnen und Franzosen werden Bilanz ziehen. Wenn die Linke ihre Verpflichtungen eingehalten haben wird, werden sie sie bestätigen ...“

Quellenhinweis: L'Humanité, eigene Übersetzung

sie in der Arbeiterbewegung weitgehend isoliert werden kann. So etwa hetzt der konservative „Figaro“ anläßlich der Teilnahme des KPF-Generalsekretärs Marchais an der Demonstration der Stahlarbeiter in Paris:

„Trotz alledem, die Union der Linken ist so gut wie tot. George Marchais hat gestern die Sterbeurkunde unterzeichnet. Es bleibt nur noch die Fiktion.“

In den Erklärungen der Gewerkschaften und der KPF findet man nur wenig Forderungen nach Verteidigung der Löhne, der Sozialversicherungsleistungen und der Arbeitsbedingungen. Man hat den Eindruck, die KPF bemüht sich stattdessen, weiterhin nach Gemeinsamkeiten mit den sozialistischen Regierungsmitgliedern zu suchen, und daß die KPF solche Gemeinsamkeiten statt in der Vertretung der sozialen Interessen der Lohnabhängigen im gemeinsamen Einsatz für „nationale Interessen“ Frankreichs sieht. Stellvertretend sei der Generalsekretär der kommunistischen Gewerkschaft

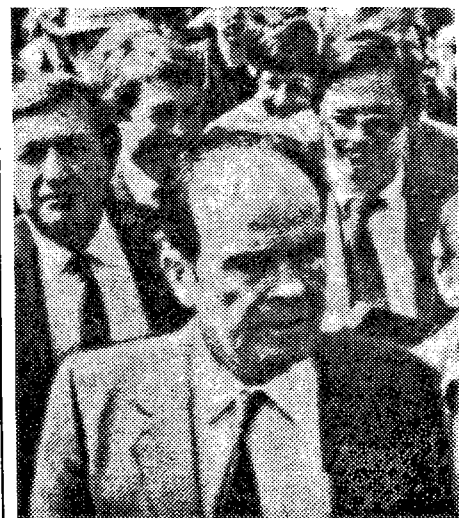
CGT, Henri Krasucki, zitiert:

„Es ist nicht wahr, daß die französische Stahlindustrie dem Untergang geweiht sei und daß das Problem sei, sie durch etwas anderes zu ersetzen. Sicher, man lernt Stahl sparsamer zu gebrauchen, ihn durch andere Materialien zu ersetzen, aber es ist falsch zu sagen, daß das dazu führen muß, unsere Metallerzeugungskapazitäten zu verringern. Weder die für den industriellen Verbrauch, noch die für den privaten. Weder die für Frankreich, noch die für unseren Platz auf dem Weltmarkt.“

Das Mitglied des Politbüro der KPF Philippe Herzog hat in der L'Humanité einen „Gegenplan“ zum Stahlplan der Regierung veröffentlicht, in dem er als Ziel angibt, zehn Prozent des heimischen Marktes binnen drei Jahren zurückzuerobieren. Statt einen großen Teil der Stahlwerke in der Lorraine zu schließen, sollten sie modernisiert und die Stahlarbeiter während der Arbeitszeit in neuen Techniken und der Qualitätssicherung ausgebildet werden, das

würde nicht viel kosten und die Produktivität steigern.

Quellenhinweis: L'Humanité, 30.3.-13.4., Le Monde, versch. Ausgaben – (alk)



Der Generalsekretär der KPF, George Marchais, und kommunistische Abgeordnete nahmen an der Demonstration der Stahlarbeiter am 13.4. in Paris teil.

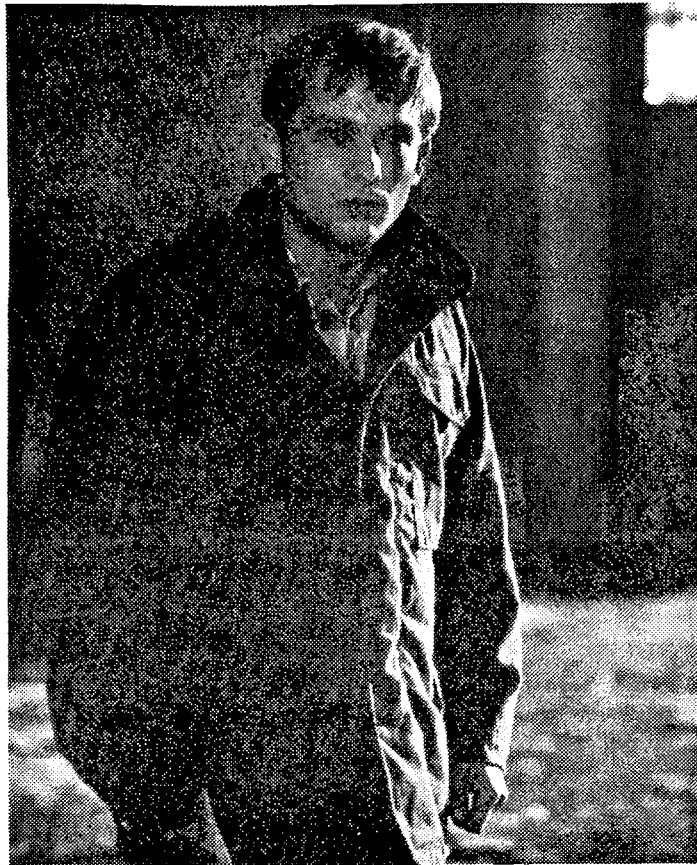
Die Gefahr der Faschisierung ist kein unfaßbares Verhängnis**"Morgen in Alabama"**

Der Spielfilm handelt über den Mordterror faschistischer Organisationen. Die Darstellung ist angelehnt an den Münchner Anschlag auf Besucher des Oktoberfestes 1980. Bisher sind die Bundesregierung und die Bundesanwaltschaft bei ihrer falschen Behauptung geblieben, daß nur ein Einzeltäter den Bombenanschlag in München begangen habe. Damit bleibt die organisierte Tätigkeit der faschistischen Gruppen, deren Werk die Bombenexplosion war, außerhalb einer strafrechtlichen Verfolgung, obwohl verschiedene Zeugen in ihren damaligen Aussagen unwiderlegte Hinweise auf diese organisierte Tätigkeit der Faschisten gemacht haben. Mit ihrer Behauptung decken die Regierung und die Bundesanwaltschaft den organisierten Terror der Faschisten.

Die Darlegung des Films, daß die faschistischen Bombenanschläge von Bologna, München – und "morgen in Alabama" – nie und nimmer die Tat von geistig wirren Einzeltätern sind, ist überzeugend. Der Pflichtverteidiger eines Jugendlichen, der auf einer öffentlichen Kundgebung einer Regierungspartei Schüsse in die Luft abgegeben hatte und festgenommen worden war, deckt gegen den Willen seines Mandanten den Zusammenhang mit der Tätigkeit faschistischer Wehrsportgruppen auf. Trotz eindeutiger Belege, daß die Faschisten einen Anschlag vorbereiten, lehnt das Gericht es ab, die Tätigkeit der Wehrsportgruppen in diesem Fall zu untersuchen. Der Film endet damit, daß der Jugendliche nach seiner Freilassung von einer faschistischen Organisation eingesetzt wird, eine Handgranate in der Menschenmenge zündet und bei diesem Terroranschlag auch selber umkommt. Er hinterläßt einen Brief, in dem er entgegen den tatsächlichen Vorgängen erklärt, er habe als Einzelgänger gehandelt.

Die Frage, die der Film in den Mittelpunkt stellt und um die sich ein Großteil der Überlegungen und der Handlung dreht, ist: Warum hat sich der Jugendliche der faschistischen Terrorbande angeschlossen?

Der Rechtsanwalt entwickelt



Der jugendliche Neonazi (Bild) ist nach seiner Haftentlassung untergetaucht und hält sich in Abbruchhäusern auf. Dort trifft ihn seine Schwester, um ihn – vergeblich – aufzufordern, sich von der Bindung an die Faschistengruppe zu lösen.

die These: Die nicht erfüllte Sehnsucht des Jungen nach Geborgenheit sei umgeschlagen in Aggression. Bei einer faschistischen Wehrsportgruppe habe er die Geborgenheit in der Gemeinschaft gefunden, seine Aggression sei ausgerichtet worden. Die faschistischen Hintermänner setzten dieses Gemeinschaftsgefühl ein, um den Jugendlichen für ihre Terrorpläne zu gewinnen. Der Rechtsanwalt wirft dem Jugendlichen vor, daß er "Angst habe vor der Freiheit, in der wir leben", deswegen "wollt ihr sie zerstören". Er hält ihm vor, Freiheit sei nur Freiheit des Einzelnen, der seine eigenen Möglichkeiten entwickeln müsse. Das Streben nach Sinn-erfüllung in der Gemeinschaft verhindere die Verwirklichung des Einzelnen und bewirke Angst vor der Freiheit.

Der Film behandelt also die Gefahr der Faschisierung nur als Problem von nichtgestillten Sehnsüchten Einzelner und ihrer Verführung durch faschistische Hintermänner und begründet, bestimmend sei in der Gesellschaft der Gegensatz von Freiheit des Einzelnen und

Gemeinschaft der Gruppe. Diese Gemeinschaft unterdrücke gerade den Einzelnen und führe zum Terrorismus. Auf diesem Wege blendet der Film aber die Erkenntnis aus, daß die Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft klassenmäßig bestimmbar und daß die politischen Ziele der Faschisten erkennbar und nachweisbar sind. Die Faschisten propagieren die Volksgemeinschaft als Beendigung von gesellschaftlichen Gegensätzen und Beendigung von Unterdrückung im "Volk". Diese Volksgemeinschaft besteht aber in der terroristischen Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Imperialisten. Statt die politischen Ziele der Faschisten rational zu bestimmen, verweist der Film auf den Gegensatz Einzelner und Gemeinschaft. Der Zuschauer kann und soll die faschistische Gefahr nur als rational nicht faßbares, drohendes Verhängnis auffassen. Die Autoren des Films bestärken das, indem sie unheimlich klingende, dumpfe Baßtöne unterlegen, wenn die Faschisten zum Ort des Attentats gehen. – (gba)

Ökologisch begründeteDiktatur über Arbeiter

Margaret Käsbaumer, vom Heyne-Verlag "zu den hoffnungsvollen Talenten der deutschen SF-Szene" gerechnet, probiert in ihrem Science-Fiction-Roman "Der Ruf der Götter" die Rechtfertigung einer Diktatur der Mittelklassen – sie nimmt Wissenschaftler und Techniker als Beispiel – über die produzierende Klasse, im Roman Viehzüchter, Jäger und Bauern. Gerade eine Handvoll wissenschaftlich gebildeter Leute hat eine atomare Katastrophe überlebt und bemüht sich um eine Rekonstruktion der früheren Natur in einer künstlichen Welt unter der Erdoberfläche. Sie beherrschen die Apparatur, mit der in dieser unterirdischen Welt eine künstliche Sonne leuchtet. Vor allem aber sind sie mit der Zucht beschäftigt. An der Erdoberfläche sind alle Lebewesen "entartet", schreckliche mordlustige Wesen sind infolge von Mutationen entstanden. Die Wissenschaftler haben nun das eine oder andere Gewächs oder Getier sowie einige hundert menschliche Kreaturen rückgezüchtet. Diese in Dörfern lebenden Viehzüchter und Jäger bedürfen allerdings der starken leitenden Hand: ein Großteil ist strahlenkrank. Das wissenschaftliche Personal betreibt die Auslese dieser Kranken und sendet an sie den "Ruf der Götter", der sie aus den Dörfern treibt. Wer widerstrebt, den ereilt der Tod. Der ökologisch anmutende Anspruch "Rettet das Leben", endet in Herrenrassenideologie: "Leben erfordert immer Opfer!" (Margret Käsbaumer, Der Ruf der Götter, Heyne SF 4068, 5,80 DM – alk)

Danziger Bucht 1945Ende der Ostkolonisation

Der Autor, der über 325 Seiten die Flucht der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Westpreußen, Danzig und Hinterpommern vor "dem Russen" schildert, bringt es fertig, nicht eine einzige Zeile auf die Frage zu verwenden, warum in den letzten Kriegsmonaten Hunderttausende und Millionen aus dem "deutschen Osten" flohen, trotz des hohen Risikos, dabei zu verhungern, zu erfrieren, beim Marsch übers Haff zu ertrinken oder zwischen den Fronten umzukommen. Immerhin bleibt er soweit bei der Wahrheit, daß der an Aufklärung interessier-

te Leser sich wenigstens teilweise ein Bild machen kann. So findet man ausreichend Anhaltspunkte dafür, daß die zahllosen Opfer dieser nahezu beispiellosen Massenflucht nicht dem hartnäckig behaupteten Terror der Roten Armee geschuldet sind, sondern der faschistischen Politik, die die deutsche Bevölkerung im "deutschen Osten" bis zum letzten Tag in Sicherheit wiegte und dann Hals über Kopf zur Räumung trieb oder auch zwang. Die Männer wurden aus den Trecks geholt und in den "Volkssturm" gepreßt, dessen Einheiten gegen die Rote Armee geworfen und oft gänzlich vernichtet wurden. Die Flüchtlingstrecks selbst dienten der Wehrmacht als lebender Schutzwall gegen die Rote Armee, die, wollte sie der Wehrmacht keine Gelegenheit geben, ihre Kräfte zu sammeln, keine Rücksicht auf die mit den Truppen zurückflutenden Zivilisten nehmen konnte. Auf die Frage nach den Gründen der Massenflucht jedoch findet man kaum Anhaltspunkte, eigentlich nur, wenn der Autor die Angst der deutschen Bevölkerung vor den polnischen Partisanen erwähnt. Die "deutschen Ostgebiete" waren Kolonie, und auch der kleinste deutsche Bauer dort war Nutznießer der jahrhundertelangen kolonialen Unterdrückung und Teilhaber am Landraub an den slawischen Völkern. Mit der Niederlage des faschistischen deutschen Reiches schlug auch der deutschen Ostkolonisation die Stunde – diese Erkenntnis löste die massenhafte Rückwanderung aus, die unter den angedeuteten Umständen zu einer leid- und opfervollen Massenflucht wurde. (E. Kieser, Danziger Bucht 1945, Heyne, 7,80 DM – scc)

Heimat, aus rechten Maschen gestrickt

Utta Danellas neuester Bestseller "Eine Heimat hat der Mensch" läßt sich nur schnell durchlesen oder gar nicht. Weglegen möchte man das Buch an den zahlreichen stilistisch besonders mißlungenen Stellen, z. B. an dieser: "Meine Mutter lebte seit frühester Jugend in enger Gemeinschaft mit den Werken der Tonkunst, die sie mehr oder weniger auswendig konnte. Als ihr Großvater pensioniert wurde, zogen die drei (!) nach Berlin." Zuerst der Schwulst "Werke der Tonkunst", dann das Absacken

ins Banale, "mehr oder weniger auswendig". Schlimmer jedoch ist der ideologische Schwulst. Mehr oder weniger enge Gemeinschaft pflegt die musikbegeisterte Mutter des Helden Richard Gorwess u.a. mit Nazis, z.B. dem Verlobten ihrer Haushilfe, "SA-Mann, ein überzeugter Nationalsozialist, ein gutwilliger, harmloser junger Mann". Sie umschmeichelt ihn: "Was für prachtvolle Muskeln. Schade, daß Sie nicht singen. Sie wären ein herrlicher Siegfried." Warum solche Eltern wegen der Faschisten in die USA emigrieren, bedarf einer Erklärung. Der Vater wollte seine Familie vor Krieg und Tod retten. Der Sohn versteht: "Das hatte er mir ersparen wollen. Ebenso das Elend, das ein verlorener Krieg mit sich bringt." Musikprofessor Gorwess muß nun Danellas These ausbaden, daß Heimat nur in der Liebe zu finden sei. Liebe aber ist an einen Menschen gebunden. Ein Mensch wiederum ist nur jemand, der bei deutscher Musik etwas empfinden kann. Richard kann seine amerikanische Verlobte nicht heiraten, die von Schuberts Liederzyklus "Die Winterreise" nichts wissen will. "Wer das nicht hören und verstehen konnte – fremd bin ich eingezogen, fremd zieh ich wieder aus –, der war eben wirklich kein Mensch." Heiraten kann er endlich ein deutsches Mädchen. Zwar hat er sie gerade noch vor dem Zuspinnen des Eisernen Vorhangs aus der DDR in die "Freiheit" gerettet, aber sie hat einen Defekt. Sie will zurück zu ihrer psychopathischen Schwester, die in der DDR eine berühmte Schauspielerin ist. Seine Frau stirbt dort. Daß sie in Wirklichkeit lebt und die Schwester umgebracht hat, begründet die restliche Verzögerung von Richards Eheglück mit einer deutschsprechenden, musiknarrischen Tochter einer ungarischen Gräfin, deren Güter leider "futsch" sind, und eines Schiebers aus Tirol. Diese ist durch ihre Liegenschaften in ganz Österreich heimisch und "verwurzt". Alle Knoten, die Utta Danella aus trüben Spionagegeschichten, penetranter Verteufelung der DDR und aus schriftstellerischem Unverstand zusammengestrickt hat, läßt sie schließlich von dem in dunklen Geschäften in Ost und West erfahrenen Schwiegervater lösen. (Utta Danella, Eine Heimat hat der Mensch, Heyne-TB 6344, 6,80 DM – anl)

EINE FRAKTION GEGEN GEWERKSCHAFTLICHE POSITIONEN BILDET SICH

Verband deutscher Schriftsteller

Zu Stellvertretern des neuen Vorsitzenden des Verbandes deutscher Schriftsteller wählte die Delegiertenkonferenz am 1. April den Journalisten Gert von Paczensky und den Schriftsteller Erich Loest. Loest hat die DDR verlassen und lebt seit drei Jahren in Westberlin. Der Westberliner Verband schlug ihn vor mit der erklärten Absicht, er solle die anderen Schriftsteller aus der DDR wieder einsammeln, die aus dem Schriftstellerverband ausgetreten sind, teils, weil sie nicht bereit waren, sich auf die gewerkschaftlichen Aufgaben des Verbandes gegenüber den westdeutschen Kapitalisten und ihrem Staat einzulassen, teils, weil sie nicht verstanden, daß sie die Vorteile einer staatlichen Förderung ihrer künstlerischen Tätigkeit mit ihrem Weggang aus der DDR aufgegeben haben. Grass und seine Meute wollen diese Leute wiedergewinnen, um über den Verband Beziehungen zur Aufweichung der Grenze zwischen BRD und DDR anzuzetteln. Eine Provokation der DDR ist die Wahl von Loest insofern, als gerade im März sein Visum ablief. Denjenigen, die ihn lanciert haben, muß diese Tatsache bekannt gewesen sein sowie die weitere, daß die DDR-Behörden seine eventuelle Einreise als Funktionär des VS nicht einfach tolerieren könnten.

Heinrich Böll, der, wenngleich nicht Delegierter, seine Autorität als Mitgründer des VS, renommierter katholischer Autor und Vertreter der Friedensbewegung auf der Konferenz einsetzte, um die Wahl von Loest ausdrücklich zu unterstützen, äußerte in einem Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger, von dem Ablauf des Visums habe er nichts gewußt. Auf die Frage "Wäre das nicht ein neues Problem? Nach dem Sprachgebrauch der DDR gilt er ja nun als Straftäter ..." schob er die Verantwortung auf die DDR: "Nun ja, wenn die DDR einem Delegierten des Bundesvorstandes die Einreise verweigert, dann wissen wir ja, woran wir sind, nicht?" Er jedenfalls vertraue Loests "persönlicher Kraft": "Man muß abwarten, wie der sich durchsetzen wird."

Eine Probe dieser Kraft gab der Westberliner Verband einen Monat vor den Wahlen mit einer Veranstaltung, auf der er seine programmatische Richtung festlegte. Er lud ein zu einem literarischen Colloquium "Flüchtlingsgespräche", zu dem die aus der DDR stammende Klientel eingeladen war. Als politische Aufgabe formulierte dort Jürgen Fuchs, dem Schriftstellerkollegen vorwerfen, daß er mittlerweile auf CSU-Kongressen auftritt: "Wie halten wir die Rechnung offen?" Grass nutzte die Gespräche, um die Vollendung einer Intrige zu betreiben, die erneute Kritik nötig macht. Seit Oktober 1983 lief er in allen ihm offenstehenden Medien Sturm gegen ein Telegramm, das Engelmann in seiner Funktion als VS-Vorsitzender zusammen mit dem Generalsekretär des PEN-Zentrums in der BRD am 24. August 1983 an General Jaruzelski geschickt hatte. Sie äußerten sich darin bestürzt über die Auflösung des polnischen Schriftstellerverbandes und forderten "die umgehende Wiederzulassung eines Schriftstellerverbandes, der die Interessen der Autoren wahrnehmen kann". Hochgespielt wurde monatelang die Auseinandersetzung um die Verwendung des unbestimmten Artikels "eines" statt "des" Schriftstellerverbandes. Auf dem "Flüchtlingstreffen" bereitete Grass die erneute Befassung des Telegramms vor mit der weitgehenden Erklärung: "Die Frage der Solidarität mit den polnischen Kollegen ist die Frage unserer Gewerkschaftsarbeit überhaupt." Auf der Delegiertenkonferenz des VS wurde das Telegramm mit einer Stimme Mehrheit erneut beschlossen, nunmehr in der Fassung "des Schriftstellerverbandes". Der Artikel ist jedoch ganz nebensächlich, im wesentlichen hat das Telegramm, das gleich nach Auflösung des polnischen Schriftstellerverbandes hingehen mochte, zum jetzigen Zeitpunkt beschlossen, eine ganz andere Wirkung. Jetzt nämlich richtet es sich gegen den inzwischen von der polnischen Regierung neu zugelassenen Schriftstellerverband. Es stellt eine Aggression gegen diese Regierung dar und bedeutet die Erklärung, diesen Verband nicht anzuerkennen. Der Beschluß belastet den neuen VS-Vorstand mit der Verpflichtung, in dieser Richtung tätig zu werden.

Gegen den Versuch der organisierten Schriftsteller, einen minimalen Konsens gegen die Reaktion durch Festschreibung gewerkschaftlicher Aufgaben herzustellen, trat Böll in dem schon genannten Interview auf: "Diese Leute (gemeint waren Engel-

mann, Bleuel und diejenigen, die mit ihnen gestimmt hatten, d. Verf.) ... wissen natürlich genau, daß uns etwas verbindet. Vom äußersten KP-Flügel links bis zum äußersten liberalen Flügel rechts verbindet uns etwas scheinbar Negatives: der Antifaschismus ... Ich fürchte, sie werden dieses Bindende überstrapazieren. Das haben Sie ja auch bei der ganzen Diskussion mit diesen peinlichen Gewerkschaftsfunktionären gesehen." Die Menschen, die er als peinlich bezeichnete, sind der ehemalige Vorsitzende der IG Druck und Papier, Mahlein, und sein Nachfolger Ferlemann, die sich auf der VS-Delegiertenkonferenz für die nächsten Aufgaben des Schriftstellerverbandes, u.a. die Beteiligung an der zu schaffenden Mediengewerkschaft, eingesetzt hatten und vor Versuchen, sich mit den Mitteln des Verbandes in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, gewarnt hatten. Der Eindruck verstärkt sich, daß sich die Positionen von Grass und Anhang mit den individualistischen christlichen Positionen, die Böll vertritt, zusammenklumpen gegen die ebenfalls im Schriftstellerverband vertretenen Auffassungen, die sich mit Interessen der Arbeiterbewegung vereinbaren lassen.

Quellenhinweis: Die Feder 3/84; Kölner Stadtanzeiger vom 3.4. 1983 — (anl)

ENTWICKLUNG DES HAFTRECHTS FÜR POLITISCHE GEFANGENE

Dokumentation — Teil 1

Wir drucken nachfolgend Auszüge aus dem zu Beginn des Verfahrens gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar von den Verteidigern gestellten Antrag ab, mit dem die Aussetzung des Verfahrens und Aufhebung der auf physische und psychische Vernichtung der beiden RAF-Gefangenen hinauslaufenden Isolationshaft verlangt haben. Der von uns z.T. wiedergegebene Abschnitt belegt, daß und wie unter Berufung auf "innere Sicherheit" und "wehrhafte Demokratie" Vernichtungshaft gegen politische Gefangene in der BRD betrieben wird und daß dies im geraden Gegensatz zur Tradition der bürgerlichen Revolutionen und in Anknüpfung an den Faschismus geschieht. Der erste Teil befaßt sich mit Weimarer Republik und III. Reich.

Während in der Sklavenhaltergesellschaft und im Feudalismus Personen wegen politischer Angriffe auf Herrscher und Staatsgewalt zumeist besonders hart und grausam verfolgt und bestraft wurden, änderte sich dies nach der französischen Revolution von 1789 grundlegend in vielen europäischen Ländern ... S. Cobler charakterisiert die Situation folgendermaßen: "Es gehörte zu den Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, politischen Delinquenten eine bevorzugte Stellung im Strafprozeß und Strafvollzug zu gewähren, sie nicht zu behandeln wie Leute, die aus eigennützigen Motiven gehandelt haben, sondern als Besiegte, die in einem ungleichen Kampf für eine politische Überzeugung gekämpft haben. Die Bourgeoisie respektierte damit in gewissem Umfang jenes Mittel der politischen Auseinandersetzung, durch das sie einst selbst zur Herrschaft gelangt ist: die Gewalt. Diese Privilegierung politischer Gegner wurde in dem Maße zurückgenommen und in ihr Gegenteil verkehrt, als die ehemaligen Bündnispartner der Bourgeoisie diese beim Wort nahmen und nicht bei den Inhalten der bürgerlichen Revolution stehenbleiben wollten."

In Deutschland fand schließlich die Respektierung strafrechtlich verfolgter politischer Gegner auf dem Weg über das Strafbuch des Norddeutschen Bundes in gewissem Umfang einen Ausdruck im Reichsstrafgesetzbuch von 1871. Für bestimmte politische Delikte, insbesondere Hochverrat und Landesverrat, sah das RStGB nämlich alternativ zur Zuchthausstrafe "Festungshaft" vor. So lautete § 81 RStGB: "Wer ... es unternimmt, 1. einen Bundesfürsten zu töten, gefangen zu nehmen, in Feindes Gewalt zu liefern oder zur Regierung unfähig zu machen, 2. die Verfassung des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaats oder die in demselben bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern, 3. das Bundesgebiet ganz oder theilweise einem fremden Staat einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen, wird wegen Hochverrats mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft." Gem. § 20 RStGB war es in diesen Fällen zwingend für den Richter, Festungshaft zu verhängen, wenn er nicht aufgrund von Tatsachen "ehrlöse Gesinnung" nachweisen konnte. Darunter wurde im wesentlichen

das Handeln aus eigensüchtigen Motiven, also gerade nicht aus politischen Beweggründen verstanden. Für den Vollzug der Festungshaft regelte § 17 RStGB u.a.: "Die Strafe der Festungshaft besteht in Freiheitsentziehung mit Beaufsichtigung der Beschäftigung und Lebensweise der Gefangenen; sie wird in Festungen oder anderen dazu bestimmten Räumen vollzogen."

Aufschlußreiche Einzelheiten für den Vollzug sind in den Bundesratsgrundsätzen für den Strafvollzug von 1897 enthalten. Für Festungsgefangene, die in Strafanstalten untergebracht sind, sind danach zahlreiche Erleichterungen vorgesehen: "besonders eingerichtete Zimmer; selbständige Beschäftigung; Selbstbeköstigung; eigene Kleidung usw.; freie Bücherbeschaffung; Bewegung im Freien bis zu fünf Stunden; freier Empfang von Besuchen; Erleichterungen des Schriftverkehrs ..." Diese gesetzliche Regelung galt bis zum Ende der Weimarer Republik und wurde auch tatsächlich praktiziert, und zwar auch in einer ganzen Anzahl von Fällen gegenüber KPD-Mitgliedern. Sie bezog sich 1925 zu 88% auf wegen Hoch- und Landesverrat Verurteilte — zum äußersten Ärgernis der Reaktionäre und Faschisten, obwohl die Zahl der Festungsgefangenen im gesamten Deutschen Reich selbst 1925 nur 332 betrug, davor und danach zumeist erheblich weniger.

Eine entscheidende Ergänzung des mit Festungshaft entwickelten Gedankens war die unter dem sozialdemokratischen Reichsjustizminister Gustav Radbruch in § 52 der Grundsätze des Reichsrats für den Vollzug von Freiheitsstrafen vom 7.6. 1923 getroffene Regelung mit folgendem Wortlaut: "Bestand bei einem Gefangenen nach der ausdrücklichen Feststellung des Urteils der ausschlaggebende Beweggrund zur Tat darin, daß er sich zur Tat aufgrund seiner sittlichen, religiösen oder politischen Überzeugung für verpflichtet hielt, so sind ihm die für die Straftat zulässigen Vergünstigungen ohne weiteres zu gewähren. Von der Einhaltung von Fristen, die für die Gewährung von Vergünstigungen vorgeschrieben sind, kann bei einem solchen Gefangenen abgesehen werden ..." Damit war die Möglichkeit der Vollzugslockerung, d.h. z.B. erhebliche Freiheiten im Besuchs- und Schriftverkehr, im Umschluß mit anderen Gefangenen usw., für alle politischen Gefangenen gegeben, ob sie nun auch wegen Mord, Raub oder sonst einem Delikt verurteilt waren. Außerordentlich interessant ist die Begründung, die Radbruch für diese Regelung bzw. für eine "Einschließung" für alle politischen Überzeugungstäter vorsehende Regelung in seinem Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches von 1922 gab: "Es soll der Name 'Einschließung' diese Strafe kennzeichnen als bloße Freiheitsentziehung mit dem Zwecke der Sicherung vor dem Eingeschlossenen, daneben etwa noch der Abschreckung anderer, aber ohne die Aufgabe willensbeugender Vergeltung, bessernder Beeinflussung, ohne den Charakter der sittlichen Überlegenheit des strafenden Staates über den Bestraften ... Wo Pflichtüberzeugungen kämpfen, kommt der Gerechtigkeit, will sie nicht zur Selbstgerechtigkeit werden, die relativistische Haltung der Skepsis zu, die Haltung des Weisen, die doch die Haltung des Kämpfers nicht ausschließt ..."

Radbruch war als Vertreter der seinerzeit bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Staatsordnung zwar eindeutig für strafrechtliches Vorgehen gegen politischen Gegner dieses Staates, jedenfalls soweit ihre Handlungen äußerlich einen "normalen" Straftatbestand erfüllten. Kennzeichnend für seine Haltung war aber immerhin, daß er politische Gegner als solche anerkannte, einen Absolutheitsanspruch des bestehenden Systems verneinte und deshalb Vergeltung, Brechung der politischen Identität usw. des politischen Gegners für nicht zulässig erachtete. Der Gegensatz zur Behandlung politischer Gefangener, insbesondere aus der RAF, heute in der BRD liegt auf der Hand. Tatsächlich waren allerdings 1931 von 8000 politischen Gefangenen nur etwa 100 von den Gerichten ausdrücklich als Überzeugungstäter anerkannt und hatten entsprechende Vollzugslockerungen. Diese waren aber nach v. Bülow's Feststellungen zum erheblichen Teil KPD-Mitglieder. Im Unterschied zu den Festungshäftlingen befanden sie sich im normalen Strafvollzug, allerdings mit einer Reihe von Vollzugslockerungen, die ihnen auch den Bezug von KPD-Schriften und Diskussion mit Mitgefangenen ermöglichte. Sie hatten auch zahlreiche Besuche von Vertretern der "Roten Hilfe" und KPD-Abgeordneten. V. Bülow gibt mehrere wutschnaubende Berichte von Anstaltsleitern wieder, die sich über den "schlechten Einfluß" der KPD-Gefangenen auf "reguläre Gefangene" erregten.

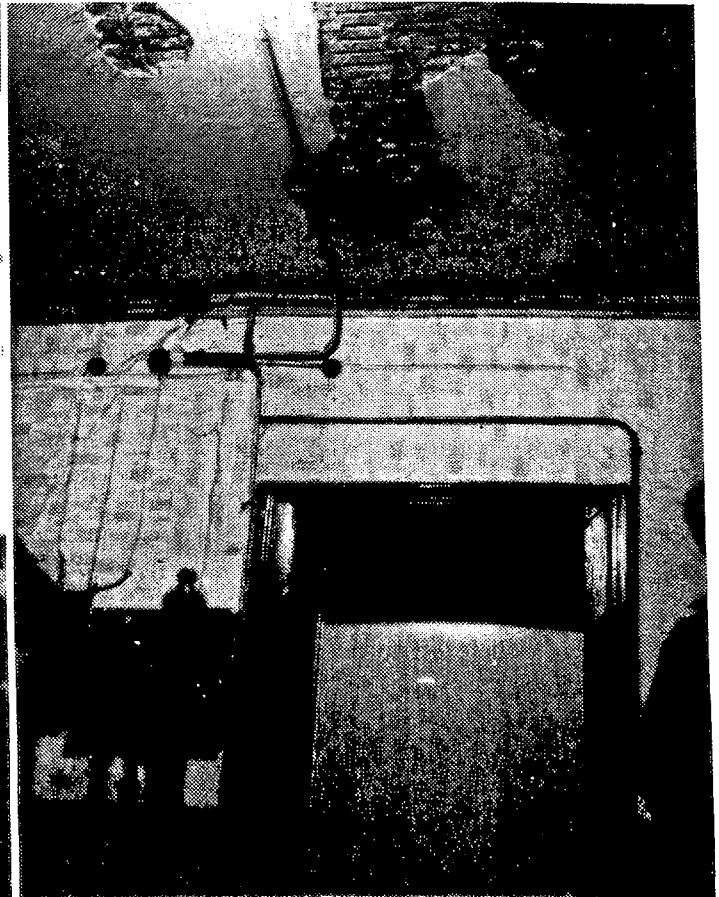
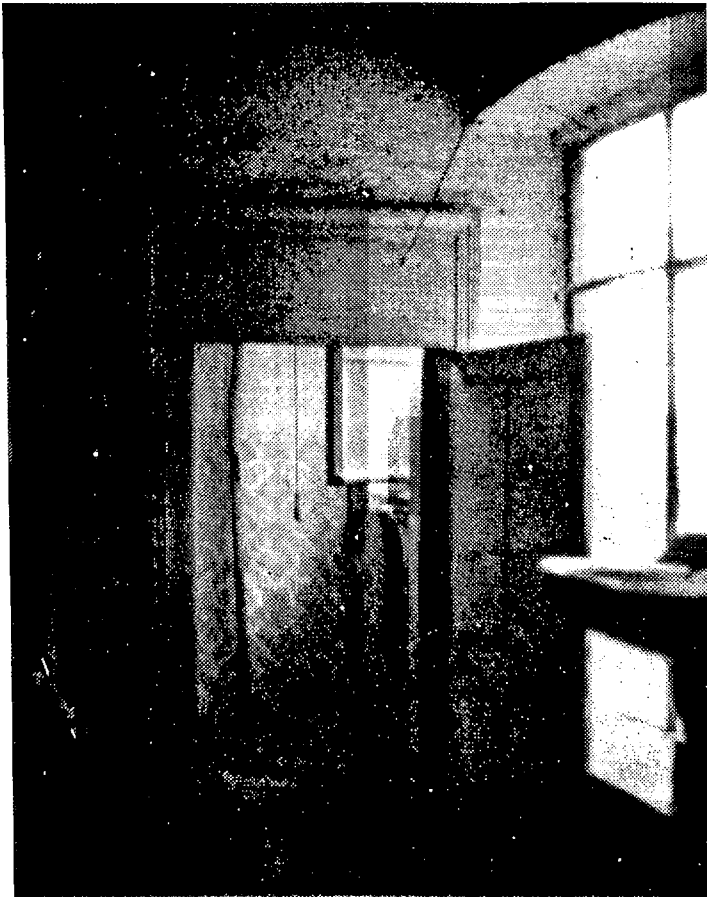
Es waren nicht nur die Faschisten der NSDAP, sondern mit ihnen alle staatstragenden Parteien wie Zentrum, DVP, Deutschnationale, außer vielleicht der SPD, die gegen die – in Wirklichkeit ja nur minimale – Praxis von Lockerungen und Festungshaft für politische Straftäter Sturm liefen und gerade umgekehrt ein verschärftes Vorgehen gegen sog. "Volksschädlinge" verlangten. Allen gemeinsam war die heftige Kritik am Relativismus, wie ihn z.B. Radbruch vertreten hatte, gegenüber dem "Legalismus" der Weimarer Verfassung, der rein formell etwa die Umwandlung in eine sozialistische Republik durch Parlamentsbeschluß erlaubt hätte. Sie verlangten nach Autorität, Elite und substanzhafter Ordnung. Den staatstheoretischen Generalangriff gegen die Weimarer Republik führte der bei den heutigen BRD-Verfassungsrechtlern so außerordentlich beliebte Carl Schmitt u.a. in seinem Buch "Legalität und Legitimität" (1932) mit folgenden Worten: "Vor allem muß die erste und wichtigste Frage deutlich herausgestellt werden, vor welcher jeder ernsthafte Plan einer Neugestaltung des deutschen Verfassungswesens steht. Sie betrifft die grundlegende Alternative: Anerkennung substanzhafter Kräfte und Inhalte des deutschen Volkes oder Beibehaltung und Weiterführung der funktionalistischen Wertneutralität mit der Fiktion gleicher Chance für unterschiedslos alle Inhalte, Ziele und Strömungen." Der "Plan einer Neugestaltung des deutschen Verfassungswesens" wurde kurz danach staatsstreichartig von allen staatstragenden Parteien außer der SPD zusammen mit der NSDAP in Form des Ermächtigungsgesetzes vom 24.3.1933 in die Realität umgesetzt. Ab sofort konnte die Reichsregierung Gesetze erlassen, die von der (formell nicht aufgehobenen) Reichsverfassung einfach "abweichen" konnten. Unverzüglich wurden dann auch die ersehnten Konsequenzen im Vorgehen gegen politische Straftäter gezogen: Beseitigung der Lockerung für Überzeugungstäter durch "Vereinbarung" vom 25.4.1933; kurz darauf mit von der Reichsregierung unter Hitler erlassenem "Gesetz zur Abänderung strafrechtlicher Vorschriften" vom 26.5.1933 Beseitigung der Festungshaft in ihrer bisherigen Substanz. Der § 20 RStGB erhielt nunmehr folgende Fassung: "Wo das Gesetz die Wahl zwischen Zuchthaus oder Gefängnis und Festungshaft gestattet, darf auf Festungshaft nur dann erkannt werden, wenn die Tat sich nicht gegen das Wohl des Volkes gerichtet und der

Täter ausschließlich aus ehrenhaften Beweggründen gehandelt hat."

Der bisherige § 20 RStGB wurde also geradezu umgedreht. Daß sich das gegen links und insbesondere gegen die KPD richtete, war klar und wurde auch mit aller Deutlichkeit gesagt. So heißt es bei Frank, "Die Strafgesetzgebung der Jahre 1931 bis 1935" zu § 20 RStGB, daß "das Wohl des Volkes sich sowohl auf den äußeren, wie auf den inneren Bestand des Staates bezieht" und daß "durch den Begriff Volk die Volksgemeinschaft in all ihren Lebensäußerungen – sittlicher, kultureller, religiöser, wirtschaftlicher Art – erfaßt wird". Zu den Konsequenzen daraus für die Anwendung des § 20 RStGB sagt Frank: "Die Beurteilung der Frage, ob eine Tat gegen das Wohl des Volkes gerichtet ist, wird im letzten Ende von nicht wäg- und meßbaren Wertvorstellungen beherrscht sein." Hier sind also C. Schmitts "substanzhafte Kräfte und Inhalte des deutschen Volkes" zur strafrechtlichen Maxime geworden. Das gleiche gilt natürlich dafür, was Handeln "ausschließlich aus ehrenhaften Beweggründen" jetzt zu bedeuten hat. Bei Frank heißt es: "Ehrenhaft sind die Beweggründe des Täters, wenn sein Handeln von der Vorstellung nach allgemeinem gesunden Volksempfinden achtenswerter sittlicher Werte bestimmt war." Die Konsequenz aus der herrschenden Staatsideologie von den "substanzhaften Kräften und Inhalten des deutschen Volkes" war jedenfalls innenpolitisch wüster Terror gegen links. Mit dem KZ-System wurde eine Art von Sondervollzug, allerdings zumeist ohne Einhaltung irgendeines noch den Schein der Legalität erweckenden Verfahrens, insbesondere auch gegen politische Gegner des Systems eingeführt. Die noch in der Weimarer Republik vorgesehene und z.T. auch praktizierte positive Privilegierung politischer Gegner des Systems, denen Straftaten vorgeworfen wurden, wurde geradezu umgedreht zu einer negativen Privilegierung, wobei noch weit über den Rahmen bislang strafbaren Verhaltens hinausgegangen wurde.

Quellenhinweis: v. Bülow, Der Sonderstrafvollzug am Täter aus Überzeugung, 1933; Blasius, Geschichte der politischen Kriminalität in Deutschland 1800–1980, 1983; Cobler, Die Gefahr geht vom Menschen aus, 1978; C. Schmitt, Legalität und Legitimität, 1932; U. Preuß, Legalität und Pluralismus, 1973; diverse Reichsgesetzblätter, RStGB-Kommentare – (mis)

FOTODOKUMENTATION ÜBER DAS LEBEN AUSLÄNDISCHER ARBEITER



Treppenhaus in der Kölner Innenstadt (güv, rit, Kunstgruppe Köln, 1984)

Dokumentiert:**DAS KAPITALISTENANGEBOT**

Gesamtmetall-Vorschläge im Spitzengespräch: 3,3% mehr Lohn, Vorruhestandsgeld bis 70 Prozent, mehr Freizeit für flexible Arbeitszeiten.

Zur friedlichen Beendigung des Tarifkonfliktes in der Metallindustrie haben die Arbeitgeber im Spitzengespräch am 06. April der IG Metall folgende Vorschläge gemacht mit der Maßgabe, daß die 40-Stundenwoche als Regelarbeitszeit erhalten bleibt:

1. Eine Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 3,3 Prozent
2. Abschluß eines Tarifvertrages über eine Vorruhestandsregelung mit einer Staffelung nach der Betriebszugehörigkeitsdauer, beginnend mit fünf Jahren. Bei 20 Jahren Betriebszugehörigkeit soll der Eintritt in den Vorruhestand mit 58 Jahren bei 70 Prozent des letzten Monatsverdienstes möglich sein. Dies entspricht rund 76 Prozent des Nettoeinkommens. Etwa 80 Prozent aller in Frage kommenden Metall-Arbeitnehmer sind mindestens 20 Jahre im gleichen Unternehmen tätig.
3. Abschluß eines Tarifvertrages über mehr Flexibilität in der Arbeitszeit, verbunden mit mehr bezahlter Freizeit für Arbeit außerhalb der allgemeinen betrieblichen Arbeitszeiten.

Im Interesse unserer Volkswirtschaft, die sich gegenwärtig in einer konjunkturellen Erholungs- und Stabilisierungsphase befindet, im Interesse der Beschäftigten und der Unternehmen appelliert Gesamtmetall an den Vorstand der IG Metall, auf der Grundlage der von den Metallarbeitgebern vorgelegten Vorschläge eine Lösung in der Arbeitszeitfrage zu finden, die einen wirksamen Beitrag zu Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten kann. Zugleich würde damit ein beschäftigungsgefährdender Arbeitskampf mit Streik und Aussperrung in der Metallindustrie vermieden.

Mit der vorgeschlagenen Lohn- und Gehaltserhöhung würde 1984 der Weg in der Lohnpolitik fortgesetzt, der 1983 zur konjunkturellen Wende entscheidend beitrug. Damit leistet die Tarifpolitik 1984 ihren Beitrag zur Festigung des Konjunkturaufschwungs. Die vorgeschlagene Tarifierhöhung würde von der Kostenseite Chancen für die unbedingt erforderliche Verbesserung der Ertragslage in der Metallindustrie eröffnen, ohne die Preisentwicklung zu beschleunigen. Gleichzeitig wäre voraussichtlich der Preisausgleich für die Verdienste der Arbeitnehmer in der Metallindustrie gewährleistet.

Vorruhestand und mehr Flexibilität in der Arbeitszeit bilden ein Arbeitszeitpaket, das den Aufschwung beschäftigungspolitisch wirksam unterstützen könnte. Bei der Ausgestaltung des Vorruhestands halten die Arbeitgeber es für sinnvoll, als Untergrenze eine Betriebszugehörigkeitsdauer von mindestens 5 Jahren festzulegen. Damit soll verhindert werden, daß sich während der bis 1988 befristeten Dauer des Vorruhestandes die Einstellungschancen älterer Arbeitnehmer weiter verschlechtern. Unverzichtbar ist und bleibt für die Arbeitgeber die beiderseitige Einvernehmlichkeit bei der Inanspruchnahme des Vorruhestands, um die Unternehmen vor unvermeidbaren Kostenbelastungen oder dem Verlust unersetzlicher Fachkräfte zu sichern.

Durch mehr Flexibilität in der Arbeitszeit sind Beschäftigungswirkungen auf zweifache Weise erreichbar: zum einen sichert eine kostengünstigere Produktion Arbeitsplätze, zum anderen sind Neueinstellungen ohne die Notwendigkeit kostspieliger Investitionen eher möglich. Ein Tarifvertrag soll die Voraussetzungen schaffen, um die persönliche Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers von der Einsatzzeit der Betriebsanlagen abkoppeln zu können und damit eine höhere und zugleich ko-

stengünstigere Auslastung der Betriebsanlagen zu ermöglichen. Im Gegenzug sind die Metallarbeitgeber zu bezahlten zusätzlichen Freizeiten bereit.

Eine einheitliche und schematische Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35-Stunden bei vollem Lohnausgleich wird von den Arbeitgebern unverändert entschieden abgelehnt, weil sie Arbeitsplätze vernichtet. Die Arbeitgeber sind auch nicht bereit, auf diesen falschen Weg in Etappen einzuschwenken. Bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35-Stunden bei vollem Lohnausgleich sind folgende Probleme nicht oder nicht befriedigend lösbar:

- a) Die Kostenmehrbelastung, die sich auf über 18 Prozent beläuft, ist nicht tragbar und weder kurzfristig noch in einem absehbaren Zeitraum durch Rationalisierung aufzufangen. Im übrigen würde bei einer entsprechenden Rationalisierung von vorneherein ein Beschäftigungseffekt entfallen.
- b) Die bereits heute sehr schlechte Nutzungsquote von Maschinen und Anlagen würde sich weiter verschlechtern. Dagegen ist eine Verbesserung der Kapazitätsnutzungsmöglichkeiten aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dringend geboten. Eine solche verbesserte Anlagennutzung ist nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer zu gewährleisten.
- c) Die Arbeitsmarktsituation ist regional und lokal in der Bundesrepublik sehr unterschiedlich. Es gibt Gebiete mit sehr hoher Arbeitslosigkeit und Gebiete, in denen Vollbeschäftigung bald wieder erreicht sein wird. Selbst wenn alle anderen Probleme gelöst sein sollten und damit keine Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit zu befürchten wäre, würde der Arbeitsmarkt vielfach die benötigte Mitarbeiterzahl nicht hergeben. Unter Arbeitsmarktgesichtspunkten erscheint eine Regelung, die für die gesamte Bundesrepublik eine starre einheitliche Arbeitszeit vorschreibt, deshalb unververtretbar.
- d) Entsprechendes gilt für die Struktur der Arbeitslosen und die Berufe, in denen Arbeitskräftenachfrage besteht und durch Arbeitszeitverkürzung weiter entstehen könnte. Für bestimmte Aufgaben, insbesondere bei Facharbeitern und bei qualifizierten Angestelltenaktivitäten, zum Beispiel im Bereich Forschung und Entwicklung, sind weder genügend Kräfte vorhanden, noch können sie kurzfristig herangebildet werden.
- e) Diese Probleme stellen sich verstärkt, wenn es ab 1988 aufgrund der Bevölkerungsentwicklung zu einem Rückgang der Erwerbspersonen kommt. Es ist durchaus denkbar, daß dann auch geprüft werden muß, ob verkürzte Arbeitszeiten wieder rückgängig zu machen sind. Dies erscheint bei einer generellen Verkürzung der Wochenarbeitszeit kaum vorstellbar.

Da es keine befriedigende Antwort auf diese für die deutsche Wirtschaft existenzentscheidenden Fragen gibt, hält Gesamtmetall an seiner Auffassung fest, daß eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden mit vollem Lohnausgleich, wie sie von der IG Metall gefordert wird, nicht zu verantworten ist.

Dokumentiert aus:**WIRTSCHAFTSBERICHT DER FÜNF****INSTITUTE**

Gefahr auf dem Weg zu einem höheren Wachstum des Produktionspotentials droht gegenwärtig insbesondere von den Bestrebungen um Arbeitszeitverkürzung. Das Risiko ist groß, daß tarifvertragliche oder gesetzliche Regelungen die Verwendung von denjenigen Gruppen von Arbeitskräften, die bereits heute knapp sind, entweder direkt oder indirekt über die Erhöhung

der Arbeitskosten einschränken. Dies mindert die Produktionsmöglichkeiten und damit die Beschäftigungschancen für jene Arbeitskräfte, die nicht knapp sind. Damit schwächt eine Arbeitszeitverkürzung den sonst möglichen Anstieg von Beschäftigungsvolumen und Realeinkommen. Die negativen Effekte auf Wachstum, Beschäftigung und Einkommen wären noch stärker, wenn die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit einer Einschränkung von Überstunden und der Vorruhestand mit einer Begrenzung des Hinzuverdienstes verbunden wird.

Derartige Arbeitszeitverkürzungen berühren auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Sie beeinträchtigen die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft an die sich wandelnde Struktur von Nachfrage und Produktion und erschwert die Wahrnehmung neuer Chancen, die für ein so außenhandelsabhängiges Land wie die Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung sind. Erhöhen sich durch Arbeitszeitverkürzungen die Kosten, so ist zwar ein Ausgleich über eine Abwertung der D-Mark nicht ausgeschlossen, aber wegen der Vielfalt der Bestimmungsfaktoren des Wechselkurses keineswegs gesichert. Betroffen würden in jedem Fall diejenigen Betriebe oder Sektoren, die besonders arbeitsintensiv produzieren, die einen hohen Anteil an knappen Arbeitskräften haben und – im Falle des vorgezogenen Ruhestandes – die relativ viele ältere Mitarbeiter beschäftigen.

Sinnvoller als eine tariflich vereinbarte, allgemeine Verkürzung von Wochen- oder Lebensarbeitszeit ist eine Flexibilisierung, die den Vertragspartnern erlaubt, die Arbeitszeit und entsprechend das Einkommen gemäß ihren Möglichkeiten und Präferenzen zu vereinbaren. Die Flexibilität muß nach beiden Seiten gelten, also sowohl für eine Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Verringerung des Einkommens als auch für eine Verlängerung mit entsprechender Steigerung des Einkommens. Mit der Flexibilisierung wäre eine stärkere Auslastung der Produktionsanlagen beispielsweise durch Schichtarbeit möglich. Dies würde die Kapitalkosten senken und damit die Wachstumsbedingungen verbessern.

Wegen der nach wie vor hohen Unterbeschäftigung darf die Lohnpolitik gegenwärtig die ohnehin kleinen Verteilungsspielräume nicht voll ausnutzen. Notwendig ist aber auch, die Löhne stärker nach beruflichen, sektoralen und regionalen Knappheiten zu differenzieren. Dies könnte zum Teil durch entsprechend differenzierte Tariflohnabschlüsse verwirklicht werden. Zum gleichen Ergebnis würde eine marktmäßige Differenzierung über die Lohnkraft führen. Da Tariflöhne Mindestlohncharakter haben, sind in diesem Fall allgemein niedrigere Lohnabschlüsse als sonst erforderlich, damit das Effektivlohniveau nicht stärker steigt als die verteilbare Produktivität. Die stärkere Differenzierung mildert die Friktionen beim Strukturwandel. Unangebracht ist es auf jeden Fall, wenn die Arbeitgeber in bedrängten Zweigen Lohnerhöhungen zustimmen und zugleich nach staatlichen Subventionen suchen.

Abweichende Meinung DIW:

Bei der Frage nach den Wirkungen von Arbeitszeitverkürzungen teilt das DIW die Sorge der übrigen Institute nicht, daß damit die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte dauerhaft vermindert würde. Mit Blick auf die auch mittelfristig düsteren Perspektiven des Arbeitsmarktes erwarten viele von einer Verkürzung der Arbeitszeit einen Beitrag zur Entlastung. Diese Einschätzung verbindet sich mit der Vorstellung von einem schrittweisen, sich über mehrere Jahre erstreckenden Prozeß, bei dem außerdem beachtet werden muß, daß Regelungen des Lohnausgleichs nicht zu erhöhten Kosten bei den Unternehmen führen. Wird eine Arbeitszeitverkürzung entsprechend diesen Grundsätzen vorgenommen, so ist die Antwort auf das Problem der Verknappung von Arbeitskräften bestimmter Qualifikation anders zu geben als bei einer Arbeitszeitverkürzung in einem großen Schritt: Im Zuge des mittel- oder längerfristigen Prozesses gibt es ausreichend Möglichkeiten zur Ausbildung, Fortbildung und Höherqualifizierung, mit denen solchen Verknappungen entgegengewirkt werden kann.

Tarifauseinandersetzung

FLEXIBILISIERUNG NACH "BEIDEN SEITEN"

Als bisher letzter Truppenteil ist nach der Politik und der Religion nun die Wissenschaft an der Tariffont eingetroffen. Die fünf Institute betätigen sich diesmal gegenüber der Wirtschaft als Scharfmacher. Das läßt sich aus den nebenstehenden Dokumenten v.a. bei der Behandlung der Überstundenfrage zeigen.

Die Kapitalisten deuten die Bereitschaft an, über eine Abgeltung von Überstunden durch bezahlte Freizeit abzuschließen. Das geht aus dem folgenden Angebotstext hervor:

"... Tarifvertrag über mehr Flexibilität in der Arbeitszeit, verbunden mit mehr bezahlter Freizeit für Arbeit außerhalb der allgemeinen betrieblichen Arbeitszeiten."

Die Kapitalisten machen so ein Angebot, weil sie in den letzten Jahren gesehen haben, daß in den Belegschaften die Mobilisierung zum Kampf gegen Sonderschichten und Überstunden zwar immer schwierig war, aber im Ergebnis doch ausreichend, um "Planungsunsicherheit" zu erzeugen. Mit einem passenden Flexibilisierungsvertrag würden sich die Kapitalisten die Möglichkeit eröffnen, vorübergehende Überzeiten a) zur tarifvertraglichen Pflicht zu machen und b) nicht als Überstunden zu bezahlen, sondern c) durch bezahlte Freizeit abzugelten. Irgendwie ein hauchdünner Vorteil an diesem Angebot wäre halt, daß in einem gewissen Zeitraum die tarifliche Arbeitszeit nicht überschritten werden dürfte, d.h. im Durchschnitt von vier, sechs, zwölf Wochen würde die tatsächliche Wochenarbeitszeit nicht über die tariflichen 40 Stunden hinausgehen.

Dagegen halten die Wirtschaftsinstitute:

"Die Flexibilität muß nach beiden Seiten gelten, also sowohl für eine Verkürzung der Arbeitszeit bei entsprechender Verringerung des Einkommens als auch für eine Verlängerung mit entsprechender Steigerung des Einkommens."

Das bedeutet: die Institute verlangen Flexibilisierungsverträge, die Arbeitsverträge vorsehen, in denen eine regelmäßige Wochenarbeitszeit z.B. von 45 Stunden individuell abgeschlossen werden kann.

Die Kapitalisten haben in der betrieblichen Praxis herausgefunden, daß bei einer Reihe von Arbeiten kaum noch wer zu finden ist, der acht Stunden volle Leistung erbringt. Letztendlich deswegen wollen sie Flexibilisierung.

Aber der wissenschaftlich geschulte Denker (einerseits/andererseits) blickt weiter: wenn Arbeiten sind, die nicht acht Stunden durchgehalten werden können und andere, die wohl acht Stunden lang durchgehalten werden können, dann werden auch dritte sein, die mehr als acht Stunden, vielleicht zehn Stunden vielleicht zwölf, vielleicht die berühmten sechzehn (bekannt bei Staatsmännern, Päpsten u. dergl.) andauern können ohne daß die gegenwärtig übliche Intensität dabei abgemildert werden müßte?

Und schau, die theoretisch so beleuchtete Erfahrung zeigt uns ja auch den unermüdeten Ingenieur im Konstruktionsbüro, den Naturwissenschaftler im Labor, der Programmierer am Bildschirm viele, viele, viele Stunden sitzen. Freilich nur, so lange sie noch ein bißchen jünger sind. Aber später, wenn sie früh kaputt sind, können sie ja auch einen Teilzeitvertrag abschließen oder überhaupt was anderes machen.

Wahrscheinlich wird die wissenschaftliche Entdeckung der Institute bald politische Wirklichkeit. Gesetzlich ist nämlich alles schon klar. Der Antrag der SPD, die gesetzliche Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden zu beschränken wurde vor drei Wochen im Bundestag abgelehnt. Die gesetzliche Arbeitszeit beträgt also 48 Stunden. Sobald die "Akademikerschwemme" so richtig im Berufsleben angekommen ist, wird ein Bedarf für dementsprechende Arbeitsverträge da sein. Tarifliche Hindernisse wären noch zu beseitigen. – (maf)



IGM-Urabstimmung für Streik

In den nächsten Tagen wird sich in der IG Metall entscheiden, ob der Vorstand zur Urabstimmung für Streik aufruft, wo er aufruft und vor allem über welche Forderungen die Urabstimmung geht. Wird sich der IG Metall-Vorstand nun endlich aufrufen und eindeutig klarstellen, daß mit ihm keine Lohnsenkung zu

machen ist, daß Samstagsarbeit und Ausweitung von Nacht- und Schichtarbeit nicht infrage kommt? Zu hoffen wär's, auch wenn die umlaufenden Pressegerüchte über die "Kompromiß"bereitschaft des IGM-Vorstands anders sind. Der "Aufschwung" der Kapitalisten jedenfalls entwickelt sich für diese zunehmend ertragreicher.

Entwicklungsbedingungen der Revolution im südlichen Afrika

Mit der Beseitigung der Kolonialherrschaft im heutigen Zimbabwe hatte der Imperialismus eine seiner letzten Bastionen im südlichen Afrika verloren. In Namibia und noch mehr in Südafrika gewannen die Befreiungsbewegungen seither an Kraft. Das südafrikanische Regime versuchte mit einer aggressiven Gegenoffensive von wirtschaftlicher Erpressung, Sabotage, Schürung von Bürgerkriegen und militärischen Überfällen, die Unabhängigkeit der afrikanischen Nachbarstaaten zu untergraben und die Befreiungsbewegungen von ihrem Hinterland abzuschneiden. Wie entwickeln sich die Kräfteverhältnisse zwischen Revolution und Konterrevolution?



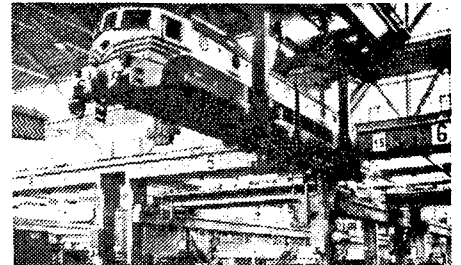
Unterbringung in Altenheimen

Die Übersiedlung in ein Altenheim bedeutet für einen pflegebedürftigen Menschen, daß er Privatleben und Persönlichkeit aufgeben soll. Eingepfercht in Zimmern mit bis zu sechs Betten und einer "Fließbandpflege" des ständig überlasteten Personals ausgeliefert, werden nur noch die minimalsten Bedürfnisse

befriedigt. Die Wenigen, die noch in der Lage sind, sich dagegen zu wehren, werden mit Medikamenten und Entmündigung "beruhigt". Wenn nun die CDU verstärkt darangeht, nach Alternativen zur Heimunterbringung zu suchen, ahnt man, sie sollen vor allem weniger kosten! So z.B. ein Dahinsiechen zuhause auf Kosten der Angehörigen.

Jugoslawien – Zugeständnisse an die Imperialisten

Die jugoslawische Regierung hat eine "Wirtschaftsreform" eingeleitet, die zur Senkung der Verschuldung bei den imperialistischen Staaten nützen sollte. Durch Lohnkürzungen und Rationierung von Konsumgütern (Elektrizität u.a.) sollten die Produktionskosten gegen den Widerstand der Belegschaften und Gewerkschaften gesenkt werden. Die imperialistischen Staaten drängen auf immer weitgehendere Zugeständnisse, für jede Zinsforderung, die Jugoslawien nicht zahlen kann, verlangen sie nach größeren Freiheiten für Kapital aus imperialistischen Staaten, vor allem der Beseitigung der Vertretungsrechte der Belegschaften.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13–17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18–27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28–33): Ulrike Detjen; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34–37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.